

OSTDEUTSCHE
ELITEN TRÄUME,
WIRKLICHKEITEN
UND PERSPEKTIVEN





OSTDEUTSCHE ELITEN TRÄUME, WIRKLICHKEITEN UND PERSPEKTIVEN





INHALT

OSTDEUTSCHE ELITEN TRÄUME, WIRKLICHKEITEN UND PERSPEKTIVEN

Vorwort des Herausgebers Andreas Apelt	4
Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven Iris Gleicke	6
Einleitung Ronald Gebauer	9
Bestandsaufnahme Ronald Gebauer/Axel Salheiser/Lars Vogel	14
Vorstellung der Forschungsergebnisse Ronald Gebauer	34
Die Ausgangslage 1989/90: Elitenwechsel oder Elitenreproduktion? Heinrich Best	36
(Ostdeutsche) Politische Eliten zwischen Integration und Repräsentation Lars Vogel	45
Ostdeutsche in den Eliten. Problemdimensionen und Zukunftsperspektiven Raj Kollmorgen	54
Die Autorinnen und Autoren	66
Der Herausgeber	68



VORWORT

DR. ANDREAS H. APELT

BEVOLLMÄCHTIGTER DES VORSTANDES DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT E. V.

Zahlreiche öffentliche Debatten beschäftigten sich in der jüngsten Vergangenheit mit der Frage, warum ostdeutsche Eliten in der Bundesrepublik Deutschland unterrepräsentiert sind. Dies legten verschiedene Untersuchungen für die zentralen Bereiche Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft nah. So kommt eine aktuelle Studie der Universität Leipzig aus dem Jahre 2016 zu dem Schluss: Bundesweit suche man ostdeutsche Elitenangehörige vergeblich, lediglich 1,7 Prozent der Spitzenpositionen seien von Ostdeutschen besetzt (Bluhm/Jacobs 2016: 30). Dafür werden diverse Erklärungen genannt: So seien die Umbruchsjahre 1989/1990 in Ostdeutschland durch einen massiven Elitenaustausch geprägt gewesen, der nicht selten als Verdrängungswettbewerb West gegen Ost wahrgenommen wurde; zudem seien viele Ostdeutsche in die alten Bundesländer abgewandert. Außerdem, so eine oft vernommene These, befänden sich frühere »DDR-Eliten« zum Teil nach wie vor in Führungspositionen, was in den neuen Bundesländern auf erhebliches öffentliches Missfallen stößt.

Die Befunde waren für die Deutsche Gesellschaft e. V. Grund genug, sich mit der Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Frau Iris Gleicke, dem Thema »Ostdeutsche in den Eliten« zu nähern. Zahlreiche Fragen galt es zu beantworten:

Wer ist die ostdeutsche Elite? Welche Folgen hat die markante Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Eliten? Fühlen sich Ostdeutsche dadurch in ihren Interessen und Meinungen nicht genügend repräsentiert? Wessen Interessen vertreten ostdeutsche Eliten? Und führt das Repräsentationsdefizit zu einer höheren Unzufriedenheit mit dem demokratischen System beziehungsweise nährt das die Vorurteile gegenüber den alten Bundesländern?

Für die Deutsche Gesellschaft e. V., die sich seit nunmehr 27 Jahren gesellschaftspolitischen Debatten stellt, ist das Thema auf den Leib geschnitten. Der Verein verfolgt den deutsch-deutschen Annäherungsprozess unter Berücksichtigung der Elitenbildung seit seiner Gründung mit besonderem Interesse, schließlich tragen Eliten maßgeblich zur gesellschaftlichen Identitätsbildung bei. Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage, welcher Art das Repräsentationsdefizit ostdeutscher Eliten ist und wie es überwunden werden könnte.

Dankenswerterweise haben wir mit Prof. Dr. Heinrich Best und seinem Forschungsteam vom Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena kompetente Partner für das Vorhaben gefunden



Das Projekt selbst gliederte sich in vier Teile: Auf Grundlage einer wissenschaftlichen Bestandsaufnahme der bisherigen Forschungsergebnisse trafen sich in einem dreiteiligen Expertenforum in Berlin Expertinnen und Experten, um die Situation der Ostdeutschen in Elitepositionen auszuwerten und kritisch zu beleuchten. Auf einem eintägigen Symposium am 19. Juni 2017 in Berlin wurden die Arbeitsergebnisse der Expertenforen präsentiert und zur Diskussion gestellt. Wie sehr dieses Thema auf Interesse gestoßen ist, ließ sich an den regen Diskussionsbeiträgen auf der Veranstaltung ablesen.

Ziel des Projektes war es, neben der Untersuchung der Entwicklung der letzten fast drei Jahrzehnte, eine erste Bilanz zur aktuellen Situation der ostdeutschen Eliten zu ziehen und aufbauend auf den Projektergebnissen Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu unterbreiten. Die Online-Publikation macht die Ergebnisse nun einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Aufgrund

der unzureichenden Datenlage mussten jedoch einige Fragen unbeantwortet bleiben. Weitere Forschungen sind daher ausdrücklich erwünscht. Unser Dank gilt all jenen, die zum Gelingen des Projektes und zum Entstehen dieser Broschüre beigetragen haben. Dies gilt in besonderer Weise der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Frau Iris Gleicke. Auch dem Geschäftsführenden Präsidenten des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, Dr. Michael Ermrich, sei herzlich gedankt. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine bereichernde und anregende Lektüre.

LITERATUR

- ❖ **BLUHM, MICHAEL/OLAF JACOBS (2016):** Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Universität Leipzig: Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.



OSTDEUTSCHE ELITEN. TRÄUME, WIRKLICHKEITEN UND PERSPEKTIVEN

IRIS GLEICKE, MdB
BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER

**SEHR GEEHRTER HERR DR. ERMIRICH,
SEHR GEEHRTER HERR PROF. DR. BRANDT,
SEHR GEEHRTER HERR DR. APELT,**

meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke für die Einladung. Es ist schön, hier und heute bei Ihnen zu sein.

Die Deutsche Gesellschaft hat mich gebeten, in das Thema des Symposiums einzuführen. Das mache ich sehr gern. Es geht um »Ostdeutsche Eliten, um Träume, Wirklichkeit und Perspektiven«. Allerdings möchte ich mich dabei mehr auf die Fakten konzentrieren als auf Träume.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich tue mich mit dem Begriff »Eliten« ein wenig schwer. Wer oder was sind eigentlich Eliten?

Sind das die Besten, die Fähigsten, die Klügsten? Diejenigen, die großen Einfluss auf gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Entwicklungen haben? Also die Mächtigen?

Ich möchte mich gar nicht erst an einer Definition des Begriffs »Elite« versuchen. Das überlasse ich gern den heute hier anwesenden Experten und Expertinnen. Allerdings beschäftigen mich in diesem Kontext schon einige Fragen. Letztes Jahr sorgte eine vom MDR in Auftrag gegebene Studie der Universität Leipzig für

Aufsehen mit dem etwas provokanten Titel: »Wer beherrscht den Osten?«. Zwischen August 2015 und März 2016 haben die Leipziger Wissenschaftler die Besetzung von Führungspositionen in verschiedenen Bereichen analysiert und Vergleichszahlen aus 2004 gegenübergestellt.

Die Bilanz: In den Bereichen Politik, Justiz, Wirtschaft und Wissenschaft, Medien und Militär besetzen Ostdeutsche gerade mal 25 bis 35 Prozent der Spitzenpositionen, in einigen Bereichen sogar nur ein Prozent. Mehr als die Hälfte der Staatssekretäre in ostdeutschen Landesministerien stammt aus den alten Bundesländern, bei den Abteilungsleitern sind es drei Viertel. Obwohl 87 Prozent der Wohnbevölkerung in den neuen Bundesländern Ostdeutsche sind, spiegelt sich das an den Schaltstellen der Macht nirgendwo prozentual wider. Und auch bundesweit besteht eine hohe Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in zentralen Führungspositionen.

Im Vergleich zu 2004 ist der Elite-Anteil Ostdeutscher in einigen Bereichen sogar noch zurückgegangen. Er wächst sich also nicht aus, sondern scheint sich vielmehr zu verstetigen und zu verfestigen.

Daraus schlussfolgern die Autoren der Studie, dass Ostdeutsche an wesentlichen Entscheidungsprozessen, die insbesondere auch für Ostdeutschland eine hohe Relevanz haben, nur deutlich unterproportional betei-



ligt seien. Es existiert de facto eine Lücke in der Vertretung ostdeutscher Sichtweisen, Lebenserfahrungen und Orientierungen auf der gesamten Bundesebene.

Müssen uns diese Befunde Anlass zur Sorge geben? Oder warum scheint es Menschen mit einer DDR-Sozialisierung oder einem ostdeutschen Hintergrund auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung nur schwer zu gelingen, in TOP-Positionen aufzusteigen? Welche Folgen hat das? Hat das möglicherweise auch Auswirkungen auf ostdeutsche Befindlichkeiten? Fühlen sich die Ostdeutschen heute, 27 Jahre nach der Wiedervereinigung, immer noch fremdbestimmt?

2014 hat das Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. Einstellungen und Stimmungslagen im gesamten Bundesgebiet untersucht. Danach äußerten mehr als drei Viertel der Menschen in Ost und West eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit. Und gut zwei Drittel der Ostdeutschen haben die Wiedervereinigung für sich persönlich als vorteilhaft erlebt. Bei der Frage, ob man sich derzeit in der Bundesrepublik »politisch zu Hause« fühle, bejahten das nahezu drei Viertel der Westdeutschen, aber nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen.

Deutliche Unterschiede gibt es auch im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Hier geht eine breite Zustimmung zur Demokratie nicht Hand in Hand mit einer breiten Zustimmung zum aktuellen Zustand der Demokratie. 68 Prozent der Ostdeutschen (57 Prozent der Westdeutschen) sehen mehr oder minder Schwächen in der täglich praktizierten Demokratie in unserem Land.

Auch im Hinblick auf das Vertrauen in die Bundesregierung wird ein eher niedriges Vertrauensniveau mit starken Schwankungen festgestellt. Dabei liegen die für Ostdeutschland gemessenen Vertrauenswerte immer niedriger als für Westdeutschland. Die Sichtweise der Ostdeutschen ist damit durchgängig kritischer und distanzierter. Scheint es auch hier so zu sein, dass sich

27 Jahre nach der Wiedervereinigung zum Teil unterschiedliche Einstellungen und Sichtweisen in Ost und West weiter verfestigen?

Als Ostbeauftragte schaue ich besonders genau hin, wenn sich bestimmte Entwicklungen auftun. Und ich werde auch nicht schweigen, wenn unsere 1989 schwer erkämpfte Freiheit in Frage gestellt wird. Wenn sich Einstellungen zu unserem Demokratieverständnis verändern, wenn sich rechtsextremistisches Gedankengut ausbreitet und sich jeder zweite Ostdeutsche in der Bundesrepublik politisch nicht zu Hause fühlt, dann darf, ja muss die Frage erlaubt sein: Woran liegt das? Welche Erklärungsansätze gibt es dafür? Was ist zu tun, damit sich hieran etwas ändert?

Ich möchte den Blick auch noch auf einen anderen Aspekt lenken. Wenn es um Einstellungen, Wahrnehmungen und Sichtweisen geht, dann hat das oft tiefgründige Ursachen. Und es reicht nicht aus, nur auf die DDR-Sozialisierung zu verweisen. Aus meiner Sicht sind heute auch viele ostdeutsche Einstellungen durch sehr persönliche Erlebnisse und zum Teil schmerzhaft Erfahrungen nach 1990 geprägt.

Eine öffentliche Auseinandersetzung über diese Geschehnisse hat bis heute nur unzureichend stattgefunden. Viele Menschen im Westen wissen wenig darüber, welche enormen Herausforderungen die Ostdeutschen nach 1990 bewältigen mussten. Das ist kein Vorwurf, sondern lediglich eine Feststellung. Vielleicht kann sich der eine oder andere an Wolfgang Beckers Film »Good Bye Lenin« erinnern. Der Filmheld Alex besucht kurz vor der Einigungsfeier seinen in den Westen geflohenen Vater in einer Villa am Berliner Wannsee. Er setzt sich zu seinen Halbgeschwistern vor den Fernseher und schaut mit ihnen das Sandmännchen. Auf die Frage, woher er komme, antwortet er nicht etwa: »Aus der DDR«. Auch sagt er nicht, er sei Ostdeutscher. Alex sagt: »Ich komme aus einem anderen Land«.



Und tatsächlich empfanden das viele Ostdeutsche so. Sie ließen ihr Land hinter sich, kamen in einem »fertigen Staat« an, in eine Gesellschaft, die sie nicht mitgestaltet hatten, die für sie fremd war. Sie sind nicht in ein anderes Land ausgewandert. Das Land ist zu ihnen gekommen.

Die Ostdeutschen haben die Mauer zum Einsturz gebracht, und sie wollten die schnelle Wiedervereinigung. Doch sie haben nicht damit gerechnet, dass dieser Umbruch ihr Leben derart radikal und schonungslos verändern würde. Viele hatten einen Bruch in ihrer Biografie und beruflichen Karriere zu verkraften.

Was hat das mit unserem heutigen Thema zu tun? Mit Blick auf Karriere- und Aufstiegschancen offenbar sehr viel. Mit der Wiedervereinigung war ein umfassender Institutionentransfer und in der Folge ein Eliten-transfer aus dem Westen in den Osten verbunden. Sämtliche Positionen in den neuen Schaltzentralen von Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, Medien und Kultur der neuen Länder wurden durch Westdeutsche besetzt. Ostdeutschen bescheinigte man, dass sie nicht über nötige Qualifikationen verfügten, und auch nicht mit den erforderlichen Kompetenzen ausgestattet waren. Es ist sicher unbestritten, dass für den Aufbau der neuen Länder in den Nachwendejahren das Know-how aus dem alten Bundesgebiet notwendig, ja auch unverzichtbar war.

Doch gibt es heute, 27 Jahre nach der Wiedervereinigung, hierfür noch eine sachliche oder plausible Erklärung?

Wie erklärt sich also heute die immer noch geringe Präsenz von Ostdeutschen in Führungspositionen? Haben wir es mit einem geschlossenen Netzwerk westdeutscher Eliten zu tun, zu dem Ostdeutsche keinen oder nur einen sehr schweren Zugang haben? Oder trauen sich Ostdeutsche generell weniger zu als Westdeutsche? Das kann ich mir heutzutage eigentlich nicht vorstellen. Viele Fragen, die sicher heute in der Diskussion eine Rolle spielen werden.

Deshalb möchte ich Ihnen, Herr Dr. Apelt, und der Deutschen Gesellschaft e. V. besonders dafür danken, dass Sie sich dem Thema »Ostdeutsche Eliten« angenommen haben. Gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Politik- und Sozialwissenschaften haben Sie nach Antworten gesucht.

Wir sind gespannt, zu welchen Ergebnissen sie gekommen sind.

Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, interessante Vorträge und anregende Diskussionen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



EINLEITUNG

DR. RONALD GEBAUER
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Gerade in jüngster Zeit geriet die Frage, wie stark Ostdeutsche unter den Eliten im wiedervereinigten Deutschland vertreten sind, wieder in den Blick des Interesses einer breiteren Öffentlichkeit. Ein großes Medienecho erreichte etwa die Reportage »Wer beherrscht den Osten?«. Sie wurde vom MDR und anderen ostdeutschen Rundfunkanstalten ausgestrahlt: Die Reportage vermittelte auf Grundlage von soliden Statistiken, dass Ostdeutsche auch über 25 Jahre nach dem Fall der Mauer in den Eliten der Bundesrepublik Deutschland nicht gemäß ihres Bevölkerungsanteils vertreten sind. Bis vor kurzem war von Wissenschaftler/innen im Gegenteil davon ausgegangen worden, dass diese Repräsentationslücke sich allmählich schließt. Mit der neuen MDR-Studie zeigte sich aber, dass dem nicht so ist und es offenbar sogar eine Tendenz zur Verfestigung der Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den Eliten Deutschlands gibt. Für die Deutsche Gesellschaft e. V. war das der Anlass, sich mit den Ursachen dieser Entwicklung intensiv zu beschäftigen, worin sie von der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer unterstützt wurde.

In der Folge wurden im Rahmen des Projektes »Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven« drei Expertengespräche in Berlin mit einschlägigen Wissenschaftler/innen aus Politikwissenschaft und Soziologie durchgeführt. In den jeweils dreistündigen Treffen wurde über die Themen »Die Ausgangslage 1989/90: Elitenwechsel oder Elitenreproduktion?«, »Ostdeutsche Eliten: Sonderbewusstsein oder Elitenintegration?« sowie »Herausforderungen und Perspek-

tiven: Abschied vom ‚Spezialfall‘ Ostelite oder Elitenkontinuität?« diskutiert. Die Treffen wurden jeweils durch themenbezogene Impulsreferate eingeleitet. Geladen und anwesend waren die Expert/innen Prof. Dr. Heinrich Best (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange (Otto-Friedrich-Universität Bamberg), Prof. Dr. Viktoria Kaina (FernUniversität in Hagen), Prof. Dr. Raj Kollmorgen (Hochschule Zittau/Görlitz) und Prof. Dr. Bernhard Weßels (Humboldt-Universität zu Berlin) sowie die Impulsreferenten Prof. Olaf Jacobs (Universität Leipzig) und Dr. Lars Vogel (Friedrich-Schiller-Universität Jena). Schnell wurde klar, dass die Frage der Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den gesamtdeutschen Eliten nicht isoliert betrachtet werden kann: Zwar belegen auch andere Studien, dass Ostdeutsche in den gesamtdeutschen Eliten nicht gemäß ihres Bevölkerungsanteils vertreten sind. Es gibt jedoch große Unterschiede zwischen verschiedenen Teileliten (beispielsweise sind Ostdeutsche in den neuen Bundesländern in den politischen Eliten besser vertreten als unter den Wirtschaftseliten). Zudem muss auch danach gefragt werden, ob die Interessen der ostdeutschen Bevölkerung gegenwärtig durch ihre politischen Eliten auch ausreichend vertreten werden oder nicht, denn eine Garantie dafür gibt es nicht. Das leitet schließlich auch zur Frage über, wie ostdeutsche Interessen generell besser vertreten werden könnten und wie die Karrierechancen ostdeutscher Anwärter/innen, eine Eliteposition zu erreichen, verbesserbar sind.

Einen besonderen Stellenwert in der Diskussion um ostdeutsche Eliten nahm und nimmt die Definitions-



arbeit ein. Diese Arbeit ist keinesfalls unerheblich, denn vor einer Beschäftigung mit ostdeutschen Eliten muss auch angesichts verschiedener theoretischer Ansätze geklärt werden, was die Zugehörigkeit zu einer Elite ausmacht (inhaltliche Dimension) und wer dann dazu gezählt werden kann. Wie definiert man also »ostdeutsche Elite« beziehungsweise »ostdeutsche Eliten«? Zur Beantwortung dieser Frage ist es nicht unerheblich zu klären, welchem Zweck respektive welchem Ziel die Beschäftigung mit ostdeutschen Eliten dienen soll. Wenn es wie in dem hier vorgestellten Projekt darum geht, die Debatte um Identität, Bedeutung und Zukunft der ostdeutschen Eliten im wiedervereinten Deutschland aufzugreifen und zu vertiefen, dann erscheint es sinnvoll, den in der Elitenforschung etablierten Positionansatz zu verwenden. Diesem Ansatz zufolge handelt es sich bei Eliten um Personen, die im jeweiligen Gesellschaftsbereich beziehungsweise -sektor Macht- und Schlüsselpositionen einnehmen und maßgeblich an zentralen Entscheidungen, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen, mitwirken. Neben diesen Top-Eliten (die obersten Positionen in allen relevanten Sektoren) ist es jedoch auch sinnvoll, Sub-Eliten mit zu den Eliten zu zählen. Vor allem deshalb, weil sie sich aus Personal zusammensetzen, welches wichtige Entscheidungen vorbereitet beziehungsweise vorstrukturiert, sie außerdem ein wichtiges, nicht zu vernachlässigendes Rekrutierungsreservoir für Top-Elitepositionen darstellen. Außerdem kommt ihnen ein wichtiges Wahrnehmungsbeziehungsweise Begegnungspotential in Hinsicht auf die Bevölkerung zu. Deshalb sind neben den Top-Eliten in den Bereichen Politik, Wirtschaft und andere (zum Beispiel Justiz, Wissenschaft, Bundeswehr) auch Abgeordnete im Bundestag und in den Landtagen sowie die Eigentümer/innen und Manager/innen von mittelständischen Unternehmen Ostdeutschlands hinzuzuzählen. Eine solche Definition wäre aber immer noch unvollständig, weil auch geklärt werden muss, wer denn nach über 25 Jahren deutscher Einheit eigentlich die »Ostdeutschen« sind. Aus Zweckmäßigkeitsgründen macht es hier Sinn, »ostdeutsch« gemäß dem Herkunftsprinzip zu verstehen: Ostdeutsche Eliten sind

demnach Ostdeutsche, die eben die – wie oben beschrieben – einflussreichen Positionen bekleiden, und zwar Ostdeutsche, die noch weitgehend in der DDR sozialisiert wurden. Jedoch gehören diejenigen Eliten mit einer anderen Herkunft, die beispielsweise in Ostdeutschland schon sehr lange leben, aber anderswo geboren und sozialisiert wurden oder die Kinder derselben sind, nicht dazu.

Im Folgenden möchten wir kurz die Beiträge vorstellen, die im Zuge des hier vorgestellten Projektes »Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven« entstanden sind und die wir hier im Rahmen dieser Onlinepublikation zur Verfügung stellen. In Vorbereitung auf die von der Deutschen Gesellschaft e. V. durchgeführten Expertenforen und des abschließenden öffentlichen Symposiums am 19. Juni 2017 wurde von Wissenschaftlern des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus an der Universität Jena eine Bestandsaufnahme erarbeitet, die auf vielfachen Wunsch in die Online-Broschüre aufgenommen wurde. Die Bestandsaufnahme thematisiert die Ausgangssituation vor und während der Friedlichen Revolution 1989/90 und dokumentiert den Forschungsstand zum Elitenwechsel zu Beginn der 1990er Jahre sowie die aktuellen Entwicklungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft, Militär, Medien und Kirchen.

Neben der Bestandsaufnahme sind die Vorträge von Prof. Dr. Heinrich Best, Dr. Ronald Gebauer, Prof. Dr. Raj Kollmorgen und Dr. Lars Vogel, die auf dem Symposium referiert wurden, in die Online-Broschüre aufgenommen worden.

Der erste Beitrag von Dr. Ronald Gebauer (Friedrich-Schiller-Universität Jena) mit dem Titel »Vorstellung der Forschungsergebnisse« griff die Frage der Definition Ostdeutscher Eliten auf. Er dokumentiert anhand aktueller Statistiken die eingangs schon besprochene unterproportionale Vertretung Ostdeutscher. Darüber hinaus wird auch die Frage angeschnitten, welche



Faktoren für die anhaltende Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den bundesdeutschen Eliten in Betracht zu ziehen sind.

Im Anschluss an diesen Redebeitrag warf Prof. Dr. Heinrich Best (Friedrich-Schiller-Universität Jena) unter der Überschrift »Die Ausgangslage 1989/90: Elitenwechsel oder Elitenreproduktion?« einen Blick zurück auf die Situation vor und während des Wiedervereinigungsprozesses und der Entwicklung Anfang der 1990er Jahre. Darin vertritt er die These einer grundsätzlichen Inkompatibilität des Elitensystems der Alt-Bundesrepublik und des Kadernomenklatorsystems der untergegangenen DDR. Während ersteres auf dem Prinzip des offenen und marktförmigen Konkurrenzkampfs um Führungspositionen basiert, ist letzteres darauf ausgerichtet gewesen, sozialistische Leiter/innen und Parteikader zu rekrutieren, die sich durch Loyalität, Disziplin sowie der Bereitschaft zur Einordnung in Hierarchien und Kollektiven auszeichnete. Der damit einhergehende diktaturbehaftete Habitus erschwerte es aufstiegsgewillten Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung erheblich, in Top-Positionen vorzustoßen.

In seinem Vortrag »Ostdeutsche Eliten zwischen Integration und Repräsentation« griff im Folgenden Dr. Lars Vogel (Friedrich-Schiller-Universität Jena) die Frage der Vertretung ostdeutscher Sichtweisen, Lebenserfahrungen und Interessen auf. Kritisch hinterfragte er die verbreitete Selbstverständlichkeit mit der davon ausgegangen wird, dass ostdeutsche Eliten automatisch die Interessen der ostdeutschen Bevölkerung vertreten. Seine empirischen Analysen basieren auf den Daten der Jenaer Abgeordnetenstudie. Für diese Studie wurden in den Jahren 2003, 2007 und 2010 jeweils rund die Hälfte aller deutschen Landtags- und Bundestagsabgeordneten befragt und darüber hinaus 2010 auch die Bevölkerung. Die Analysen belegen, dass die Einstellungsunterschiede zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zwischen ostdeutschen Abgeordneten und ostdeutscher Bevölkerung sogar größer ausfallen als zwischen ihren westdeutschen Pendanten.

Schließlich fragte Prof. Dr. Raj Kollmorgen (Hochschule Zittau/Görlitz) im letzten Referat des Symposiums »Ostdeutsche in den Eliten« nach Herausforderungen und vor allem nach den Zukunftsperspektiven von Ostdeutschen in Führungspositionen. Er ging auf die bevorstehende Entwicklung der gesamten Diskussion angesichts des mittelfristig absehbaren Ausscheidens von unter den Bedingungen der DDR sozialisierten Ostdeutschen aus dem Arbeitsmarkt ein. In seinem Plädoyer für eine Demokratisierung der Zugangsbedingungen erörterte er Möglichkeiten bisher benachteiligter Bevölkerungsgruppen, neben Ostdeutschen auch Frauen, Migrant/innen und andere Minderheiten, den Aufstieg in Elitepositionen zu vereinfachen.

An die Referate schloss sich im weiteren Verlauf des Symposiums eine Podiumsdiskussion mit dem etwas provokanten Titel »Ostdeutsche Eliten: entsorgt und ausgeblendet?« an. Eingeladen waren Sylvia Bretschneider, MdL und Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange vom Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. em. Dr. Wolfgang Bergsdorf, Ministerialdirektor a. D. und ehemaliger Präsident der Universität Erfurt sowie Prof. Dr. Heinrich Best und Dr. Lars Vogel vom Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Moderiert wurde die Diskussion durch die Autorin und Journalistin Dr. Jacqueline Boysen. Es stellte sich schnell heraus, dass einige Podiumsdiskussionsteilnehmende Erfahrungen in Elitepositionen haben, die aber wie im Fall von Sylvia Bretschneider in ihrer Lebensplanung nicht von Anfang an bewusst angestrebt wurden. Sie berichtete, wie sie bereits vor der Friedlichen Revolution den Wunsch hatte, aktiv mitzugestalten, weil sie einen Beitrag dazu leisten wollte, die DDR zu verändern und dazu auch einen Aufnahmeantrag in die SED stellte, der aber mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt wurde. Obwohl sie die Aufnahme anstrebte, sei sie der SED gegenüber durchaus kritisch eingestellt gewesen. Überhaupt wusste sie aus ihrer Familie und von Freunden, dass kritische Einstellungen auch unter den SED-Genossen weit ver-



breitet waren. Kritisch sah sie die Situation nach der Wiedervereinigung, in der man alten Eliten keine zweite Chance und teilweise inkompetenten Führungskräften aus der Altbundesrepublik den Vorzug gab.

Die weitere Diskussion zeigte, dass nicht alle die Position von Sylvia Bretschneider teilten. In diesem Zusammenhang wurde das Argument angeführt, dass der Elitenaustausch ab 1989/90 notwendig war, zum einen, weil die alten DDR-Eliten belastet waren – und deswegen durch die DDR-Bevölkerung aus ihren Ämtern gejagt wurden – zum anderen, weil sie häufig nicht über die erforderlichen Qualifikationen verfügten, wie etwa Prof. em. Dr. Wolfgang Bergsdorf anhand seiner Erfahrungen beim Aufbau der Erfurter Universität anmerkte. Vielen Westführungskräften fehlte indes die notwendige Bereitschaft wahrzunehmen, »dass das eine oder andere in der DDR durchaus besser war« als in Westdeutschland. Gerade den jüngeren Ostdeutschen seien durch den Westimport die Aufstiegschancen genommen worden, was sich bis heute in der Unterrepräsentation in den Eliten, sowohl in den ostdeutschen als auch – und dort noch deutlicher ausgeprägt – in den westdeutschen Bundesländern ausdrückt, obwohl Millionen junge und gut ausgebildete Ostdeutsche seit der Gründung der DDR und auch nach der Wiedervereinigung nach Westdeutschland abwanderten. So wurde bisher nur eine einzige Ostdeutsche, Prof. Dr. Johanna Wanka, als Ministerin in ein westdeutsches Landeskabinett berufen. Auch aktive Unterstützer/innen der DDR-Bürgerbewegung fanden selten den Weg in Spitzenpositionen.

Als Ursache hierfür sah Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange aber keine aktive Diskriminierung, sondern hauptsächlich ein Ausbildungsdefizit, als historisches Beispiel vielleicht vergleichbar mit der Situation der bildungsfernen katholischen Bevölkerung der Alt-Bundesrepublik im Nachkriegsdeutschland, die ebenfalls in den Eliten lange Zeit unterrepräsentiert war. Sie betonte, dass es zur Untersuchung solcher Prozesse, wie jetzt aktuell die Ostdeutschen betreffend, erheblich

mehr Forschung bedarf. Von anderen Diskussionsteilnehmenden wurde jedoch darauf hingewiesen, dass DDR-Sozialisierte eine vergleichsweise gute Ausbildung genossen und auch die weitestgehende Nichtberücksichtigung von ehemaligen SED-Oppositionellen ließe sich so nicht erklären.

Generell wurde in der Diskussion beklagt, dass Parlamente nicht repräsentativ gemäß der Sozialstruktur ihrer Bevölkerung zusammengesetzt sind, denn die meisten Abgeordneten haben einen Bildungshintergrund. Menschen aus praktischen Berufsgruppen fehlten, wie Sylvia Bretschneider kritisch zu bedenken gab, woraufhin Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange jedoch entgegnete, dass Demokratie leider so nicht funktioniere, denn selbst wenn Parlamente nach dem Repräsentationsprinzip zusammengesetzt wären, würden sich die Abgeordneten sehr schnell wieder von der Basis entfernen. Hinsichtlich dieser Distanz von Eliten- und Bevölkerungsinteressen sei anzumerken, dass Politiker/innen Organisationsinteressen verfolgen und dass das auch von ihnen erwartet würde.

Dr. Lars Vogel machte in der Folge darauf aufmerksam, dass sich viele jüngere Menschen ihrer Herkunft aus Ost oder West heutzutage gar nicht mehr bewusst seien. Er vermutete, dass es wiederum Eliten seien, die für das Anstoßen solcher Bewusstseinsbildungsprozesse von essentieller Bedeutung sind. Er monierte, dass es dafür in Ostdeutschland keine erkennbaren Anstrengungen gäbe. Überspitzt formuliert meinte er, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, absichtlich oder nicht, nicht oder nur unzureichend repräsentiert werden.

Eine Diskussionsteilnehmerin aus dem Publikum beschäftigte die Frage, wer hier in der Diskussion über wen spricht. Sie fragte, wie sich Westdeutsche fühlen, wenn sie über Ostdeutsche sprechen. Prof. Dr. Heinrich Best antwortete daraufhin, dass in den Expertenrunden das Verhältnis Ost-West ausgeglichen war. Im Weiteren nahm Dr. Lars Vogel dazu Stellung und äußerte, dass es der Sache unangemessen sei, wenn nur Ostdeut-



sche über ostdeutsche Eliten reden dürften. Es wurde wiederholt darauf verwiesen, dass die Diskussion sich immer weiter vom eigentlichen Thema entfernte und sich in die Publikumsfragen – die Diskussion war inzwischen auch für Fragen aus dem Publikum geöffnet – zunehmend Emotionen, Unmut beziehungsweise Unzufriedenheit mischten. Prof. Dr. Heinrich Best führte aus, dass dies Ausdruck eines Gefühls der Benachteiligung sein könnte, welches über alle Altersgruppen der ostdeutschen Bevölkerung hinweg geteilt wird und sich auch in Bevölkerungsbefragungen wie dem Thüringen-Monitor signifikant nachweisen ließe. Dr. Lars Vogel lenkte die Diskussion wieder zurück und betonte, wie wichtig es wäre, über ostdeutsche Erfahrungen, Identität und Interessen zu sprechen. In einer weiteren Wortmeldung aus dem Publikum wurde betont, dass man den Blick nach vorne richten sollte, die Differenzierungs- und Ausgrenzungslogik sollte durch eine Integrationslogik ersetzt werden. Dabei ginge es auch darum, welche Erfahrungen man einbringen könnte, gerade angesichts der zukünftigen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, zum Beispiel Überalterung, Demokratiedistanz etc. Das Problem der Unter-

repräsentation sei nur dadurch zu lösen, wenn der schon von Dr. Lars Vogel angesprochene Bewusstseinsbildungsprozess einsetzt.

Sylvia Bretschneider griff diesen Gedanken auf und riet in ihrem Schlussplädoyer dazu, dass solch ein Selbstbewusstsein, was sich darin ausdrückt, seine Interessen auch selbst vertreten zu wollen, der Schlüssel für eine zukünftig stärkere Vertretung von Ostdeutschen in den Eliten sei. Die Moderatorin, Dr. Jacqueline Boysen, ergriff zum Ende der Podiumsdiskussion das Wort und verwies auf den deutsch-französischen Publizisten Alfred Grosser, der eine tiefe emotionale Beziehung zu Deutschland hatte und sich einmal folgendermaßen äußerte: »Es bedrückt zu sehen, wie das positive Beispiel in Deutschland ständig unterschätzt, das Ermutigende beiseitegeschoben wird – deutsche Medien, und auch die politische und geistige ‚Elite‘, lieben nur das Negative. Und das hat negative Wirkungen.« Sie schloss mit den Worten: »Kämpfen wir also – das ist mein Wunsch am heutigen Nachmittag – dafür, dass das Positive vielleicht auch in den Blick gerät.«



BESTANDSAUFNAHME

DR. RONALD GEBAUER/DR. AXEL SALHEISER/DR. LARS VOGEL
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

1. EINLEITUNG

Die historische Zäsur von 1989/90 markierte nicht nur das Ende des Staatssozialismus auf deutschem Boden, sondern war zugleich der Startpunkt für einen Elitenwandel, der gerade in Ostdeutschland bis Mitte der 1990er Jahre eine Radikalität und Intensität annahm, welche ihn von den Vorgängen in anderen postkommunistischen Staaten erheblich unterschied. Trotz der Dynamik des Eliteaustauschs stellten Beobachter aber immer wieder eine bemerkenswert hohe Karrierekontinuität, besonders auf nachgeordneten Leitungsebenen, fest. Mit ihrer vergleichsweise guten Ausstattung mit kulturellem (zum Beispiel Bildungsabschlüsse, Leitungserfahrung und Verhandlungsgeschick) und sozialem Kapital (personelle Netzwerke, formelle und informelle Kontakte) gelang es ehemaligen Kadern durchaus, sich auch unter den neuen Bedingungen im gleichen oder ggf. auch in einem anderen Tätigkeitsfeld an ihre Karrieren in der DDR, wenn auch zum Teil unter erheblichen Mühen, anzuschließen.

Nicht erst seit gestern befinden sich aber auch Geburtskohorten auf dem Arbeitsmarkt, die ihre Bildungsabschlüsse nicht mehr in der DDR erwarben. Trotzdem sind Ostdeutsche in den meisten Teileliten nach wie vor und selbst in den neuen Bundesländern deutlich unterrepräsentiert.

Dieser Bericht liefert eine Bestandsaufnahme ostdeutscher Eliten, ihren Karrieren, ihren Sozialprofilen und ihren Selbstverständnissen nach mehr als 25 Jahren deutscher Einheit. Er orientiert sich im Wesentlichen am Ansatz der Funktions- beziehungsweise Positions-

eliten, demzufolge es sich bei Eliten um die Personen handelt, die in relevanten Gesellschaftsbereichen Führungsfunktionen ausüben, die mit umfangreichen Entscheidungskompetenzen ausgestattet sind (vgl. zum Beispiel Kaina 2004: 8f.). Die Betrachtung dieser herausgehobenen Führungspositionen kann jedoch in einer verdichteten Beschreibung nicht ohne Bezugnahme auf Sekundär- beziehungsweise Subeliten geschehen, also dem Personal, das nachgeordnete Führungspositionen einnimmt und die größte Aussicht besitzt, zu einem späteren Zeitpunkt in Spitzenpositionen nachzurücken. Dies gilt umso mehr, als die Wiedervereinigung auf Elitenebene ein Austausch der zentralen Machteliten bei gleichzeitigem Aufstieg der Sekundär- und Funktionseliten war (vgl. Best/Vogel 2015: 488).

Der Bericht gliedert sich in sieben Teile. Nach dieser Einleitung wird zunächst die Ausgangssituation 1989/90 besprochen. Darauf folgt eine Darstellung der Entwicklungen für den Bereich der politischen beziehungsweise Repräsentationeliten, gefolgt von einer Aufnahme des aktuellen Stands der Forschung zu ostdeutschen Wirtschafts- und Verwaltungseliten. Es schließt sich eine Betrachtung der Wissenschaftseliten an, gefolgt von einer kürzeren Darstellung zu Eliten im Militär, in den Medien und in den Kirchen. Den Abschluss bildet ein kurzer Rück- und Ausblick.

2. AUSGANGSLAGE: ELITEN IN DER DDR

Dem Selbstverständnis der SED gemäß waren die Führungskräfte in den unterschiedlichsten Funktionsbereichen der DDR (Leitungspositionen, zum Beispiel Parteisekretär/innen, Direktor/innen, Fachdirektor/innen,



Abteilungsleiter/innen, Schulleiter/innen) keine Eliten, noch verstanden sie sich selbst als solche (vgl. etwa Hübner 1999; Ettrich 2003; Corsten 2005). Eliten galten als suspekt. Die Verwendung des Elitebegriffs im Zusammenhang mit den klassischen bürgerlichen Elitetheorien und die Verstrickung des Führungspersonals beziehungsweise »Elite« des ehemaligen Deutschen Reiches in die Verbrechen des Naziregimes machten ihn für die Bezeichnung von Führungskräften im Sozialismus de facto unbrauchbar. Stattdessen präferierten die SED-Machthaber den Begriff »Kader«. Das lag schon deswegen viel näher, weil dieser untrennbar mit der Entstehung und Etablierung kommunistischer Parteien sowie der Frühphase des Sozialismus in der Sowjetunion im Kampf gegen den politischen Gegner (»Klassenkampf«) zu sehen ist. Im Unterschied zu »Elite« spricht »Kader« damit von vornherein einen (noch) stärker politischen Aspekt an und gestattete die beabsichtigte und im weiteren Verlauf auch insgesamt erfolgreiche politisch-ideologische Einbindung fast aller Führungskräfte in das DDR-System. Dem Aufbau des Kadersystems kam damit die Funktion zu, die Vorgaben des SED-Machtzentrums durchzusetzen und zu stabilisieren (zur historischen Genese und Wandlungen des Kaderbegriffs, vgl. Glaeßner 1977; Glaeßner/Rudolph 1978; Gebauer 2006; zur Kaderpolitik und kollektivbiographischem Porträt von SED-Spitzenkadern: Best/Mestrup 2003).

Auch wenn der Begriff »Elite« mit den Selbstverständnissen von Kadern offenbar unvereinbar war, muss jedoch auch im Zusammenhang mit staatssozialistischen Systemen auf seine Verwendung nicht verzichtet werden. Schon die Klassiker der Elitenforschung erkannten die Notwendigkeit von Eliten in komplexen Gesellschaften (vgl. zum Beispiel Hartmann 2004: 69). Als Alternative zu »Kader« lässt sich hier der Begriff der ideologisch-geeinten Elite diskutieren (vgl. Field/Higley 1983), der sich in gemeinsamen Werten, einer hohen Integration und darüber hinaus dadurch ausdrückt, dass sie einer einzigen hierarchischen Organisation angehören (ähnlich auch der Begriff der Monopolelite, vgl. Geiß-

ler 2011: 137). Dennoch wäre es verfehlt, die DDR-Eliten alleine dadurch zu charakterisieren. Im Auge behalten werden muss, dass es, so wie Detlef Pollack feststellt, trotz der unzweifelhaften Dominanz des Politischen und der partiellen Ausschaltung ökonomischer Rationalitätskriterien nicht berechtigt ist, von einer vollständigen Entdifferenzierung der DDR-Gesellschaft zu sprechen, sondern, dass es den einzelnen Funktionsbereichen (beispielsweise Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Kunst und Erziehung) gegenüber den allumfassenden politischen Homogenisierungsbestrebungen gelang, eine gewisse funktionale Autonomie mit funktionsspezifischen Rationalitätskriterien zu bewahren (vgl. Pollack 2001: 13).

Dieser Trend der gesellschaftlichen Redifferenzierung verstärkte sich mit der zunehmenden Bedeutung von Technik und Wissenschaft im Systemwettstreit ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in der Wissenschaftlich-Technischen Revolution als sachliche beziehungsweise Qualifikationsaspekte von Leitungstätigkeit gegenüber den politischen an Bedeutung gewannen (vgl. Gebauer 2003, 2006). Es ist daher sicher nicht unzutreffend, eine Differenzierung der DDR-Kader in Macht- und Funktionseliten vorzunehmen (vgl. Hornbostel 1999: 177ff.).

Diese Annahmen können durch Auswertungen des Zentralen Kaderdatenspeichers (ZKDS), am SFB 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch«, eines im Auftrag der Abteilung Kader beim Ministerrat geführten Datenfonds mit umfangreichen kaderpolitischen und arbeitsökonomischen Angaben (vgl. zum Beispiel Remy 2003, 2006) belegt und präzisiert werden. Wenn man zwischen systemtragenden, systemloyalen und systemdistanzierten Eliten unterscheidet, lassen sich die systemtragenden Eliten hauptsächlich im politisch-administrativen Bereich, im Sicherheitsapparat und dem lukrativen Außenhandel lokalisieren. Ihre Biographien verbanden sich geradezu schicksalhaft mit dem System (also mit dem Staat und der SED) und waren Ausdruck ihrer ideologischen



Prinzipienfestigkeit. Sie zeichneten sich häufig durch den Erwerb von fachlich zweifelhaften Qualifikationen aus (zum Beispiel Studienabschlüsse an Parteischulen), die sie aber gerade dazu prädestinierten, hohe Funktionen im Partei- und Staatsapparat einzunehmen. Wie Datenauswertungen belegen, konnten die jüngeren politischen Funktionäre der DDR-Spätzeit ihre Karrieren dabei besser vorantreiben, wenn schon ihre Eltern durch den richtigen »Stallgeruch« (zum Beispiel durch SED-Mitgliedschaft) auffielen (vgl. Best 2009; Best/Gebauer/Remy/Salheiser 2012), was sich dahingehend interpretieren lässt, dass sich im Regierungsbereich inzwischen eine abgeschottete Noblesse d'Etat herausgebildet hatte (Bourdieu 1989). Von stärker systemdistanzierenden Eliten einmal abgesehen (zum Beispiel Kirchen) konzentrierten sich die übrigen Eliten in den anderen eher machtfernen Bereichen der DDR-Gesellschaft (zum Beispiel Verarbeitendes Gewerbe beziehungsweise Wirtschaft, Binnenhandel, Kultur, Soziales und Gesundheit). Sie verstanden sich stärker als Fachleute beziehungsweise auch Spezialisten und ihre mehrheitlich bekundete politische Loyalität (zum Beispiel SED-Mitgliedschaft und/oder betriebliche Kampfgruppe) entsprang häufig opportunistischen Kalkülen, statt das sie Ausdruck politischer Überzeugung war (vgl. Salheiser 2009). Zum Ende der DDR entstammten überraschend viele Wirtschaftseliten und Angehörige der »sozialistischen Intelligenz« (wie zum Beispiel Ärzte und Wissenschaftler) ehemaligen Unternehmer- und Selbständigen-Familien oder dem (Bildungs-) Bürgertum (vgl. Best 2003; Best/Gebauer/Remy/Salheiser 2012: 73ff.). Es lässt sich außerdem belegen, dass ihre Eltern im Unterschied zu den politischen Funktionären nicht Mitglieder der staatstragenden SED waren beziehungsweise dass eine entsprechende Affiliation der Eltern sich sogar in verminderten Aufstiegschancen ausdrückte (ebd.: 79). Mit anderen Worten lässt sich insbesondere für die machtfernen Bereiche diagnostizieren, dass sich hier gewissermaßen eine illegitime, »vorsozialistische Elite«, reproduzierte, ohne selbst eine eigentliche Gegenelite darzustellen, die sich als Opposition zum System anbot.

Für den DDR-Spätsozialismus lässt sich konstatieren, dass sich die relative Gewichtung von Karrieredeterminanten in der Weise verlagerte, dass das Kriterium der politischen Loyalität zwar weiterhin wichtig blieb, jedoch die auch für Funktionseleiten in westlich-demokratischen Gesellschaften zentralen Karriereaspekte wie Bildung und Qualifikation, Berufs- und Leitungserfahrung (also Kompetenz- und Performanzkriterien) inzwischen merklich an Bedeutung gewonnen hatten (vgl. Best 2005; Gebauer/Salheiser 2008; Salheiser 2012). Somit waren relevante Teile der DDR-Funktionseleiten anschlussfähig an die Bedingungen im wiedervereinigten Deutschland.

Auf die Friedliche Revolution 1989 reagierte die SED-Führungsspitze überwiegend mit Lethargie und Resignation. Mit dem Druck der Montagsdemonstrationen wurden die politischen Repräsentanten des SED-Herrschaftssystems schon in der Zeit der Runden Tische oder spätestens nach den ersten freien Volkskammerwahlen am 18.03.1990 überwiegend aus ihren Positionen gedrängt beziehungsweise entfernt. Die Frühphase der Systemtransformation in den Neuen Bundesländern in den 1990er Jahren war dann durch einen umfassenden Elitenwandel gekennzeichnet, der von großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung als »beispielslose Verdrängung« (Ahbe 2003: 202). »Kahlschlag« und »radikalen Austausch« (Geißler 2014: 148) empfunden wurde. Außerdem war insbesondere in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung eine auffällige Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in gesamtdeutschen Kontexten (vgl. Kaina/Sauer 1999) zu konstatieren, die sich zumindest in Bezug auf die gesamtdeutschen Funktionseleiten bis in die Gegenwart fortsetzt (vgl. Kollmorgen 2015a, b; Allmendiger et al. 2013: 8). Vor allem die Ablösung ostdeutscher Führungskräfte durch westdeutsche stellt bis heute ein zentrales Element des Narrativs der politischen, ökonomischen und soziokulturellen »Kolonialisierung« durch den Westen (vgl. Hornbostel 2000) und einer kollektiven Deklassierung der Ostdeutschen (vgl. Kollmorgen 2010) dar, die wiederum in den demoskopischen Befunden einer stark



ambivalenten Bewertung des Vereinigungsprozesses durch Ostdeutsche ihren Niederschlag findet (vgl. Hanf/Liebscher/Schmidtke 2011; Holtmann/Jaeck 2015; Holtmann 2015; Best et al. 2015). Allerdings war der Elitenwandel in Ostdeutschland durch Prozesse der Elitenzirkulation und der Elitenreproduktion gekennzeichnet, die nachfolgend skizziert werden.

3. POLITISCHE ELITEN

3.1 AUSTAUSCH DER DDR (POLITIK-)ELITE 1989/90 UND NEUE ELITEN IN OSTDEUTSCHLAND

Bis 1989 waren die (politischen) Eliten der DDR durch Überalterung und massive Ämterkumulation gekennzeichnet, wodurch eine systemloyale Generation von Sekundäreliten geschaffen wurde, deren Aufstiegsmöglichkeiten blockiert waren (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 17). Deren Angehörige rückten im Herbst 1989 als Reformer in die Spitzenpositionen ein, als 57 Prozent der bis dahin amtierenden Eliten aus ihren Ämtern ausschieden (vgl. Derlien 1997: 342). Allerdings hatten noch in der Regierungszeit Hans Modrows 69 Prozent der DDR-Eliten bereits vor dem Rücktritt Erich Honeckers eine Spitzenposition ausgeübt (ebd.: 358). Nach der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 und dem Amtsantritt der Regierung de Maizière waren es nur noch 22 Prozent (vgl. Derlien 1997: 358). Das heißt, dass bereits in der 1990 noch bestehenden DDR eine massive Elitenzirkulation stattfand. Im Zuge der Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Institutionentransfer verschwand dann der Großteil der bestehenden Elitenpositionen und es wurden neue geschaffen. Unter der neuen ostdeutschen Elite befanden sich nun aber kaum noch Mitglieder der ehemaligen DDR-Eliten. In den Jahren bis 1994 konnten gerade einmal ein Viertel der ehemaligen politischen und administrativen DDR-Führungskräfte ihre Karriere auf derselben Hierarchiestufe – aber nicht immer im selben gesellschaftlichen Sektor – fortsetzen, wobei darunter auch Inhaber lokaler Führungsfunktionen und Sekundäreliten subsumiert sind (vgl. Gebauer 2012: 147).

Mit der Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Elitenabgang ergaben sich drei miteinander verbundene Fragen, die zumeist in der Eliten- und Transformationsforschung bearbeitet werden. Erstens, und als Reaktion auf den erheblichen Elitenimport aus Westdeutschland (siehe unten): Wie groß ist der Anteil – und damit der Einfluss – von Ostdeutschen in ostdeutschen und nationalen Elitepositionen? Zweitens, wer sind diese neuen ostdeutschen Eliten und wie gelangen sie in ihre Positionen? Drittens, welche Erfahrungen und Eigenschaften bringen sie mit und gelingt darauf basierend eine strukturelle und normative Integration von ost- und westdeutschen Eliten in eine gesamtdeutsche Elite – eine Wiedervereinigung auf Elitenebene?

Für die Beantwortung dieser Fragen für die politischen Eliten kann im Wesentlichen auf die Ergebnisse aus vier großen Erhebungen zurückgegriffen werden. Dabei war die Potsdamer Elitestudie von 1995 die letzte, die Aussagen über die meisten der im Bereich der Politik relevanten Elitepositionen erlaubte und die zugleich explizit die ostdeutschen Eliten thematisierte (vgl. Bürklin/Rebenstorf 1997). Die jüngste, alle gesellschaftlichen Sektoren umfassende Elitenbefragung des WZB, Entscheidungsträger in Deutschland von 2011/12, besitzt auf schmalere Datenbasis keinen Fokus auf die oben adressierten Fragen (vgl. Allmendinger et al. 2013). Die Jenaer Abgeordnetenstudie, die ebenfalls den Zeitraum von 1990 bis 2012 umfasst und explizit alle drei genannten Forschungsfragen aufgreift, bezieht sich allein auf Parlamentsabgeordnete (Repräsentationsebenen), die den Großteil der politischen Eliten Deutschlands ausmachen (vgl. Best/Vogel 2011). Für die Eliten auf lokaler Ebene stehen die Ergebnisse von drei Befragungen zwischen 2003 und 2010 zur Verfügung (vgl. Aderhold et al. 2012). Daneben existieren noch kleinere Fallstudien, die jedoch keine vergleichbar umfassende Datenbasis besitzen, deren Ergebnisse jedoch ergänzend berücksichtigt werden können (vgl. Kunze 2008; Plöhn 2006; Lock 1998).

3.2 OSTDEUTSCHE INNERHALB DER ELITEN GESAMT- UND OSTDEUTSCHLANDS

Die Frage nach dem Anteil an Ostdeutschen in Elitepositionen hat in jüngster Zeit wieder verstärkte Aufmerksamkeit erhalten (vgl. Bluhm/Jacobs 2016; Kollmorgen 2015a), nachdem bereits in der Mitte der 1990er Jahre der massive Zuzug von Führungskräften aus Westdeutschland auch polemisch als Kolonialisierung des Ostens wahrgenommen wurde (vgl. Weingarz 2003). Die Antwort darauf – ebenso wie die Antworten auf die übrigen Fragen – ist von der Definition politischer Eliten und der Ostdeutschen abhängig. Konzeptionell ist die wertneutrale Definition von Machteliten dominierend, der zufolge politische Eliten gesellschaftlich relevante Entscheidungen maßgeblich und regelmäßig beeinflussen, treffen und durchsetzen (vgl. Hoffmann-Lange 1992). Zur Identifikation politischer Eliten wird übereinstimmend der Positionselitenansatz gewählt, das heißt es wird – im Unterschied zum Reputations-, Entscheidungs-, oder Netzwerkansatz (ebd.: 86–113) – davon ausgegangen, dass die Inhaber von Führungsfunktionen in Institutionen und Organisationen qua ihrer Ämter zur Elite gezählt werden (ebd.). Welche Positionen jedoch im Einzelnen dazu gezählt werden sollen, ist strittig. Während die Potsdamer Elitestudie für den Bereich der Politik 1082 Positionen identifiziert, zählt die Studie des WZB nur 134 Positionen dazu. Werden Parlamentsabgeordnete und lokale Eliten zu den politischen Eliten gezählt, ist ebenfalls eine größere Grundgesamtheit zu erwarten. Zwar handelt es sich bei den letztgenannten nicht um nationale Eliten, jedoch erfüllen sie für ihre jeweiligen regionalen Einheiten die Funktion der maßgeblichen Entscheidungsfindung und -durchsetzung. Zugleich liegt der Frage nach dem Elitenanteil von Ostdeutschen die Vorstellung der deskriptiven, symbolischen und substantiellen politischen Repräsentation der ostdeutschen Bevölkerung durch ihre Eliten zugrunde (siehe unten), die nicht allein auf der nationalen Ebene stattfindet und für die Parlamentsabgeordneten zentral ist.

Für die Kategorisierung als ostdeutsch wird zwar häufig das Kriterium genannt, vor 1976 in der DDR geboren worden zu sein, aber nicht angewendet und stattdessen die Geburtsregion ohne zeitliche Begrenzung zur Bestimmung herangezogen (vgl. Kollmorgen 2015a: 201; Bluhm/Jacobs 2016: 4). Die der zeitlichen Eingrenzung auf Personen, die in der DDR sozialisiert wurden, zugrunde liegende Idee ist, dass die Ost-Sozialisation selbst bei sozialer und räumlicher Mobilität auch später noch Einstellungen und Verhaltensweisen prägt. Gerade für Eliten ist die Wirkung der Sozialisation jedoch als weniger nachhaltig erkannt worden (siehe unten). Offen bleibt auch, weshalb nach diesem Stichtag in Ostdeutschland geborene Personen keine Ost-Sozialisation erfahren haben sollten, ist doch die interfamiliäre und intergenerationale Tradierung von in der DDR erworbenen Handlungs- und Deutungsmustern ein zentraler Befund der Transformationsforschung (vgl. Bürgel 2012).

Trotz aller Unterschiede im Detail zeigt sich in allen Studien eine Unterrepräsentation der Ostdeutschen innerhalb der politischen Eliten auf Bundes- und Landesebene. Ostdeutsche machen aktuell an der Gesamtbevölkerung einen Anteil von circa 17 Prozent aus und in Ostdeutschland stellen sie geschätzte 87 Prozent der Bevölkerung (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 6). Die Potsdamer Elitestudie konstatierte zwar einen Anteil von 32,1 Prozent Ostdeutscher an den politischen Eliten, doch diese Überrepräsentation war vor allem auf den überproportional großen Anteil von regionalen Elitepositionen in den ostdeutschen Bundesländern zurückzuführen (vgl. Bürklin/Hoffmann-Lange 1999: 325). Die WZB-Elitenstudie ermittelte für 2012 rund 14 Prozent Ostdeutsche innerhalb der politischen Eliten, bezog aber die regionalen Führungspositionen nicht ein (vgl. Hartmann 2013: 38). Im Bundeskabinett war die Unterrepräsentation, insbesondere in den Kabinetten Schröder und Merkel, mit teilweise weniger als einem Zehntel deutlich ausgeprägt, ist aber in 2015/16 mit 19 Prozent nicht mehr vorhanden (vgl. Best/Vogel 2011: 128; Bluhm/Jacobs 2016: 11). Im Hinblick auf die Bundestagsabgeordnete



ten als Repräsentationseliten ist ein leichter Rückgang von 19 Prozent im ersten gesamtdeutschen Bundestag auf rund 14 Prozent im Jahr 2012 zu beobachten. Aber die Führungsfunktionen innerhalb des Bundestags und seiner Fraktionen sind überproportional häufig mit Ostdeutschen besetzt (vgl. Best/Vogel 2011: 128; Kollmorgen 2015a: 205), was hingegen zuletzt nicht mehr für die parlamentarischen Staatssekretäre gilt (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 11).

Unterscheidet man die politischen Eliten nach ihrer regionalen Verortung, waren die Ostdeutschen zur Zeit der Potsdamer Elitestudie 1995 mit 85,9 Prozent proportional zu ihrem Anteil in der Bevölkerung in ostdeutschen politischen Elitepositionen vertreten (vgl. Bürklin/Hoffmann-Lange 1999: 325). In den ostdeutschen Landeskabinetten lag ihr Anteil hingegen mit rund zwei Drittel unter ihrem Bevölkerungsanteil von rund 87 Prozent und sinkt sogar seit 1990 kontinuierlich (vgl. Best/Vogel 2011: 128). Im Kontrast dazu war mit Johanna Wanka bisher nur eine einzige Ostdeutsche Mitglied eines westdeutschen Landeskabinetts, obgleich der Anteil an Ostdeutschen in Westdeutschland auf vier Prozent geschätzt werden kann (ebd.). Auch unter den Landesparlamentariern als Repräsentationseliten ist ein Rückgang der Ostdeutschen zu verzeichnen von rund 97,2 Prozent unmittelbar nach 1990 auf zuletzt (2010) rund 80 Prozent, womit sie auch in Ostdeutschland knapp unterrepräsentiert sind.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass die Ostdeutschen unter den politischen Eliten auf Bundesebene und auf der ost- und westdeutschen Landesebene in etwas geringerem Maße vertreten sind, als ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht, allerdings ist diese Unterrepräsentation schwächer ausgeprägt als in anderen Elitensektoren. In den politischen Positionen der Exekutive sind proportional weniger Ostdeutsche vertreten als innerhalb der direkt gewählten Parlamente, es ist aber weniger als in anderen Sektoren ein klarer Zusammenhang zwischen Unterrepräsentation und Positionshöhe zu erkennen. So fällt die Unterrepräsen-

tation innerhalb der Landesregierungen deutlicher aus als innerhalb der Bundesregierung.

Als Ursachen für die fortbestehende und sich partiell sogar verstärkende Unterrepräsentation werden genannt: der asymmetrische Prozess der Wiedervereinigung, der aufgrund der benötigten Kompetenzen und Erfahrungen neben einem Institutionentransfer auch einen Personaltransfer mit sich brachte. Diese asymmetrische Grundkonstellation konstituierte eine Pfadabhängigkeit, denn sie sorgte für die Etablierung sich selbst perpetuierender westdeutscher Netzwerke in Ostdeutschland, zu denen Ostdeutsche aufgrund der Regeln sozialer Schließung auch später nur schwer Zugang fanden. Zugleich finden sich in Ostdeutschland auch seltener als in Westdeutschland Angehörige der oberen Dienstklasse, aus denen sich die politischen Eliten – wie alle Eliten – überproportional häufig rekrutieren. Auch werden kulturelle Gründe von Fremd- und Selbstmarginalisierung durch fortgesetzte Nichtbeachtung und Abwertung ostdeutscher Erfahrungen genannt, die die Ausbildung eines elitären Habitus erschweren (vgl. Kollmorgen 2015a: 220–225). Für die politischen Eliten werden diese Mechanismen aber offensichtlich gebrochen durch die politikspezifischen Rekrutierungsmechanismen von dezentralisiert organisierten Wahlen und Nominierungsprozessen, in denen regionale Anbindung einen wichtigen Vorteil bietet.

3.3 OST- UND WESTDEUTSCHE ELITEN: STRUKTURELLE UND NORMATIVE INTEGRATION

Wer sind nun vor diesem Hintergrund die neuen ostdeutschen politischen Eliten und inwiefern unterscheiden sie sich von ihren westdeutschen Pendanten? Diese Frage ist zentral vor dem Hintergrund des »neuen Elitenparadigmas« (Higley/Burton 2006), demzufolge stabile und effiziente Institutionen voraussetzen, dass die sie tragenden Eliten durch einen Fundamentalkonsens über die Grundregeln des Machterwerbs, des Machtübergangs und der Machtausübung verbunden sind. Bedeutete die deutsche Wiedervereinigung die



Etablierung der westdeutschen Institutionen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, war und ist eine Elitenintegration mithin die notwendige Voraussetzung für ihren Erfolg.

Die ostdeutschen Eliten generell und insbesondere die politischen Eliten zeichneten sich in der Mitte der 1990er Jahre dadurch aus, dass sie zwar keine Elitepositionen in der DDR eingenommen hatten, jedoch rund 45 Prozent von ihnen zumindest Parteimitglied in der SED oder einer Blockpartei gewesen waren. Zu einem kleineren Teil rekrutierte sie sich aus den Reihen der DDR-Opposition und den Trägern der Demokratisierungsbewegung 1989/90, auch wenn diese Gruppen überproportional häufig im Vergleich zu ihrem geringen Anteil in der DDR-Bevölkerung vertreten waren (vgl. Welzel 1997b). Die neue ostdeutsche politische Elite wurde damit überproportional aus Personen gebildet, die bereits in der DDR ein Mindestmaß an politischem Engagement aufwiesen, selbst wenn Parteimitritte häufig primär durch die Aussicht auf berufliche Aufstiegschancen motiviert waren. Im Unterschied zu Westdeutschland entstammte die neue politische Elite vornehmlich den technisch-naturwissenschaftlich oder medizinischen Professionen und den Positionen der mittleren Leitungsebene (sekundäre Funktionseliten), in denen aufgrund der notwendigen Fachexpertise die in der DDR größtmögliche Distanz zu politischen Entscheidungskriterien und politischem Engagement beziehungsweise Vereinnahmung möglich war. Insofern gelangten auch Personen in die politische Elite, die in der DDR zumindest erste Schritte auf dem Weg in Elitepositionen gegangen waren und dann entweder freiwillig nicht weiter aufstiegen, da dies ein erhöhtes politisches Engagement bedeutet hätte oder blockiert waren, da Elitepositionen selten vakant wurden. Diese Gruppe war durch ihr Qualifikationsprofil hochgradig anschlussfähig an die Erwartungen der westdeutschen Institutionenordnung und ihrer Karriereerfordernisse (siehe Ausgangslage: Eliten in der DDR). Ihr politisches Engagement begann zumeist erst während der Umbruchzeit oder sogar erst zu den ersten Landtags- oder

Bundestagswahlen 1990. Diese Transitionspolitiker/innen machten bis Ende der 1990er Jahre den Großteil der politischen Eliten aus, unter den Repräsentationseliten bildeten sie auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch rund die Hälfte (vgl. Welzel 1997b; Best/Vogel 2011).

Die letztgenannte Gruppe kann stellvertretend für die Gesamtheit der politischen Eliten betrachtet werden, bildet sie doch den wichtigen Rekrutierungspool für nahezu alle politischen Eliten auf Bundes- und Landesebene. Damit ist es möglich, die Entwicklung der ostdeutschen politischen Eliten und ihre Anpassung an ihre westdeutschen Pendanten für den Zeitraum von 1990 bis circa 2010 zu untersuchen (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 37ff). Das Durchschnittsalter der ostdeutschen Repräsentationseliten liegt weiterhin rund zwei Jahre unter dem westdeutschen Durchschnittsalter, was auf eine kürzere Anwartschaft für ein Parlamentsmandat aber kaum auf altersbedingt unterschiedliche Erfahrungszusammenhänge hinweist. Die bereits in der Potsdamer Elitestudie konstatierte akademische Prägung der politischen Eliten in beiden Landesteilen ist ebenso konstant geblieben. Die stärker naturwissenschaftlich-technische Prägung der ostdeutschen Repräsentationseliten besteht zwar fort, die Unterschiede im akademischen Qualifikationsprofil haben sich aber verringert. Auch im Hinblick auf ihre politischen Karrieren, die vor dem Antritt eines Parlamentsmandats eine längerfristige Bewährungsphase in innerparteilichen und öffentlichen Ämtern und Mandaten auf lokaler Ebene als prägendes Element beinhaltet, haben sich die ost- an die westdeutschen politischen Eliten angeglichen.

Unterscheiden sich die Repräsentationseliten in Ost- und Westdeutschland nicht wesentlich in ihrem sozialen Hintergrund und in ihren Rekrutierungsmustern, ist auch ihre normative Integration zu erkennen. Im Hinblick auf ihre politischen Einstellungen und Präferenzen sind nur noch geringe Differenzen festzustellen, und es existiert ein ausgeprägtes, die Partei- und Regi-



ongsgrenzen überschreitendes Zusammengehörigkeitsgefühl der Repräsentationseliten (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012; Best/Vogel 2011). Selbst dort, wo Unterschiede fortbestehen, verlaufen Änderungsprozesse parallel, sodass sich ähnliche Meinungsbildungsprozesse unter ost- und westdeutschen Eliten vermuten lassen. Die markantesten Unterschiede werden daran deutlich, dass die ostdeutschen Abgeordneten weniger zufrieden mit dem politischen System sind, ihre Bürgernähe stärker betonen, verstärkt Parteienkritik äußern und weiterhin deutlicher eine nach Ost-West differenzierte Politik befürworten. Ein Großteil der Unterschiede geht dabei auf die Abgeordneten von PDS/DIE LINKE zurück, deren Integration als unvollständig bezeichnet werden muss.

Die Konvergenz im sozialstrukturellen Hintergrund, den Rekrutierungsmustern und Einstellungen, die sich ebenfalls für die lokalen Eliten konstatieren lässt (vgl. Aderhold et al. 2012), hat sich als Adaption der ostdeutschen Abgeordneten an ihre westdeutschen Kollegen vollzogen. Zu den Ursachen für diese erfolgreiche Elitenintegration zählt neben den adaptionsfördernden strukturellen Merkmalen der Sekundär- und Funktionseliten der alten DDR besonders der Institutionentransfer aus Westdeutschland, denn die Anpassung an die damit verbundenen Rollenerwartungen und Handlungsmuster war die aussichtsreichste Option für die ostdeutschen Repräsentationseliten, um politischen Handlungsspielraum zu gewinnen. Auch das föderale Mehrebenensystem hat zur Elitenintegration beigetragen, da Ost-West-Differenzen eine untergeordnete Rolle in der Landespolitik spielen und das einzelne Bundesland hier den primären Identifikationsfokus darstellt. Folgerichtig sind die Konvergenzen unter den Landesparlamentariern deutlicher ausgeprägt.

3.4 DIE REPRÄSENTATION OSTDEUTSCHER INTERESSENLAGEN

Im Vergleich der Eliten aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen kommt zuallererst den

Repräsentationseliten, aber auch den politischen Eliten generell, primär die Aufgabe der politischen Repräsentation der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu. Diese normative Erwartung an die Eliten besteht in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen nicht und ihre Umsetzung kann dort auch nicht mittels (Ab-)Wahlen durchgesetzt werden. Eine mangelnde Repräsentation ostdeutscher Interessen und Erfahrungen berührt deshalb vor allem im Bereich der Politik die Grundlagen der Demokratie. Es ist in diesem Zusammenhang hilfreich, zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation zu unterscheiden, wobei deskriptive Repräsentation die proportionale Präsenz Ostdeutscher in den politischen Eliten bedeutet. Die unterproportionale Vertretung der Ostdeutschen in den politischen Eliten muss nun nicht zwingend zu deren mangelnder substantieller Repräsentation führen, das heißt, dass ostdeutsche Interessen nicht angemessen repräsentiert werden. Nur dann, wenn die Herkunft der Eliten ihre politischen Präferenzen so nachhaltig prägte, dass sie sich im weiteren Lebensverlauf nicht verändern, könnten allein die Eliten eine sozialstrukturelle Gruppe repräsentieren, die selbst dieser Gruppe angehören (vgl. Vogel 2016). Diese Annahme ist jedoch unrealistisch, wie bereits ein Blick auf die Adaptionleistung der ostdeutschen Eliten zeigt, deren Erfahrungen in der andersartigen sozialen und politischen Ordnung der DDR kein Hindernis für ihre auch normative Adaption an das neue Institutionensystem darstellte. Unabhängig von der substantiellen Interessenrepräsentation stellt die deskriptive Repräsentation aber einen eigenständigen Wert dar, führt sie doch mindestens zur symbolischen Repräsentation der Ostdeutschen, was deren Vertrauen in die Institutionenordnung und Entscheidungsträger positiv beeinflussen kann.

Nun hat die rasche Adaption der ostdeutschen Eliten dazu geführt, dass den ostdeutschen Präferenzen und Interessen kein Ausdruck auf der politischen Ebene gegeben wurde, die auf den Erfahrungen in der DDR, auf der erfolgreichen Überwindung der SED-Diktatur und auf den wirtschaftlichen und sozialen Problemen



nach der Wiedervereinigung beruhen. Die Erfahrungen der Ostdeutschen fanden daher allein im vorpolitischen Raum ihren Ausdruck (»Ostalgie«). Mit der LINKEN profilierten sich nur die politischen Akteure als Vertreter ostdeutscher Interessen, deren Integration in das politische Institutionensystem unvollständig ist und die aufgrund ihrer ideologischen und organisatorischen Verknüpfung mit der SED nur von einem begrenzten Ausschnitt der ostdeutschen Bevölkerung als legitime Repräsentanten akzeptiert werden. Deshalb, und weil die Bevölkerung weniger als Eliten in die politischen Institutionen eingebunden ist, wurde die Adaption der ostdeutschen Eliten nicht von einer entsprechenden Anpassung der ostdeutschen Bevölkerung begleitet. Eine Folge der gelungenen Elitenintegration ist mithin, dass eine Distanz in den Präferenzen zwischen der gesamtdeutschen politischen Elite und der ostdeutschen Bevölkerung besteht, die größer ist als zwischen Eliten und Bevölkerung in Westdeutschland. Diese Distanz ist eine Ursache für die durchweg geringere Akzeptanz der gesamtdeutschen Institutionen und ihrer Eliten durch die ostdeutsche Bevölkerung (vgl. Best/Vogel 2011: 138ff). Die mangelnde substantielle Repräsentation der ostdeutschen Bevölkerung gründet also nicht allein in der ohnehin nicht sehr ausgeprägten unterproportionalen Präsenz Ostdeutscher innerhalb der politischen Elite, sondern zuallererst darin, dass die ostdeutschen Eliten selbst die Interessenlagen der ostdeutschen Bevölkerung unzureichend repräsentieren.

4. WIRTSCHAFTS- UND VERWALTUNGSELITEN IN OSTDEUTSCHLAND SEIT 1990

4.1 ELITEN IN VERWALTUNG UND JUSTIZ

Der mit der Wiedervereinigung vollzogene umfassende Institutionentransfer (vgl. Best/Holtmann 2012) bei der Neugliederung und Reform der ostdeutschen Verwaltungen machte den Einsatz westdeutschen Fachpersonals in allen regionalen und kommunalen Ämtern und Behörden in den neuen Bundesländern zunächst

unabdingbar, da diese bereits über die notwendigen Kompetenzen (unter anderem juristische oder verwaltungswissenschaftliche Qualifikationsprofile) und Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis in der Altbundesrepublik verfügten. Westdeutsche Experten fungierten somit in den frühen 1990er Jahren als »Aufbauhelfer« in den mittleren und oberen Führungsetagen (vgl. Goedicke 2003, Derlien 1997, 1998, 2001, Glaeßner 1996). Die Ablösung der ehemaligen DDR-Verwaltungseliten beruhte allerdings auch auf »machtpolitischen Kalkülen« (Ahbe 2002: 202): Nicht nur die Entfernung von SED-Funktionären und Personen mit MfS-Belastung aus dem öffentlichen Dienst war hier maßgebend (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 25), es bestand auch durchaus eine generelle Skepsis, inwieweit ehemalige leitende Angehörige des sozialistischen Staatsapparates sich – angesichts ihrer biographischen Erfahrungen und den erwarteten ideologischen und mentalen Dispositionen – gegenüber der neuen bundesrepublikanischen Ordnung adaptieren könnten und loyal verhalten würden. Ein personeller Neubeginn in den Führungsetagen der ostdeutschen Verwaltungen sollte das Werk der deutschen Einheit von Beginn an in die Hände einer westlich orientierten und professionalisierten, konsensuell geeinten Verwaltungselite legen. Da Ostdeutsche erst nachqualifiziert werden mussten oder ungeeignet erschienen, eröffnete sich in den neuen Bundesländern ein Opportunitätsfenster für Aufstiege bisher blockierter Nachwuchsbeamter, das gleichzeitig als Ventil für den Personalüberhang im öffentlichen Dienst der alten Bundesländern fungierte (vgl. Hinck 2007: 203). Die damals aus dem Westen in den ostdeutschen Verwaltungsdienst eingetretenen beziehungsweise aufgerückten, relativ jungen Stelleninhaber blockieren (entsprechend ihrer Beamtenlaufbahnen) bis heute selbst das Nachrücken einer (»bundesdeutsch« qualifizierten und sozialisierten) ostdeutschen Nachwuchsgeneration, so dass die Zuwachsraten von Ostdeutschen auf leitenden Verwaltungspositionen sehr gering sind (vgl. Kollmorgen 2015a: 19). Hinzukommen dürfte auch der hohe Konkurrenzdruck durch westdeutsche Mitbewerber/innen auf Leitungspositionen in der ostdeutschen



Verwaltung. Ein Beispiel dafür ist auch der Justizsektor, in dem derzeit lediglich 13,3 Prozent der Richter/innen und 5,9 Prozent der Leitenden Richter/innen sowie Gerichtspräsident/innen und Gerichtsvizepräsident/innen an ostdeutschen Gerichten Ostdeutsche sind (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 27). Außerdem stammt kein einziger hoher Bundesrichter aus Ostdeutschland (vgl. Hartmann 2013: 39). Insgesamt wurde der Anteil von Ostdeutschen auf Spitzenpositionen der gesamtdeutschen Verwaltung 2012/13 auf nur vier bis fünf Prozent geschätzt (vgl. Kollmorgen 2015a: 16), wobei diese Angabe zwar keine regionale Zuordnung erlaubt, aber doch ein Missverhältnis zum Anteil der Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik in Höhe von circa 17 Prozent offenbart. Bürklin/Hoffmann-Lange (1999) bezifferten den Anteil von Ostdeutschen auf den hohen Verwaltungspositionen der neuen Bundesländer von weniger als 13 Prozent (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 31). Für die Mitte der 1990er Jahre beschrieben Damskis/Möller (1997) signifikante Unterschiede in den Einstellungen und Handlungsorientierungen zwischen ost- und westdeutschen Führungskräften in der Verwaltung, diagnostizierten jedoch einen fortschreitenden Angleichungsprozess. Hinsichtlich neuerer Entwicklungen und insbesondere in Bezug auf Ostdeutsche auf den mittleren Leitungsebenen in ostdeutschen Ministerien, Ämtern und Behörden, die das Reservoir für die eigentlichen Spitzenpositionen im Verwaltungssektor darstellen, offenbart sich bei der Sichtung der einschlägigen Forschungsliteratur noch erheblicher Forschungsbedarf, besonders was genaue Zahlen (unter anderem auch zu Qualifikationsprofilen, Geschlechterverhältnis, sozialer Herkunft, Einstellungen usw.) anbetrifft.

4.2 WIRTSCHAFTSELITEN ZWISCHEN ERNEUERUNG UND KONTINUITÄT

Im Sektor der ostdeutschen Wirtschaft wäre es allerdings unangebracht, den Elitenwandel nach 1989 auf einen »Austausch« oder Elitentransfer aus Westdeutschland und eine Dominanz westdeutscher Eliten zu re-

duzieren. Die Hauptursache dafür ist im radikalen Strukturwandel zu suchen, der als Deindustrialisierung bezeichnet werden kann. Durch die Restrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft entfielen zunächst viele Spitzenpositionen ersatzlos, deren bisherige Inhaber (zum Beispiel Kombinatdirektoren) zudem oftmals mit der Wende aus Altersgründen ausschieden (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 26). Zwar beträgt heute der Anteil Ostdeutscher auf den Führungspositionen der 100 größten ostdeutschen Unternehmen nur 33,5 Prozent, der der Unternehmensleiter/innen 25 Prozent und der stellvertretenden Unternehmensleiter/innen 45 Prozent (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 6, 15f), doch wurde die ostdeutsche Wirtschaft mit der Abwicklung der Kombinate und der Privatisierung der volkseigenen Betriebe (VEB) radikal umstrukturiert und ist seitdem überwiegend klein- und mittelbetrieblich organisiert. Dies bezieht sich sowohl auf die hohen Anteile der Klein- und Mittelunternehmen (KMU) an Unternehmen aller Betriebsgrößenklassen als auch auf die Anteile der in KMU Beschäftigten an der Gesamtzahl ostdeutscher Beschäftigter (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 13, 59). Die Aussage, dass »... die größten Unternehmen mit ihren hohen Beschäftigtenzahlen doch das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschafts- und Sozialstruktur ...« bilden (Bluhm/Jacobs 2016: 15), ist deshalb etwas irreführend. Richtig ist allerdings, dass durch die anhaltende Abwanderung gut qualifizierter ostdeutscher Arbeitskräfte in die westlichen Bundesländer und die nach wie vor geringe Präsenz von Großbetrieben sowie das Fehlen von in Ostdeutschland ansässigen DAX-Unternehmen die Reproduktion einer genuin ostdeutschen Wirtschaftselite erschwert wird (ebd.). In Westdeutschland sind die Anreizstrukturen (Verdienstmöglichkeiten und Karrierechancen) für den aufstiegsorientierten Elitennachwuchs besser als in Ostdeutschland.

Der Potsdamer Elitenstudie von 1995 zufolge waren nur 0,4 Prozent der Elitenpositionen in der deutschen Wirtschaft überhaupt mit Ostdeutschen besetzt, bei den Wirtschaftsverbänden betrug der Anteil Ostdeut-



scher 8,1 Prozent (vgl. Bürklin/Rebenstorf 1997: 67). Diese spärlichen Anteile haben sich seitdem offenbar kaum verändert (vgl. Kollmorgen 2015a: 23; Kunze 2008: 57). Bluhm/Jacobs (2016: 21) zufolge sind derzeit nur drei der insgesamt 190 Vorstandsposten deutscher DAX-Unternehmen mit Ostdeutschen besetzt. Der Anteil von in Westdeutschland Geborenen auf Leitungspositionen in ostdeutschen Unternehmen ist nachweislich umso höher, je höher die Hierarchieebene ist. Dies gilt besonders für die von Bluhm/Jacobs (2016) untersuchten 100 Topunternehmen mit Hauptsitz in den ostdeutschen Bundesländern. Typischerweise werden aber circa die Hälfte aller Positionen der stellvertretenden Unternehmensleiter/innen in diesen größeren Betrieben von Ostdeutschen bekleidet, was vermutlich auf deren Erfahrung bei der Mitarbeiterführung, der Vertrautheit mit regionalen Gepflogenheiten und der Einbindung in lokale beziehungsweise regionale Netzwerke zurückzuführen ist. Hier offenbart sich ein markanter Unterschied zwischen den wenigen Großbetrieben und den in der Fläche dominanten KMU, die sich überwiegend in ostdeutscher (Co-)Eignerschaft befinden (Martens/Lungwitz 2012: 107/110) und in stärkerem Maße als Großunternehmen regional verwurzelt sind: In ostdeutschen mittelständischen Betrieben des produzierenden Gewerbes mit 50 bis 1000 Beschäftigten betrug 2010 der Anteil westdeutscher Unternehmensleiter/innen lediglich 35 Prozent. (Zum Vergleich waren in mittelständischen Betrieben in Westdeutschland 2,3 Prozent der Unternehmensleiter/innen Ostdeutsche (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 9)). Diskutabel ist jedoch, inwieweit solche Unternehmensleiter/innen und Manager/innen – aufgrund der großen regionalwirtschaftlichen Bedeutung der KMU – als wirkliche Eliten aufgefasst werden können (vgl. Kollmorgen 2015b: 19).

4.3 BIOGRAPHISCHE PRÄGUNG, SOZIALE HERKUNFT UND NORMATIVE ORIENTIERUNGEN OSTDEUTSCHER WIRTSCHAFTSELITEN

Der Übergang von der staatlichen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in den reprivatisierten beziehungs-

weise neugegründeten ostdeutschen Betrieben war in erheblichem Maße durch die personelle Kontinuität vormals sozialistischer Kader geprägt, die, auf ihrer biographischen Prägung als ökonomisch-technische Eliten und Subeliten in der zentralgeleiteten Planwirtschaft fußend, ihre neue Rolle als freie Unternehmer und selbständig handlungsfähige Manager/innen erst erlernen mussten (vgl. Schmidt 2005, 2007, 2009; Martens 2005). Ostdeutsche Wirtschaftseliten erwiesen sich dabei in höchstem Maße als anpassungsfähig: Im Strukturbruch gelang die Platzierung und Etablierung eines genuin ostdeutschen Typs des postsozialistischen mittelständischen Unternehmensleiters, der eine innovative Managementkultur hervorbrachte und heute die überwiegend klein- und mittelbetrieblich organisierte Privatwirtschaft in den östlichen Bundesländern dominiert (vgl. Bluhm/Martens 2011; Bluhm/Schmidt 2008). Die relative »Marktschwäche« ostdeutscher Klein- und Mittelbetriebe, die mit der mangelnden Wettbewerbserfahrung und einer Dominanz der traditionellen und für die DDR-Industrie typische naturwissenschaftlich-technischen Ingenieurskultur zu begründen war, wurde seit den späten 1990er Jahren durch Lern- und Anpassungsprozesse gemäß den Herausforderungen des Agierens auf freien Märkten überwunden (vgl. Schmidt 2009: 77). Auch der Anteil von Manager/innen mit juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Qualifikationen in ostdeutschen Betrieben ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Trotz einer Annäherung zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Wirtschaftseliten bestehen jedoch weiterhin markante Differenzen hinsichtlich ihrer Qualifikationsprofile und hinsichtlich der Eigentumsbeteiligung in den Unternehmen. 80 Prozent der Unternehmensleiter/innen mit ostdeutscher Herkunft hatten 2010 einen naturwissenschaftlichen oder technischen Berufsabschluss, bei Unternehmensleiter/innen mit westdeutscher Herkunft waren es nur 53,8 Prozent (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 64). Ostdeutsche Manager/innen waren außerdem mit einem Anteil von 51,3 Prozent signifikant häufiger an den Unternehmen beteiligt als westdeutsche (44,0



Prozent; ebd.: 63). Der Anteil der Unternehmensleiter/innen in ostdeutschen mittelständischen Betrieben des produzierenden Gewerbes, die bereits vor 1989 in Führungspositionen waren, betrug 67,1 Prozent; im Westen waren es nur 54,8 Prozent. Es kann also von einem verzögerten Generationenwechsel in der ostdeutschen Wirtschaftselite gesprochen werden, der auf die Bedingungen der Gründungsphase nach 1990 zurückzuführen ist (vgl. Martens/Lungwitz 2012).

Es wurde angenommen, dass die Statusinkonsistenz ehemaliger DDR-Eliten einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Bedeutung der sozialen Herkunft als Karrierefaktor in Deutschland hatte und dies wiederum mit einer Veränderung des Rollenverständnisses und der Handlungsorientierungen der deutschen Eliten insgesamt verbunden sei. »Die Besetzung der Elite- und Führungspositionen durch Personen aus den alten Bundesländern stellte eine restaurative Rückabwicklung der DDR-typischen Neuzugänge zur Elite dar. Der soziale Hintergrund der Westelite ist mehrheitlich groß- oder gutbürgerlich, während die Eltern oder Großeltern der DDR-Eliten und Experten viel öfter aus den nichtbürgerlichen und unteren Schichten stammten.« (Ahbe 2002: 204). Zudem unterschieden sich diese Angehörigen der DDR-Funktionseliten infolge der sozialstrukturellen Nivellierung der DDR-Gesellschaft vor allem in ihren sozio-ökonomischen Lebensbedingungen nur wenig von anderen Bevölkerungsteilen der DDR und waren als Angehörige der »sozialistischen Dienstklasse« (vgl. Solga 1996, Adler 1997) zwar meist systemloyal, aber – anders als die Machteliten der Staats- und Parteiführung – politisch einflusslos. Ihr Selbstverständnis, ihre ideologische Orientierung und ihr Habitus seien typischerweise egalitär und antielitär gewesen, was sie von westdeutschen Führungskräften markant unterschied. Der Ausschluss beziehungsweise die Verdrängung dieser »Gegenelite« in Ostdeutschland und ihre Marginalisierung im Elitensystem der wiedervereinigten Bundesrepublik, so Ahbes These, bedeute die Kassation der sozialen Mobilitätserfolge der DDR und führe auch zur Verdrängung von »partizipativen und

egalitaristischen, linksdemokratisch und sozialstaatlich orientierten Werten« durch die in westdeutschen Führungsschichten angeblich dominanten »neoliberalen Positionen« (Ahbe 2002: S. 206). Diesen Einschätzungen widersprechen jedoch nicht nur die empirischen Befunde zu Differenzierungsprozessen in der späten DDR-Gesellschaft als einer Ungleichheitsordnung, in der die intergenerationale Statusvererbung und die Selbstreproduktion auch bei den Funktionseleiten des Wirtschaftssektors und in anderen Gesellschaftsbereichen ein markantes Ausmaß erreicht hatte, während die Mobilitätschancen für Arbeiterkinder auch bezüglich einer Platzierung in den DDR-Funktionseliten stark gesunken waren (vgl. Best et al 2012; Salheiser 2009). Ostdeutsche Unternehmer/innen und Manager/innen nach 1990 rekrutierten sich jedoch überwiegend aus eben jener Funktionseleite und -subeliten der DDR-Kombinate und volkseigenen Betriebe (Staatliche Leiter/in) beziehungsweise aus der in der DDR privilegierten Schicht der ökonomisch-wissenschaftlich-technischen Intelligenz (vgl. Gergs/Hausmann/Pohlmann 1997; Gergs/Pohlmann 1999), die nach der Wende als Gründer/Eigentümer von KMU Aufstiege realisieren konnte. Teilweise handelte es sich bei den »neuen« ostdeutschen Wirtschaftseliten auch um die ehemaligen Unternehmenseigner von bis 1972 verstaatlichten Privatunternehmen beziehungsweise deren Angehörige (vgl. Pilleul-Arp 2005). Besonders die in der DDR erworbenen Fachkenntnisse und Leitungserfahrungen scheinen für die ehemaligen Kader – nach typischen Phasen der Beschäftigungsunsicherheit und Neuorientierung – karrierestabilisierend gewesen sein. Dabei dürften die vergleichsweise geringen Übergangsraten von ehemaligen Kadern aus Forschungs- und Entwicklungs-Abteilungen der Kombinate Ausdruck der veränderten Industriestruktur und stärkeren Produktionszentrierung der jetzigen ostdeutschen KMU sein (vgl. Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 27). Auch der niedrige Frauenanteil von etwa 7 Prozent (ebd., S. 62) steht mit dem Strukturbruch im Zusammenhang, wobei Frauen bereits auf leitenden Positionen in der DDR-Industrie – im Vergleich zur allgemeinen hohen Frauenerwerbsquote



– massiv unterrepräsentiert waren. Im ostdeutschen Wirtschaftssektor kann trotz des massiven Strukturwandels insgesamt von vergleichsweise hoher personeller Kontinuität über den Systemumbruch hinweg gesprochen werden (vgl. Martens 2005; Martens/Lungwitz 2012). Damit ist die These der Etablierung einer vormals sozial und politisch marginalisierten, demokratischen Gegenelite (vgl. Welzel 1997a, 1997b) für den ostdeutschen Wirtschaftssektor in dieser Form nicht haltbar (vgl. Hornbostel 2000: S. 127). Auch die von Ahbe spezifisch attestierten Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen wurden durch die soziologische Forschung widerlegt: Ostdeutsche Unternehmer und Manager/innen besitzen mitnichten eine »sozialere« und stärker auf Mitbestimmung bedachte Orientierung, in der ein angenommenes »Arbeiterklassenbewusstsein« oder gar eine Affinität zum Sozialismus nachhallen. Im Gegenteil dazu sei eine regelrechte »Orthodoxie der Proselyten« (vgl. Martens 2007) typisch, bei der ostdeutsche Wirtschaftseliten signifikant seltener Positionen der »sozialen Marktwirtschaft« (wie großer Gewerkschaftseinfluss, Konsensorientierung und Mitarbeiterbeteiligung im Unternehmen) vertreten und signifikant häufiger »konkurrenzkapitalistisch« (das heißt vor allem an Gewinnmaximierung und weitgehender Unternehmerautonomie orientiert) denken würden als ihre westdeutschen Kollegen. Die Übernahmen dieser »konkurrenzkapitalistischen« Orientierungen begründen sie mit den Wettbewerbsbedingungen und Erfordernissen der freien Marktwirtschaft (Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 45 f.; Martens/Lungwitz 2012: 114 f.). Insgesamt war allerdings eine zunehmende Konvergenz von Einstellungen ost- und westdeutscher Unternehmer/innen und Manager/innen zu beobachten. Zunehmend verstehen sich ostdeutsche Unternehmer-Eigentümer/innen dabei als Familienunternehmer. Hintergrundanalysen zu ostdeutschen Wirtschaftseliten und deren Entwicklung in den letzten fünf Jahren (und andere auch bezüglich der sozialen Herkunft, Geschlechterverhältnisse usw.) sind nicht bekannt, so dass sich auch hier weiterer Forschungsbedarf zeigt. Zu ostdeutschen Wirtschaft-

seliten in anderen Branchen als dem produzierenden Gewerbe (zum Beispiel Banken und Versicherungen, Dienstleistungen) liegen generell sehr wenige Erkenntnisse vor. Zu vermuten ist jedoch besonders im Finanzsektor ein deutlich geringerer Anteil ostdeutscher Führungskräfte als in der Industrie, wobei wahrscheinlich noch einmal zwischen Ablegern westdeutscher und ausländischer Finanzinstitute einerseits und ostdeutschen Sparkassen andererseits unterschieden werden sollte.

5. WISSENSCHAFTSELITEN

Wenn der Blick auf die Spitzenpositionen im Wissenschaftsbereich gelenkt wird und nach dem Anteil der Ostdeutschen an Rektoren- und Kanzlerposten der größten Hochschulen in den neuen Bundesländern gefragt wird, lässt sich Folgendes feststellen: Von den 22 Rektoren stammen drei (14 Prozent) aus Ostdeutschland; von den 20 Kanzlern sind es immerhin zehn. Von den über einhundert Leitungspositionen der großen Forschungsinstitute (Max-Planck-, Leibniz-, Fraunhoferinstitute und Helmholtz-Zentren) sind Ostdeutsche ebenfalls unterrepräsentiert und stellen damit insgesamt 15 Prozent dieses Spitzenpersonals (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 23ff.; zur Bewertung der Forschungsleistungen vgl. Pasternack 2007).

Neben dem Spitzenpersonal ist die Gesamtheit des wissenschaftlichen Personals von Relevanz, weil diese eine Deutungselite darstellt und weil sie den zentralen Rekrutierungspool für Führungspersonal im Wissenschaftsbereich bildet. Hier lässt sich rückblickend auf den Systemumbruch von 1989/90 konstatieren, dass auch das DDR-Wissenschaftssystem einer radikalen Umgestaltung unterzogen wurde. In erster Linie sind in diesem Zusammenhang die Abwicklungen von Instituten an Hochschulen im Jahr 1990/91 zu nennen. Besonders betraf das solche Bereiche, die relativ eng mit dem politischen System der DDR verknüpft waren. Die Mitarbeiter der von den Schließungen betroffenen Einrichtungen wurden zunächst in eine Warteschlei-



fe versetzt, an dessen Ende die Kündigung mangels Bedarf ausgesprochen wurde. Weiterhin wurden an Hochschulen und Universitäten Personal- und Strukturkommissionen eingerichtet, deren Aufgabe es war, das Personal daraufhin zu überprüfen, ob es für eine Übernahme in den öffentlichen Dienst geeignet ist. Diese Eignung sollte dabei an dem Verhältnis der Personen zu allgemeinen Grundsätzen der Rechtlichkeit und Menschlichkeit gemessen werden. (vgl. Fix 2013: 171). In der Frage, ob dieser Maßstab adäquate Entscheidungsgrundlagen für Verbleib oder Ausscheiden lieferte oder nicht, besteht auch heute noch erhebliche Uneinigkeit. Hecht beispielsweise beschreibt den Prozess als Ausschaltung großer Teile der DDR-Intelligenz, welcher durch ein Klima von Denunziation und Rachsucht befördert wurde (vgl. Hecht 2002: 42ff.), eine Position die hinsichtlich der Praxis an derselben Universität, konkret der Universität Leipzig, nicht unwidersprochen geblieben ist (vgl. Fix 2013: 173ff.). Fakt ist jedoch, dass quantitativ gesehen ein hoher Prozentsatz des zuvor in der DDR angestellten wissenschaftlichen Personals abgebaut wurde. Informierten Schätzungen Peer Pasternacks zufolge wurden 60 Prozent des Hochschulpersonals und 60 Prozent des außerhochschulischen Akademiepersonals abgebaut (vgl. Pasternack 2005: 227). Begleitet wurde dieser Prozess von einem beispiellosen Personaltransfer aus den alten Bundesländern. Die in den Jahren 1994 bis 1998 insgesamt 1878 berufenen Professor/innen stammten überwiegend aus den alten Bundesländern. Nur 5,8 Prozent dieser Neuberufungen entfielen auf Ostdeutsche (vgl. Ahbe 2003: 204). Hierbei lässt sich konstatieren, dass die Besetzungen nach Fächergruppe differenziert zu betrachten sind. Die besten Chancen hatten demnach Kandidat/innen aus den alten Bundesländern im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften, während in Naturwissenschaft und Technik die Verbleibschancen für ostdeutsche Wissenschaftler/innen höher waren (vgl. Pasternack 2015: 23). Insgesamt stellen Ostdeutsche bis heute beispielsweise in den Sozialwissenschaften in der Professorenschaft eine Residualkategorie dar, wie exemplarisch anhand des Anteils von nur 3,8 Prozent an allen

313 Soziologieprofessoren im Jahr 2010 belegt werden kann (vgl. Mau/Huschka 2010: 25).

6. OSTDEUTSCHE ELITEN IM MILITÄR, DEN MEDIEN UND DEN KIRCHEN

Als Teil des sogenannten X-Bereiches beziehungsweise Sicherheitsapparates wurde in der NVA höchster Wert auf aktive politische Loyalität gelegt, die sich demgemäß auch in einer fast durchgängigen SED-Mitgliedschaft des Führungspersonals wie auch der Subeliten ausdrückte (vgl. Wenzke 1998). Gemäß statistischen Unterlagen im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg/Breisgau waren 1986 in der NVA 96,3 Prozent der Offiziere Mitglieder und Kandidat/innen der SED (vgl. Gebauer/Remy/Salheiser 2007: 302). Allerdings lassen sich mit Hilfe einer Mehrebenenanalyse Unterschiede in der Karrierewirksamkeit belegen: Bei den Luft- und Seestreitkräften wurde im Fall von Beförderungen graduell etwas weniger Wert auf die Parteieinbindung gelegt (ebd.: S. 310ff.). Neben der festen politisch-ideologischer Identifikation mit dem SED-Staat wurde auch auf das Ausbildungsniveau der Aspirant/innen geachtet: Anhand der Auszählung einer Stichprobe von n=1002 Offizieren lässt sich belegen, dass 75 Prozent derselben über einen Abiturschulabschluss und 33 Prozent über einen Diplomabschluss verfügten (ebd.: 306f.).

Noch im ersten Halbjahr 1990 mussten mehrere zehntausend Soldaten die NVA verlassen, darunter fast zwei Drittel der Berufskader und alle Politoffiziere (vgl. Wenzke 1998: S. 519). Zwar wurde Personal der NVA in die Bundeswehr übernommen, aber nur vereinzelt Offiziere beziehungsweise Offiziersschüler, die zudem noch überwiegend am Beginn ihrer Laufbahn standen. Bisher ist es nur zwei Ostdeutschen gelungen, einen der 200 Admirals- beziehungsweise Generalposten zu erreichen (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 28).

Ganz anders die Entwicklung im Mediensystem: Fernsehen und Rundfunk sowie der Zeitungsmarkt wurden in der DDR als PR-Maschine missbraucht und waren



deshalb sehr eng an das SED-Machtzentrum angebunden (vgl. hierzu Meyen/Fiedler 2010). Das ging soweit, dass sogar Details von Agitationssekretär/innen der SED und Generalsekretär Erich Honecker persönlich entschieden wurden. Die Auslese und Ausbildung von politisch loyalen Journalisten erfolgte an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität in Leipzig, das sogenannte »Rote Kloster«. Schon 1989/90 war das Interesse von Westverlagen an der Erschließung des Zeitungsmarktes sehr groß, was alsbald zur Übernahme aller großen Zeitungen führte und den publizistischen Wettbewerb in den neuen Bundesländern heute infrage stellt. Rundfunk und Fernsehen wurden in die Hand der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (MDR, NDR, RBB) überführt, spezielle Landesmedienanstalten als Aufsichtsbehörden für private Radio- und Fernsehprogramme und Telemedien gegründet. Im Jahr 2016 waren unter den Intendanten und den nachrangigen Führungspositionen (Bereichsdirektoren, Chefredakteure) sieben Personen ostdeutscher Herkunft (von insgesamt 28, vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 12). In den Landesmedienanstalten sind Ostdeutsche als Direktoren, Geschäftsführer und Vorsitzende von Gremien mit insgesamt sechs von insgesamt 11 Spitzenpositionen relativ gut vertreten (ebd.: 13).

Der ostdeutsche Zeitungsmarkt mit seinen insgesamt 13 regionalen Tageszeitungen wird in den Chefetagen zunehmend von Westdeutschen dominiert. 2016 befanden sich unter ihnen nur noch zwei ostdeutsche Verlags- beziehungsweise Geschäftsführer (2004 waren es noch 5; ebd.: 14); anders bei den Chefredakteuren, hier sind es acht von insgesamt 13 (ebd.: S. 14). Eine detailliertere Analyse wäre auch hier vonnöten, um Mobilitätsprozesse genauer untersuchen zu können, insbesondere stellt sich die Frage, ob sich in den Führungspositionen des Mediensystems inzwischen ein Generationenwandel vollzieht oder ob es sich bei den Positionsinhabern mit ostdeutscher Herkunft 2016 weitgehend um dieselben Personen handelt, wie im Jahr 2004. Obwohl angestrebt, können an dieser Stelle so gut wie keine Ausführungen zu den Kircheneliten

gemacht werden. Die letzten greifbaren Zahlen stammen hier von der Potsdamer Elitestudie 1995. Demzufolge waren damals die Führungspositionen in den ostdeutschen Landeskirchen zu 86 Prozent mit Ostdeutschen besetzt (nach Geißler 2011: 135).

Im Unterschied zu Politik und Wirtschaft wo die Befundlage vergleichsweise umfangreich ist, besteht hinsichtlich ostdeutscher Eliten und Subeliten im Militär, in den Medien und in den Kirchen noch erheblicher Forschungsbedarf.

7. RÜCK- UND AUSBLICK

Die hier vorgelegte Darstellung zeigte wesentliche Entwicklungen zur personellen Vertretung von Ostdeutschen in verschiedenen Positionseliten, zeichnete die Dynamik von Rekrutierungsprozessen, Elitenzirkulation und/oder -reproduktion auch und gerade mit Bezug zu den Sozialprofilen und Karrieredeterminanten nach und stellte – wo verfügbar – das Selbstverständnis von ostdeutschen Eliten vergleichend zu ihren westdeutschen Pendanten dar. Ein wesentliches Ergebnis dieser Bestandsaufnahme ist die markante und anhaltende Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den Eliten der ostdeutschen Bundesländer, aber auch im gesamten Elitesystem der Bundesrepublik Deutschland. Diese Unterrepräsentation fällt je nach betrachtetem Funktionsbereich unterschiedlich aus: Während Ostdeutsche unter den politischen Eliten noch recht gut vertreten sind, sind sie in anderen Teileliten zum Teil personell massiv unterrepräsentiert, wie zum Beispiel in der Wirtschaft, der Justiz oder im Militär. Die Folgen dieser Unterrepräsentation können in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen unterschiedlich ausfallen, insbesondere in der Politik sind sie eine tendenzielle Herausforderung für die Offenheit von Rekrutierungswegen und damit für die demokratische Chancengleichheit. Für alle gesellschaftlichen Bereiche ist aber anzunehmen, dass die genuin ostdeutschen Erfahrungen der Transformation, wie die abrupte Integration in eine neue gesellschaftliche Umgebung, die im Vergleich zu West-



deutschland fortgeschrittene demografische Entwicklung oder die Erstarkung des Populismus kaum Berücksichtigung bei Entscheidungs- und Umgestaltungsprozessen finden. Wie diese Bestandsaufnahme für die politischen Eliten zeigt, ist aber auch eine dem Bevölkerungsanteil entsprechende Vertretung der Ostdeutschen keine Garant für die Vertretung ostdeutscher Erfahrungen und Interessenlagen, weil Elitepositionen und der Weg dorthin mit umfassenden Selektions- und Adaptionsprozessen verbunden sind, die mit einer tendenziellen Konvergenz ihrer Inhaber und deren Distanzierung gegenüber ihren Herkunftsgruppen einhergehen. Es ist erst ansatzweise für den politischen Bereich untersucht, wie sich die Unterrepräsentation der ostdeutschen Eliten und ihre normative und strukturelle Integration mit ihren westdeutschen Pendanten auf die Akzeptanz der von ihnen getroffenen Entscheidungen und der sie tragenden Institutionen durch die ostdeutsche Bevölkerung auswirken. Auch in Bezug auf die Ursachen der fortbestehenden personellen Unterrepräsentation bestehen Forschungsdesiderate. Zwar konnte gezeigt werden, dass sich diese bis auf den Elitentransfer aus den alten Bundesländern in der Transformationsphase zurückverfolgen lässt und dass die damals noch relativ jungen Stelleninhaber aus Westdeutschland zum Teil bis heute Spitzenpositionen in allen relevanten Sektoren blockieren. Die Mechanismen jedoch, wie soziale Schließung, Fremd- und Selbstselektion beziehungsweise -marginalisierung der Ostdeutschen, die zur Perpetuierung dieser Anfangskonstellation führen, sind bisher zwar konzeptionell aber nicht umfassend empirisch untersucht. Prozesse der Elitenzirkulation und -reproduktion sind offensichtlich in vielfacher Weiser miteinander und mit allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen verwoben, was deutlich macht, dass die inzwischen entstandene erhebliche Forschungslücke hinsichtlich ostdeutscher Eliten geschlossen werden muss. Dabei sind auch die Implikationen für den Wandel der ostdeutschen Sozialstruktur und der Demokratieentwicklung in den Blick zu nehmen und es ist zu untersuchen, wie sich die Erfahrungen ostdeutscher Eliten als Vorreiter gesellschaftli-

cher Prozesse (zum Beispiel Überalterung, Landflucht) nutzen lassen.

LITERATUR

- ❖ **ADERHOLD, JENS/KATRIN HARM/EVERHARD HOLTSMANN, ET AL.** (2012): So nah – und doch so fern? Lokale Eliten im Spannungsfeld von Transformation und politischer Professionalisierung. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt/New York: Campus, S. 123–149.
- ❖ **ALLMENDINGER, JUTTA ET AL.** (2013): Entscheidungsträger in Deutschland: Werte und Einstellungen. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- ❖ **ADLER, FRANK** (1997): Früher sozialistischer Leiter, oder politischer Funktionär, heute...? Zur vertikalen Mobilität der DDR-Dienstklasse im Transformationsprozeß. In: Stefan Hradil/Eckart Pankoke (Hrsg.): Aufstieg für alle? Opladen: Leske + Budrich, S. 383–423.
- ❖ **AHBE, THOMAS** (2003): Deutsche Eliten und deutsche Umbrüche. Erfolg und Verschwinden verschiedener deutscher Elite-Gruppen und deren Wertepositionen. Deutschland Archiv, 36. Jg, H. 2/2003, S. 191–206.
- ❖ **BÜRCEL, TANJA** (2012): Ostdeutsche Generationen als Einwanderer in der Bundesrepublik und die Perspektiven der Wendekinder als Generation. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Frankfurt/New York: Campus, S.172–186.
- ❖ **BEST, HEINRICH** (2003): Sozialismus in der DDR: Ein Feldexperiment mit paradoxalem Ergebnis. In: Ders./Stefan Hornbostel (Hrsg.): Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Historical Social Research, 28. Jg., H. 103/104 (Sonderheft 1/2), S. 128–160.
- ❖ **BEST, HEINRICH** (2005): Cadres into Manager: Structural Changes of East German Economic Elites before and after Reunification. In: Ders./Michael Hofmann (Hrsg.): Unternehmer und Manager im DDR-Sozialismus, Historical Social Research, 30. Jg., H. 112 (Sonderheft 2), S. 6–24.
- ❖ **BEST, HEINRICH** (2009): Did Family Matter? The Formation and Reproduction of Functional Elites in a Socialist Society. In: Ders./Ronald Gebauer/Axel Salheiser (Hrsg.): Elites and Social Change. The Socialist and Post-Socialist Experience. Hamburg: Krämer, S. 13–24.

- ❖ **BEST, HEINRICH/HEINZ MESTRUP** (2003/Hrsg.): Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Kaderpolitik, Herrschaftspraxis und strukturelle Hintergründe in den thüringischen Kreisen und Bezirken (1952–1989). Weimar/Jena: Hain.
- ❖ **BEST, HEINRICH/RONALD GEBAUER/AXEL SALHEISER** (2009/Hrsg.): Elites and Social Change. The Socialist and Post-Socialist Experience. Hamburg: Krämer.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2011): Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen – Einstellungen – Handlungsbedingungen. In: Astrid Lorenz (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Berlin: Budrich, S. 120–152.
- ❖ **BEST, HEINRICH/EVERHARD HOLTSMANN** (2012/Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt/New York: Campus.
- ❖ **BEST, HEINRICH/RONALD GEBAUER/DIETMAR REMY/AXEL SALHEISER** (2012): Die DDR-Gesellschaft als Ungleichheitsordnung: Soziale Differenzierung und illegitime Statuszuweisung. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Frankfurt/New York: Campus, S. 63–84.
- ❖ **BEST, HEINRICH/STEFFEN NIEHOFF/AXEL SALHEISER/KATJA SALOMO** (2015): Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015. Erfurt.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2015): Politische Eliten in der Deutschen Wiedervereinigung, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung 64(4), S. 481–492.
- ❖ **BLUHM, KATHARINA/BERND MARTENS** (2011): The Restoration of a Family Capitalism in East Germany and Some Possible Consequences, In: Isabell Stamm/Peter Breitschmid / Martin Kohli (Hrsg.): Doing Succession in Europe. Zürich: Schulthess, S. 129–148.
- ❖ **BLUHM, KATHARINA/RUDI SCHMIDT** (2008/Hrsg.): Change in SMEs, Basingstoke: Palgrave.
- ❖ **BLUHM, MICHAEL/OLAF JACOBS** (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Universität Leipzig: Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.
- ❖ **BÜRKLIN, WILHELM/HILKE REBENSTORF** (1997/Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen: Leske + Budrich.
- ❖ **BÜRKLIN, WILHELM/URSULA HOFFMANN-LANGE** (1999): Eliten. In: Werner Weidenfeld/Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999 (Neuausgabe 1999), Schriftenreihe, Bd. 363. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 317–330.
- ❖ **CORSTEN, MICHAEL** (2005): Die kulturelle Verankerung der sozialistischen Leitungskader (in der DDR und in der Nachwendegeellschaft). In: Historical Social Research 30. Jg., H. 112 (Sonderheft 2), S. 181–205.
- ❖ **DAMSKIS, HORST/BÄRBEL MÖLLER** (1997): Verwaltungskultur in den neuen Bundesländern: Werte und Einstellungen von Führungskräften in den Ministerialverwaltungen von Brandenburg und Sachsen. Frankfurt am Main [u. a.]: Peter Lang.
- ❖ **DERLIEN, HANS-ULLRICH** (1997): Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionseelten 1989–1994. In: Hellmut Wollmann (Hrsg.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 329–417.
- ❖ **DERLIEN, HANS-ULRICH** (1998): Elitezirkulation in Ostdeutschland 1989 – 1995. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B5/1998, S. 3–17.
- ❖ **DERLIEN, HANS-ULRICH** (2001): Elitezirkulation zwischen Integration und Implosion. In: Hans Bertram/Raj Kollmorgen (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands: Berichte zum Sozialen und Politischen Wandel in den Neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich, S. 53–76.
- ❖ **ENGLER, WOLFGANG** (2004): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau Taschenbuch-Verl.
- ❖ **ETTRICH, FRANK** (2003): Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus. In: Historical Social Research, 28. Jg., H. 103/104 (Sonderheft 1/2), S. 31–56.
- ❖ **FIELD, G. LOWELL/JOHN HIGLEY** (1983): Eliten und Liberalismus, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ❖ **FIX, ULLA** (2013): Die Akten des Mfs – eine Basis für die »Durcharbeitung« unserer »furchtbar realen Vergangenheit und eine Chance für die Bewältigung unserer Zukunft. In: Dies: Sprache, Sprachgebrauch und Diskurse in der DDR. Ausgewählte Aufsätze. Berlin: Frank & Timme.

- ⚡ **GEBAUER, RONALD** (2003): War die DDR eine entdifferenzierte Gesellschaft? Ergebnisse einer Ereignisanalyse auf Basis der Daten des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Heinrich Best/Stefan Hornbostel (Hrsg.): Funktionseleiten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, *Historical Social Research*, 28. Jg., H. 103/104 (Sonderheft 1/2), S. 216–246.
- ⚡ **GEBAUER, RONALD** (2006): Wo geht's nach oben? DDR-Kaderkarrieren zwischen Aufstieg, Rückstufung und Abstieg. In: Heinrich Best/Dietmar Remy (Hrsg.): Die geplante Gesellschaft. Analysen personenbezogener Massendatenpeicher der DDR. SFB 580 Mitteilungen 18, SFB 580, Jena, S. 47–76.
- ⚡ **GEBAUER, RONALD** (2012): Cadrelites? Career Continuity, Discontinuity, or Disruption of former Socialist Elites in the Early 1990s. An Event History Analysis on the Basis of Statistically Matched Data. In: *Historical Social Research*, Special Issue, Vol. 37, No. 2., S. 139–152.
- ⚡ **GEBAUER, RONALD/DIETMAR REMY/AXEL SALHEISER** (2007): Die NVA – eine Arbeiter- und Angestelltenarmee? Empirische Befunde zur Rekrutierung von Offizieren in der DDR. In: *Historical Social Research*, Jg. 32, H. 121, S. 299–318.
- ⚡ **GEBAUER, RONALD/AXEL SALHEISER** (2008): Die Sozialstruktur der DDR im Kontext institutionellen und generationalen Wandels. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt am Main: Campus, Textbeitrag auf der beigelegten CD-ROM.
- ⚡ **GEISLER, RAINER** (2011): Eliten. In: Ders.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag, 6. Aufl. S. 121–138.
- ⚡ **GEISLER, RAINER** (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands. 7. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- ⚡ **GERGS, HANS-JOACHIM/CHRISTOPHER HAUSMANN/MARTIN POHLMANN** (1997): Political and Economic Elites in the Transformation Process in Eastern Germany. In: Heinrich Best/Ute Becker (Hrsg.): Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe. Opladen: Leske + Budrich, S. 203–248.
- ⚡ **GERGS, HANS-JOACHIM/MARKUS POHLMANN** (1999): Ökonomische Eliten vor und nach der Wiedervereinigung: Die Selektivität des Transformationsprozesses. In: Stefan Hornbostel (Hrsg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Opladen: Leske + Budrich, S. 223–252.
- ⚡ **GERGS, HANS-JOACHIM/KLAUS-PETER MEINERZ/MARKUS POHLMANN/RUDI SCHMIDT/IRIS WREDE** (1998): Führungskräfte in der ostdeutschen Industrie. Eine soziologische Analyse ihrer Orientierungsmuster und Handlungsrationaltäten. Jena: Universität Jena.
- ⚡ **GLAESSNER, GERT-JOACHIM** (1977): Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ⚡ **GLAESSNER, GERT-JOACHIM/IRMHILD RUDOLPH** (1978): Macht durch Wissen. Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystem und Kaderqualifizierung in der DDR. Eine politisch-soziologische Untersuchung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ⚡ **GLAESSNER, GERT-JOACHIM** (1996): Regimewechsel und Elitentransfer: Parlamentarisch-politische und Verwaltungseliten in Ostdeutschland. *Deutschland-Archiv*, Jg. 29, H. 6 (1996), S. 849–862.
- ⚡ **GOEDICKE, ANNE** (2003): Fachexperten und Leitungskader: Karrieren von Angehörigen der oberen Dienstklasse der DDR nach der Wende. In: *Historical Social Research*, 28. Jg., H. 103/104 (Sonderheft 1/2), S. 247–269.
- ⚡ **HANF, THOMAS/REINHARD LIEBSCHER/HEIDRUN SCHMIDTKE** (2011): Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. In: Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag, S. 249–300.
- ⚡ **HARTMANN, MICHAEL** (2004): Elitensoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- ⚡ **HARTMANN, MICHAEL** (2006): Vermarktlichung der Elitenrekrutierung? Das Beispiel der TopManager. In: Herwig Münkler/Grit Straßenberger/Matthias Bohlender (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt am Main/New York: Campus-Verlag, S. 431–454.
- ⚡ **HARTMANN, MICHAEL** (2013): Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten? Frankfurt am Main: Campus.
- ⚡ **HECHT, ARNO** (2002): Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration? Leipzig: Verlag Faber & Faber.
- ⚡ **HIGLEY, JOHN/MICHAEL BURTON** (2006): Elite Foundations of Liberal Democracies. Oxford: Rowman & Littlefield.

- ⊘ **HINCK, GUNNAR** (2007): Eliten in Ostdeutschland: Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt. Berlin: Christoph Links Verlag.
- ⊘ **HOFFMANN-LANGE, URSULA** (1992): Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen: Leske + Budrich.
- ⊘ **HOLTMANN, EVERHARD/TOBIAS JAECK** (2015): Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33–34/2015, S. 35–45.
- ⊘ **HOLTMANN, EVERHARD ET AL.** (2015): Deutschland 2014: Sind wir ein Volk? 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse. Forschungsbericht des Zentrums für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).
- ⊘ **HORNBOSTEL, STEFAN** (1999): Die besten Vertreter der Arbeiterklasse. Kaderpolitik und gesellschaftliche Differenzierungsmuster im Spiegel des zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Ders. (Hrsg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen: Leske + Budrich, S. 177–210.
- ⊘ **HORNBOSTEL, STEFAN** (2000): Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern: Neue und alte Eliten in Ostdeutschland. In: Kursbuch: Die neuen Eliten, H. 139, S. 123–136.
- ⊘ **HÜBNER, PETER** (1999). Einleitung: Antielitäre Eliten? In: Ders. (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S.9–37.
- ⊘ **KAINA, VIKTORIA** (2004): Deutschlands Eliten zwischen Kontinuität und Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B10/2004, S. 8–15.
- ⊘ **KAINA, VICTORIA/MARTIN SAUER** (1999): Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im gesamtdeutschen Integrationsprozess. Ergebnisse der »Potsdamer Elitenstudie« 1995. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 87–105.
- ⊘ **KOLLMORGEN, RAJ** (2010): Diskursive Subalternität. Empirie und diskursive Konstruktion der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung. In: Moritz Brunn et al. (Hrsg.): Transformation und Europäisierung. Münster/Berlin: LIT, S. 173–204.
- ⊘ **KOLLMORGEN, RAJ** (2015a): Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten 1990–2013. In: Ulrich Busch/Michael Thomas (Hrsg.): Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration. Berlin: Trafo, S. 189–220.
- ⊘ **KOLLMORGEN, RAJ** (2015b): Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigungsprozess. In: Berliner Debatte Initial, 26. Jg. (2): S. 17–33.
- ⊘ **KULKE, DIETER** (2005): Politisches Kapital, soziales Kapital und Humankapital in Ostdeutschland: Die Bedeutung individueller Ressourcen und struktureller Einflussfaktoren für den Wandel des ostdeutschen Managements in der Transformation. München: Rainer Hampp Verlag.
- ⊘ **KUNZE, CONRAD** (2008): Die postsozialistische Transformation der ostdeutschen Elite. Der Hallesche Graureiher, 4/2008. Halle: Martin-Luther-Universität, Institut für Soziologie.
- ⊘ **LOCK, STEFAN** (1998): Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990–1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung? Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- ⊘ **MARTENS, BERND** (2005): Der lange Schatten der Wende: Karrieren ostdeutscher Wirtschaftseliten. In: Heinrich Best/Michael Hofmann (Hrsg.): Unternehmer und Manager im DDR-Sozialismus, Historical Social Research, 30. Jg., H. 112 (Sonderheft 2), S. 206–230.
- ⊘ **MARTENS, BERND** (2007): Orthodoxie der Proselyten – Einstellungsmuster ökonomischer Funktionseliten im Ost/West-Vergleich. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36, Heft 2, April 2007, S. 118–130.
- ⊘ **MARTENS, BERND/LARS VOGEL/DANIEL GERTENHAUER** (2012): Eliten in Politik und Wirtschaft im wiedervereinigten Deutschland. SFB 580 Mitteilungen 39, SFB 580, Jena.
- ⊘ **MARTENS, BERND/RALPH-ELMAR LUNGWITZ** (2012): Vom sozialistischen Leiter zum mittelständischen Unternehmer – Ostdeutsche Unternehmensleiter nach zwei Jahrzehnten der Transformation. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt/New York: Campus, S. 104–122.
- ⊘ **MAU, STEFFEN/DENIS HUSCHKA** (2010): Die Sozialstruktur der Soziologie-Professoren in Deutschland. Diskussionspapier SP I 2010 – 204, WZB, Berlin.
- ⊘ **MEYEN, MICHAEL/ANKE FIEDLER** (2010): Blick über die Mauer: Medien in der DDR. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 309/2010, S. 72–74.

- ❖ **PASTERNAK, PEER** (2005): Wissenschaftsumbau. Der Austausch der Deutungseliten, In: Hannes Bahrmann/Christoph Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 221–236.
- ❖ **PASTERNAK, PEER** (2007): Forschungslandkarte Ostdeutschland. Sonderband »die hochschule« Wittenberg: Institut für Hochschulforschung (HoF).
- ❖ **PASTERNAK, PEER** (2015): Wissenschaftsumbau Ost. Ein 25-Jahres-Jubiläum mit eher begrenzten Jubelanlässen. In: Forum Wissenschaft 4/2015, S. 22–25.
- ❖ **PILLEUL-ARP, AGNÈS** (2005): »Vatis ehemaliger Betrieb – geklaut mit besonderer Höflichkeit«. Klein- und Mittelunternehmer in der DDR. In: Heinrich Best/Michael Hofmann (Hrsg.): Unternehmer und Manager im DDR-Sozialismus, Historical Social Research, 30. Jg., H. 112 (Sonderheft 2), S. 160–180.
- ❖ **PLÖHN, JÜRGEN** (2006): Ostdeutsche Profile in der Politik. In: Oscar Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüter (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Bedeutung – Macht – Verantwortung. Bonn: BpB, S. 135–152.
- ❖ **POHLMANN, MARKUS/HANJO GERGS** (1997): Manager in Ostdeutschland. Reproduktion oder Zirkulation einer Elite? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49. Jg., H. 3, S. 540–562.
- ❖ **POHLMANN, MARKUS/RUDI SCHMIDT** (1996/ Hrsg.): Management in der ostdeutschen Industrie. Opladen: Leske + Budrich.
- ❖ **POLLACK, DETLEF** (2001): Wie modern war die DDR? In: FIT (Frankfurter Institut für Transformationsstudien), No. 4., S. 1–34.
- ❖ **REMY, DIETMAR** (2003) Datenfriedhof oder Füllhorn für die DDR-Forschung? Geschichte, Funktionsweise und wissenschaftlicher Wert des Zentralen Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. In: Heinrich Best/Stefan Hornbostel (Hrsg.): Die Funktionseleiten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde. Historical Social Research, 28. Jg., H. 103/104 (Sonderheft 1/2), S. 73–107.
- ❖ **REMY, DIETMAR** (2006): Die personenbezogenen Massendatenpeicher des Ministerrates der DDR. Einführende Bemerkungen über eine wichtige Quelle zur Sozialstruktur der DDR-Gesellschaft. In: Heinrich Best/Dietmar Remy (Hrsg.): Die geplante Gesellschaft. Analysen personenbezogener Massendatenpeicher der DDR. SFB 580 Mitteilungen 18, SFB 580, Jena, S. 7–16.
- ❖ **SALHEISER, AXEL** (2009): Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern. Wiesbaden: VS Verlag.
- ❖ **SALHEISER, AXEL** (2012): Socialist and Postsocialist Functional Elites in East Germany. In: Historical Social Research, Special Issue, Vol. 37, No. 2, S. 123–138.
- ❖ **SCHMIDT, RUDI** (2005): Die zwei Welten der ostdeutschen Manager. In: Heinrich Best/Michael Hofmann (Hrsg.): Unternehmer und Manager im DDR-Sozialismus, Historical Social Research, 30. Jg., H. 112, S. 231–237.
- ❖ **SCHMIDT, RUDI** (2007): Eastern Germany's Incorporation into the Federal Republic. In: David Lane/Martin Myant (Hrsg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. Houndmills/ Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 90–104.
- ❖ **SCHMIDT, RUDI** (2009): East German Managers after 1989 – Challenges and Constraints. In: Heinrich Best/Ronald Gebauer/ Axel Salheiser (Hrsg.): Elites and Social Change. The Socialist and Post-Socialist Experience. Hamburg: Krämer, S. 71–80.
- ❖ **SOLGA, HEIKE** (1996): Der Elitenimport nach Ostdeutschland: Transformationstypen und Veränderungen in der Elitenrekrutierung. In: Martin Diewald/Karl-Ulrich Mayer (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen: Leske + Budrich, S. 89–111.
- ❖ **SOLGA, HEIKE** (1997): Zum Verbleib der Angehörigen der oberen Dienstklasse der DDR nach 1989. In: Stefan Hradil/Eckart Pankoke (Hrsg.): Aufstieg für alle? Opladen: Leske + Budrich, S. 321–382.
- ❖ **VOGEL, LARS** (2016): Zwischen Übereinstimmung und Distanz. Politische Repräsentation in Deutschland als asymmetrische Beziehung von Repräsentationseleiten und Bevölkerung. Jena, Dissertation.
- ❖ **WELZEL, CHRISTIAN** (1997a): Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht. Opladen: Leske + Budrich.
- ❖ **WELZEL, CHRISTIAN** (1997b): Rekrutierung und Sozialisation der ostdeutschen Elite – Aufstieg einer demokratischen Gegenelite. In: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen: Leske + Budrich, S. 201–238.
- ❖ **WENZKE, RÜDIGER** (1998): Die Nationale Volksarmee (1956–1990). In: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Ders. (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 422–535.
- ❖ **WEINGARZ, STEPHAN** (2003): Laboratorium Ostdeutschland. Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften. Münster/Hamburg, London: LIT-Verlag.



VORSTELLUNG DER FORSCHUNGSERGEBNISSE

DR. RONALD GEBAUER

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Sind Ostdeutsche in den Eliten der Bundesrepublik Deutschland unterrepräsentiert? Und wenn ja, welche Ursachen hat das? Das sind wohl zunächst zwei sehr wichtige, aber nicht die einzigen Fragen, die sich stellen, wenn man sich mit dieser Materie beschäftigt, und insofern weist schon dieser Umstand alleine darauf hin, dass auch nach über 25 Jahren deutscher Einheit eine besondere Situation vorherrscht, die Anlass genau zu jenen Fragen bietet und zu deren Beantwortung der vorliegende Aufsatz einen Beitrag liefern möchte. Dazu dienen im Folgenden zunächst ein paar Ausführungen zur Definition von Eliten beziehungsweise hier Ostdeutschen Eliten, bevor relevante Statistiken wiedergegeben werden. Daran anschließend wird die Frage angeschnitten, welche Faktoren für die anhaltende Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den bundesdeutschen Eliten in Betracht zu ziehen sind.

Zunächst zur Definition: Das Expertenforum, welches im Vorfeld des Symposiums dreimal tagte, hatte der Frage der Definition ostdeutscher Eliten sehr viel Diskussionszeit eingeräumt. Welche Personen sollen überhaupt zur Elite gerechnet werden? Das ist in der Tat eine nicht ganz einfache zu beantwortende Frage. Ebenfalls nicht einfach ist es zudem, die Frage zu beantworten, welche Kriterien herangezogen werden sollten, jemanden als »ostdeutsch« auszuweisen, und demzufolge ist unter Wissenschaftler/innen sicher nie ein Konsens darüber zu erzielen, was denn allgemein unter dem Begriff »ostdeutsche Eliten« zu verstehen sei. Das muss jedoch kein Problem sein, denn aus wissenschaftstheoretischer Sicht ist ein Konsens zwar unter Umständen wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig.

Stattdessen reicht es bei der Verwendung von Nominaldefinitionen aus, die Definition in Hinsicht auf das Ziel zu bestimmen, welches hier der Auftraggeber so formuliert hat, dass er die Debatte um Identität, Rolle und Bedeutung der ostdeutschen Eliten im wiedervereinten Deutschland anstoßen und vertiefen möchte.

Die Empfehlung der Expert/innen war es dann, auf den etablierten Positionsansatz in der Elitenforschung zurückzugreifen, demzufolge es sich bei Eliten um Personen handelt, die im jeweiligen Gesellschaftsbereich Macht- beziehungsweise Schlüsselpositionen einnehmen und maßgeblich »an zentralen Entscheidungen [...] welche die Gesellschaft als Ganzes betreffen« (Higley/Field/Grøholt 1976: 16) mitwirken. Es handelt sich dabei nicht nur um einflussreiche Positionen in Politik, Justiz und Verwaltung, deren Inhaber/innen es gestattet, »direkten Einfluß auf normensetzende Entscheidungen« (Bürklin/Rebenstorf 1997: 37) auszuüben, sondern auch um Personen in Stellungen, die es ermöglichen, Einzelentscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung herbeizuführen (ebd.), wie es exemplarisch große Wirtschaftsunternehmen vermögen, oder davon wiederum unterschieden, jene Funktionen, die über Definitionsmacht verfügen oder große Bedeutung für den gesamtgesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess haben, wie typischerweise Medien, Wissenschaft, Kultur oder Gewerkschaften, Kirchen und große Organisationen, wie zum Beispiel Greenpeace, NABU, Amnesty International etc.

Ostdeutsche Eliten sind dann Ostdeutsche, die eben solche Positionen bekleiden, und zwar Ostdeutsche, die



noch weitgehend in der DDR sozialisiert wurden – wobei vorgeschlagen wird, den Personenkreis auf die bis 1976 Geborenen zu begrenzen – nicht jedoch diejenigen, die in Ostdeutschland schon sehr lange leben und anderswo geboren und sozialisiert wurden oder die Kinder derselben sind. Die Empfehlung, ostdeutsche Eliten so zu definieren, kann aus dieser Perspektive vorteilhaft sein, die Debatte um Identität, Rolle und Bedeutung dieser Eliten anzustoßen und ist zum gegebenen Zeitpunkt noch praktikabel – zumindest solange diese Geburtsjahrgänge im nennenswerten Umfang noch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Zudem empfahl das Expertenforum, den Blick nicht nur auf die Top-Elitepositionen zu richten, sondern zur Elite auch diejenigen einzubeziehen, die Sub-Elitepositionen bekleiden und zwar vor allen Dingen, weil diese ein wichtiges Rekrutierungsreservoir für Top-Elitepositionen darstellen, beziehungsweise auch weil ihre Stelleninhaber/innen wichtige Entscheidungen maßgeblich vorbereiten beziehungsweise vorstrukturieren, was zweifellos beispielsweise auf Abgeordnete im Bundestag und in Länderparlamenten zutrifft. Im Hinblick auf die Wirtschaft in den östlichen Bundesländern, die nach dem Zerfall der großen Kombinate und VEB überwiegend klein- und mittelbetrieblich organisiert ist, können deshalb auch Positionen im Management schnell wachsender innovativer Unternehmen berücksichtigt werden, zum Beispiel wie im Fall der Firma »Sonotech« in Halle, einem Unternehmen, welches Ultraschallmesstechnik herstellt, 1991 gegründet wurde und inzwischen 125 Mitarbeiter/innen hat.

Wenn man sich nun der Frage zuwendet, in welchem Umfang Ostdeutsche in den Eliten der Bundesrepublik Deutschland vertreten sind, hat man es zunächst nicht einfach, aktuelle Statistiken zu finden und die wenigen Studien müssen mühsam zusammengesucht werden. Dazu gehören beispielsweise die Jenaer Abgeordnetenstudie, die unter der Leitung von Prof. Dr. Heinrich Best durchgeführt wurde, und die leider nicht mehr fortgeführt wird, oder die MDR-Studie von Prof. Olaf Jacobs

aus dem Jahr 2016. In den 1990er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts war die Forschungssituation weit besser (siehe zum Beispiel die Potsdamer Elitestudie oder die Elitestudien des SFB 580 an den Universitäten Jena und Halle). Es muss in diesem Zusammenhang explizit darauf aufmerksam gemacht werden, dass es dringend der Finanzierung neuer Forschungsvorhaben und deren Verstetigung bedarf, wenn man die zukünftige Entwicklung nicht ganz aus dem Auge verlieren will.

Deshalb auch nur wenige ausgewählte Statistiken: Im Bundeskabinett sind von den aktuell 16 Regierungsmitgliedern zum Ende der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags mit dem Weggang von Manuela Schwesig nur noch zwei Ostdeutsche vertreten. Das entspricht einem Anteil von zwölf Prozent (eigene Recherchen, Präsentation Bundestag im Internet). Im Präsidium des Bundestags ist nur eines von sieben Mitgliedern ostdeutscher Herkunft (eigene Recherchen, Präsentation Bundestag im Internet). Repräsentativ wäre jeweils eine Quote von 17 Prozent gemäß des bundesweiten Bevölkerungsanteils Ostdeutscher. Zum Vergleich: In der letzten Legislaturperiode waren noch drei der damals sechs Präsidiumsmitglieder des Bundestags ostdeutscher Herkunft (vgl. Kollmorgen 2015, Tabelle 1: 22). Ostdeutscher Herkunft waren 2012 – und damit leicht überrepräsentiert – ebenfalls 21 Prozent der Inhaber/innen von Spitzenpositionen in den Bundestagsparteien (ebd.).

Weiter: Von den 103 in Ostdeutschland vergebenen Bundestagsmandaten entfallen 79 auf Ostdeutsche (77 Prozent, vgl. Stern 2013); damit sind sie auch hier unterrepräsentiert, denn der Bevölkerungsanteil Ostdeutscher in den neuen Bundesländern beträgt 87 Prozent. Von den 50 Regierungsmitgliedern in ostdeutschen Landeskabinetten sind es 35 (70 Prozent), die eine ostdeutsche Herkunft aufweisen (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 9), und auch in den ostdeutschen Landtagen sind sie zur Zeit mit insgesamt 392 Abgeordneten nicht in jedem Bundesland gemäß ihrem Bevölkerungsanteils



vertreten. Der Prozentanteil schwankt hier zwischen circa 81 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bis 91 Prozent in Sachsen-Anhalt (vgl. MDR 2017).

Insgesamt ist das Ausmaß der Unterrepräsentation in anderen Bereichen jedoch noch viel ausgeprägter als in der Legislative. So sind Top-Positionen im politischen Bereich der Exekutive (hier: Staatssekretär/innen) weit weniger durch Ostdeutsche besetzt als innerhalb der direkt gewählten Parlamente oder in den Landesregierungen. Laut MDR-Studie waren von den 54 Staatssekretär/innen 2016 in den ostdeutschen Bundesländern 25 ostdeutscher Herkunft (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 9). Das entspricht einer Quote von 46 Prozent, immerhin mit ansteigender Tendenz gegenüber der ersten Erhebung des MDR 2004.

In anderen Bereichen ist die Situation noch ungünstiger: Fast vergebens sucht man Ostdeutsche in den Wirtschaftseliten der großen DAX-Konzerne: Nur drei Vorstandsposten der insgesamt 190 kommen aus Ostdeutschland, was die marginale Präsenz unterstreicht (ebd.: 21). Keines der DAX-Unternehmen hat seine Konzernzentrale in den ostdeutschen Bundesländern. Immerhin sind Ostdeutsche auf der Leitungsebene der 100 größten ostdeutschen Unternehmen wiederum stärker vertreten: 28 der 110 Unternehmensleiter/innen (25 Prozent) und 35 der 78 stellvertretenden Unternehmensleiter/innen (45 Prozent) sind ostdeutscher Herkunft (ebd.: 16). In unserem Definitionsvorschlag plädierten wir ebenfalls für eine Berücksichtigung von mittelständischen Unternehmen und es lässt sich hier mit etwas älteren Zahlen von 2010 belegen, dass in ostdeutschen mittelständischen Betrieben des produzierenden Gewerbes mit 50 bis 1000 Beschäftigten der Anteil westdeutscher Unternehmensleiter damals lediglich 35 Prozent betrug (vgl. Martens/Lungwitz 2012: 107; Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 26; Tabelle 8: 59).

In unseren Empfehlungen für zukünftige Forschungen sind neben den Top-Eliten der größten Unternehmen

also auch die Eigentümer/innen und Manager/innen mittelständischer Firmen in den Blick zu nehmen, die in den ostdeutschen Bundesländern – aber nicht nur dort – strukturell gesehen von erheblicher Relevanz sind und die in den ostdeutschen Bundesländern dominieren.

Zu den Ursachen für die anhaltende Unterrepräsentation: Diesbezüglich wurde in den Expertenforen die Pfadabhängigkeit der Besetzungsprozesse ab dem Jahr 1989/90 genannt (Stichwort Elitetransfer aus den alten Bundesländern) und auf die damals angebotsseitig häufig fehlenden Fachqualifikationen ostdeutscher Bewerber/innen. Weiterhin wurden die Bedingungen diskutiert, denen ostdeutsche Bewerber/innen alleine schon angesichts der gesamtdeutschen Elitenkonkurrenz ausgesetzt sind und aufgrund dessen es ostdeutschen Anwärter/innen bei deutschlandweiter Ausschreibung von Stellen, gleiche Qualifikationen vorausgesetzt, alleine schon deshalb schwerer hatten zum Zuge zu kommen (»quantitative Majorisierung«). Zur Sprache gebracht wurde ebenfalls eine möglicherweise höhere Risikoaversion Ostdeutscher und geringere Selbstwirksamkeitseinschätzungen; beides Positionen, die im Expertenforum aber nicht unwidersprochen blieben und die für das Bewerberfeld gut ausgebildeter und potentiell geeigneter Kandidat/innen für Führungspositionen weiterer empirischer Untersuchungen bedürfen. Relevant für ein anhaltend verringertes Angebot könnte auch die Westmigration von gut ausgebildeten jungen Ostdeutschen unmittelbar vor und in der Folge der deutschen Wiedervereinigung sein.

Jedoch sind auch Variablen beziehungsweise Mechanismen auf der Nachfrageseite in den Blick zu nehmen, etwa die im internationalen Vergleich langen Elitelaufbahnen im Verwaltungsbereich oder in Netzwerken, die auf wechselseitigem Kennen, Schätzen, Vertrauen basieren, und deren Protagonisten auf sozialisatorische sowie sozialstrukturelle Ähnlichkeit achten, um Vertrauen in die Stärke der zu rekrutierenden Führungskräfte zu erlangen, weswegen ostdeutsche Aspirant/

innen bei einer Bewerbung geringere Chancen haben dürften, den Zuschlag zu erhalten. Alle bisher erfolgten Aussagen dazu sind jedoch rein hypothetischer Natur und bedürfen grundlegend neuer empirischer Forschungen.

Der vorliegende Aufsatz lieferte eine Synopse von Forschungsergebnissen des quantitativen Ausmaßes der Repräsentation Ostdeutscher in den Eliten der Bundesrepublik Deutschland, und es wurden einige Ursachen der Unterrepräsentation diskutiert. Davon zu trennen ist jedoch die Frage der Repräsentation ostdeutscher Interessen, beispielsweise in Politik und Wirtschaft und ebenso, zumindest graduell, die Frage nach den Herausforderungen und Zukunftsperspektiven. Eine vertiefende Untersuchung bedarf außerdem einer Perspektive der historisch-empirischen Sozialforschung, alles weitere Forschungsschwerpunkte, die in der Bestandsaufnahme des Forscherteams diskutiert wurden (vgl. Gebauer/Salheiser/Vogel 2017).

LITERATUR:

- ❖ **BLUHM, MICHAEL/OLAF JACOBS** (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Leipzig: Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.
- ❖ **BÜRKLIN, WILHELM/HILKE REBENSTORF** (1997/ Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen: Leske + Budrich.
- ❖ **GEBAUER, RONALD/AXEL SALHEISER/ LARS VOGEL** (2017): Bestandsaufnahme zum mehrteiligen Projektvorhaben: »Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven.« Berlin: Deutsche Gesellschaft e. V.
- ❖ **MDR** (2017): exakt – So leben wir! exklusiv, Kaum Ostdeutsche an der politischen Spitze; <http://www.mdr.de/investigativ/ostdeutsche-politik100.html>; zuletzt überprüft am 12.09.2017
- ❖ **HIGLEY, JOHN/G. LOWELL FIELD/KNUT GRØHOLT** (1976): Elite Structure and Ideology. A Theory with Applications to Norway. New York: Columbia University Press.
- ❖ **KOLLMORGEN, RAJ** (2015): Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigungsprozess. In: Berliner Debatte Initial, 26. Jg. (2): S. 17–33.
- ❖ **MARTENS, BERND/RALPH-ELMAR LUNGWITZ** (2012): Vom sozialistischen Leiter zum mittelständischen Unternehmer. Ostdeutsche Unternehmensleiter nach zwei Jahrzehnten Transformation. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann u. a. (Hrsg.): Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 104–122.
- ❖ **MARTENS, BERND/LARS VOGEL/DANIEL GERSTENHAUER** (2012). Eliten in Politik und Wirtschaft im wiedervereinigten Deutschland. Halle/Saale, Jena: SFB 580 Mitteilungen, Heft 39.
- ❖ **STERN.DE** (2013): Jeder vierte ostdeutsche Abgeordnete im neuen Bundestag stammt eigentlich aus dem Westen (URL: <http://www.presseportal.de/pm/6329/2615670>, Zugriff am 12.09.2017).



DIE AUSGANGSLAGE 1989/90: ELITENWECHSEL ODER ELITENREPRODUKTION?

PROF. DR. HEINRICH BEST
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Jede »Stunde Null« hat eine Vorgeschichte, die Bedingungen für jene Entwicklungen setzt, die in dieser »Stunde Null« ihren Ausgang nehmen. Dies gilt auch und gerade für die Formierung des Elitensystems des vereinten Deutschlands mit seinen besonderen Ausprägungen und vor allem mit seinen deutsch-deutschen Asymmetrien. Es ist ein in der Forschung allgemein geteiltes Verständnis, dass das Herrschaftssystem und die Machtorganisation der DDR mit deren Ende zwar untergingen, aber mental, strukturell und auch personell bis in die Gegenwart hintergründig weiterwirkten (vgl. Best 2003, 2009). Die lange »Stunde Null« der Friedlichen Revolution und der deutschen Vereinigung, besser: das lange Jahr des Systemwechsels vom Oktober 1989 bis zum Ende 1990 (mit der Wahl des ersten gesamtdeutschen Bundestages als Endpunkt) war ja ohnehin als eine Phase der spannungsreichen Kohabitation von Alt und Neu noch vom Regime der alten DDR geprägt (vgl. Best/Vogel 2011, 2012).

Revolutionen sind unter anderem durch einen Eliten-austausch definiert (vgl. Best 2010). Dies gilt auch für die Friedliche Revolution des Jahres 1989, in der in mehreren Wellen und noch im Verfassungsrahmen der DDR das Spitzenpersonal der Partei- und Staatsapparate mit ganz wenigen Ausnahmen seine Ämter verlor und zum Teil persönlich attackiert und juristisch verfolgt wurde. Zugleich gilt, dass in Revolutionen bestimmte Segmente von Sekundär- und Funktionseliten eine erhöhte Chance haben, in ihren Positionen zu verbleiben. Dies galt selbst für das bolschewistische Russland nach der Oktoberrevolution, in dem ein radikaler »Elitizit« mit der Einbindung zaristischer Offiziere in die Rote Armee

und bürgerlicher Experten in die sozialistische Wirtschaft zusammenging. Dies gilt, wie ich zeigen werde, auch für das Ende der DDR (vgl. Best 2012). In einem Punkt unterschied sich die revolutionäre Situation in der DDR allerdings von anderen und auch von der in anderen sozialistischen Staaten: Es gab in der DDR keine Gegenelite, die zur Führung eines revolutionären Umbruchs und Machtwechsels bereit und in der Lage gewesen wäre, weder als Fraktion in der Partei noch in der schwachen und durch Abschiebungen nach Westdeutschland weiter geschwächten Oppositionsbewegung, noch in den Blockparteien (vgl. Semenova/Edinger/Best 2014). Die Friedliche Revolution begann deshalb ohne erkennbare Führung, koordiniert durch die sozialen Netzwerke des vorelektronischen Zeitalters mit Unterstützung westlicher Medien.

Die neue politische Führungsschicht Ostdeutschlands begann sich dagegen erst zur Jahreswende 1989/1990 zu formieren, gespeist aus unterschiedlichen Quellen: Bürgerbewegung, Blockparteien, der zweiten Linie des SED-Funktionärskorps und dem ihr verbliebenen Parteianhang, schließlich Seiteneinsteigern aus der »Mitte der DDR-Gesellschaft«. Die Zusammensetzung der ersten frei gewählten Volkskammer war ein Abbild dieser Konstellation (vgl. Hausmann 2000). Ihnen standen die etablierten politischen Eliten Westdeutschlands als mächtige Protpektoren und Gegenspieler gegenüber. Die Asymmetrie mit einem West-Ost-Gefälle kennzeichnete das Verhältnis zwischen ost- und westdeutschen Eliten, seitdem sich die Sowjetunion als Garantie- und Schutzmacht der DDR zurückziehen begonnen hatte.



Es sollen an diesem Punkt zwei unter systematischen Aspekten wichtige Sachverhalte festgehalten werden: Zum einen ist es wichtig, wenn wir von Eliten sprechen, auch die Sub- und Sekundäreliten – oder was Mosca »die zweite Schicht der herrschenden Klasse« nannte – im Auge zu behalten (vgl. Best 2012). Aus ihr rekrutiert sich in aller Regel die Top-Elite, und sie bildet das Reservoir der Elitenzirkulation. Sie bildet auch den Ausschnitt des Elitensystems, der der allgemeinen Bevölkerung in ihren sozialen Alltagsbezügen gegenübertritt. Zum zweiten gilt, Elitensysteme sind Teil einer Institutionenordnung, die insbesondere formelle und informelle Zugangsregeln setzt, Karrieren definiert und Machtressorts abgrenzt. Die Struktur von Eliten wird maßgeblich, wenn auch nicht vollständig, von diesen Institutionenordnungen bestimmt (vgl. Best 2010).

Im Folgenden wird der Blick auf beide Aspekte gelenkt und nach der Stellung gefragt, die ostdeutsche Sekundäreliten in den zentralen Bereichen Wirtschaft und Politik bei der Formierung eines gesamtdeutschen Elitensystems 1989/90 einnahmen (vgl. Best 2005; Salheiser 2009; Martens/Lungwitz 2012). Zum anderen werde ich danach fragen, welche Bedeutung der Übergang von der Institutionenordnung einer Parteidiktatur mit einem planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem zu einer repräsentativen Demokratie und Marktwirtschaft für die sich seit 1989/90 vollziehenden Prozesse von Elitenwechsel und Elitenreproduktion hatte (vgl. Best/Hofmann 2005). Beide Aspekte waren Forschungsthemen des DFG-Sonderforschungsbereichs 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung«, auf dessen Ergebnisse ich mich hier stütze (vgl. Best/Vogel 2011, 2012; Martens/Lungwitz 2012). Beginnen möchte ich mit dem Wechsel der institutionellen Ordnung der Elitensysteme, der sich mit dem Umbruch 1989/90 vollzog.

Die DDR stellte sich, wie alle staatssozialistischen Regime, selbst als eine Gesellschaft ohne Eliten, als eine Gesellschaft der Gleichen dar. Elitentheorien, die Eli-

ten als ein universelles Phänomen betrachten, wurden als »Bestandteil des reaktionärsten Flügels der bürgerlichen Ideologie« gebrandmarkt, der sich gegen die »führende Rolle der Arbeiterklasse« – sprich: gegen die Macht der leninistischen Monopolparteien – richte (Assmann et al 1977: 157). Diese wütende Ablehnung hatte damit zu tun, dass die Projektion einer klassenlosen und herrschaftsfreien Zukunft des Staatssozialismus den Kern der Legitimation seiner Herrschaft bildete. Elitentheorien waren dagegen im frühen 20. Jahrhundert formuliert worden, um gerade diese Verheißung des Marxismus als Unmöglichkeit zu entzaubern.

Die Unausweichlichkeit der Koordination von gesellschaftlichen Prozessen durch Führung war allerdings schon von Marx konzediert worden und in das Bild des Dirigenten gebracht worden, der mit seinem Taktstock das Orchester zum Klingen bringt. Dieses Bild findet sich bei Lenin wieder, der den Marxismus mit seiner Partei- und Staatstheorie um eine elitentheoretische Komponente erweiterte. Die Führung der zentralistischen und »immer recht« habenden Partei der Arbeiterklasse als »Avantgarde« des Proletariats: das ist ein nicht nur semantischer Anklang an »Elite«. »Leitung« und »Autorität« waren für den Marxismus-Leninismus positiv besetzte Konzepte, die – und hier berief man sich auf Engels – ein für jede auf Arbeitsteilung beruhende Gesellschaft notwendiges Verhältnis der »wechselseitigen Über- beziehungsweise Unterordnung von Personen, sozialen Gruppen und Institutionen« begründen. Das war kanonisierter Bestandteil des Marxismus-Leninismus, der zum Beispiel in der DDR in einer elaborierten »Leitungswissenschaft« kodifiziert wurde (Assmann et al 1977: 398). Das unter den Bedingungen des Staatssozialismus etablierte System gesellschaftlicher und politischer Führung – beides war dem Anspruch nach fusioniert – sollte sich aber grundlegend von dem kapitalistischen Gesellschaften und bürgerlicher Demokratien unterscheiden: Führung resultierte danach nicht aus einem mehr oder weniger naturwüchsigen und nur teilweise durch formale Regeln gebän-



digten Konkurrenzkampf um die Macht, sondern aus Beauftragung, in letzter Instanz durch die hegemoniale Partei der Arbeiterklasse, genauer: durch deren Führung. Der hierarchische Aufbau der Gesellschaft war als ein planvolles Positionengefüge angelegt, dem – ebenso planvoll – Personen zur Ausübung von Funktionen, Funktionäre also, zugewiesen wurden. Das System hieß »Nomenklatur«, das es besetzende Personenkollektiv waren die »Kader« (vgl. Best/Hornbostel 2003).

Das entscheidende und von der Forschung nicht angemessen gewürdigte Ergebnis der Friedlichen Revolution war der Zusammenbruch beziehungsweise die Auflösung des Kadernomenklatursystems, also jener Institution, die in Regimen leninistisch-stalinistischer Provenienz die Produktion und Reproduktion der sozialistischen Dienstklasse regelte (vgl. Best 2012). Das Kadernomenklatursystem war als ein Kernbestandteil der Machtorganisation kommunistischer Parteidiktaturen von gleicher Bedeutung wie der Gewalt- und Repressionsapparat und die Planbürokratie. Die Anfänge systematischer Kaderplanung und Kaderverwaltung reichen in die Phase der Etablierung der bolschewistischen Parteidiktatur nach der Oktoberrevolution zurück – wobei mit der Nomenklatur bezeichnenderweise auf ein Instrument zur Allokation von Führungspersonal des Zarenreiches zurückgegriffen wurde. Zur vollen Entfaltung kam das Kadernomenklatursystem aber erst unter Stalin in den 1920er Jahren, der dieses Instrument zunächst im Machtkampf mit seinen Rivalen und dann zur Machtsicherung und zentralen Kontrolle des Parteiapparats einsetzte. Bald wurden Kadernomenklatursysteme aber umfassend auf andere gesellschaftliche Bereiche und – mit der Ausweitung des Machtbereichs der Sowjetunion – auf den gesamten von ihr kontrollierten Raum von Eisenach bis Wladiwostok ausgedehnt. Sie waren Teil der Grundausstattung der Institutionenordnung des Realsozialismus und das Hauptinstrument sozialistischer Gesellschaftsplanung mit dem Ziel, den Zugang zu Führungspositionen zentral zu kontrollieren und eine systemloyale Dienstklasse zu schaf-

fen. Den Umfang des Kadersystems in den Systemen des Realsozialismus kann man daran ermessen, dass der zentrale Kaderdatenspeicher des Ministerrats der DDR in den 1980er Jahren rund 600.000 Einträge enthielt. Dies wohlgermerkt ohne den so genannten X-Bereich der Sicherheitsorgane und den Parteiapparat der SED (Best/Hornbostel 2003: 73 ff.).

Elitenrekrutierung im realen Sozialismus erfolgte durch Auslese, Designation durch Aufnahme in die Kaderreserve und Beauftragung in einem hierarchisch gestuften System von Kaderabteilungen und diesen wiederum vorgelagerten Kontrollinstanzen. Es war darauf ausgerichtet, einen Menschentypus als idealen sozialistischen Leiter und Parteikader zu etablieren, der durch Loyalität, Disziplin sowie Bereitschaft zur Einordnung in Hierarchien und Kollektive charakterisiert war. Er sollte – dies war schon die Devise Lenins – aus den geeignetsten Söhnen – von Töchtern war noch nicht die Rede – der Arbeiterklasse geformt werden. Der Zusammenbruch des Kadernomenklatursystems in der DDR, der sich recht gut auf das Ende der Arbeiten am Zentralen Kaderdatenspeicher des Ministerrats im Frühjahr 1990 datieren lässt, kam einer sozialen Revolution gleich. Er beendete die soziale Reproduktion der Dienstklasse und Machtorganisation der DDR. Es ist offenkundig, dass das Konzept einer »geplanten Elite«, das ihm zugrundeliegende Rollenverständnis und Persönlichkeitsbild des Führungspersonals (auch auf den höchsten Hierarchiestufen) und das Verfahren der Elitenrekrutierung nicht mit denen des Westens allgemein und speziell jenen Westdeutschlands übereinstimmten beziehungsweise vereinbar waren. Hier gilt der im Prinzip offene und zum Teil marktförmige Konkurrenzkampf um Führungspositionen durch Eigeninitiative und ehrgeizige Individuen, die mit den formalen Regeln, sozialen Praktiken und kulturellen Standards der Sektoren, in denen sie Karriere machen wollen, vertraut sind. Beide Elitensysteme waren demnach fundamental, die aus ihnen hervorgegangenen Eliten zumindest prima facie inkompatibel.



Wenn dies zutrifft, warum gab es, woher kam dann die starke Repräsentation Ostdeutscher in den politischen Eliten und in den wirtschaftlichen Sekundärebenen Ostdeutschlands? Eine Antwort auf diese Frage ist, dass die Praxis und Wirklichkeit der Rekrutierung und Karrieresteuerung der Funktionsebenen der DDR deutlich von den Maximen des Kadernomenklatursystems abwichen. Das zeigten unsere Analysen des Kaderdatenspeichers des Ministerrats der DDR (vgl. Best/Gebauer/Remy/Salheiser 2012). Die Rekrutierung war deutlich improvisierter und folgte viel flexibler den Eigenlogiken der funktionalen Bereiche der DDR-Gesellschaft. Das heißt, im Gesundheitssystem, im Wissenschaftsbereich, in den Medien, in den verschiedenen Sektoren der staatlichen Verwaltung, in den Repressionsapparaten und in der Wirtschaft kamen jeweils subsystemische Eigenlogiken zur Geltung. Dies ging zusammen mit einer Tendenz, dass Familien als Agenturen der sozialen Produktion und Reproduktion der Ungleichheitsordnung der DDR wieder eine Schlüsselfunktion einnahmen (vgl. Best 2009). Generell zeigte das Führungspersonal deutliche und in der Kohortenfolge markant zunehmende Züge sozialer Schließung. Dies zeigte sich unter anderem in einer ansteigenden Selbstrekrutierung und einer abnehmenden Rekrutierung aus der »Arbeiterklasse«, einer zunehmenden Isogamie – also der Wahl statusähnlicher Ehepartner –, einem in den Top-Positionen gleichbleibend niedrigen Frauenanteil (trotz aller Bekenntnisse zu einer Lösung der »Frauenfrage«) und einem deutlich ansteigenden Anteil von Hochschulabsolventen, von denen wiederum hohe Anteile Abschlüsse in den Natur- und Technikwissenschaften hatten.

Der Anspruch, eine sozialistisch-proletarische Gegebenheit zu der des kapitalistischen Westens zu bilden, hatte immer weniger Realitätsgehalt. Vielmehr gab es durchaus – und vor allem bei Jüngeren zunehmend – Anknüpfungspunkte an das Führungspersonal des Westens, sozialstrukturell und habituell. Im Fall der Wirtschaftseliten wurde diese Entwicklung durch den Umstand gefördert, dass ein erheblicher und in der

jüngsten Alterskohorte auf über 20 Prozent ansteigender Anteil der Leitungskader (vom Abteilungsleiter aufwärts) der zentral geleiteten Industrie aus der »Alten Bourgeoisie« der Selbständigen-, Unternehmer- und Großbauernmilieus kamen. Im Bereich des Wissenschafts- und Gesundheitssystems hatten ebenfalls in erheblichem Umfang Nachkommen bildungsbürgerlich-akademischer Milieus überlebt oder Fuß gefasst (vgl. Salheiser 2009: 216). Die sozialstrukturellen und habituellen Anknüpfungspunkte wurden – vor allem auf den oberen und mittleren Führungsebenen der Wirtschaft – durch eine soziale Praxis im Zuge enger wirtschaftlicher Kooperation zwischen der DDR und der Bundesrepublik aktiviert. In den 1980er Jahren war die DDR zur verlängerten Werkbank vieler westdeutscher Industrieunternehmen und zu einem wichtigen Zuliefer- und Produktionsstandort für große Handelsunternehmen geworden – nicht zuletzt weil sie über den innerdeutschen Warenaustausch unmittelbaren Zugang zu den Märkten der Europäischen Union erhielt.

Hier bereiteten sich über Arbeitskontakte die sozialen Netzwerke vor, die in der Gestalt von West-Ost-»Seilschaften« eine notorische Rolle bei der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft spielten und vielen ostdeutschen Leitungskadern den Übergang in Führungspositionen ostdeutscher Betriebe ermöglichten (Best 2005: 7). Nach der Erhebung von Windolf und Wegener lag Mitte der 1990er Jahre in den mittelständischen Spitzenmanager/innen Ostdeutschlands der Anteil ostdeutscher Spitzenmanager/innen bei 74 Prozent. Im Betriebspanel des SFB 580, das das verarbeitende Gewerbe erfasst, wurden zu Anfang des Jahrhunderts rund zwei Drittel der Unternehmen von Ostdeutschen geleitet (Martens/Vogel/Gerstenhauer 2012: 59). Die Anpassung der Wirtschaftsgesinnung, die dabei zu vollziehen war, fiel offenbar – wie auch die Befunde des SFB 580 zeigen – nicht sonderlich schwer. Tatsächlich wurden marktradikale Positionen nach der Wiedervereinigung von ostdeutschen Manager/innen und Unternehmensleiter/innen in stärkerem Maß unterstützt als von ihren westdeutschen Pen-



dants. »Die unter den Bedingungen der Planwirtschaft erworbenen Fähigkeiten und Verhaltensorientierungen können nicht völlig disfunktional zu den Anforderungen des marktwirtschaftlichen Systems [...] gewesen sein« (Martens/Lungwitz 2012: 105).

Die Kompatibilität der DDR-Wirtschaftseliten und ihre Bereitschaft zur mentalen Neuorientierung kann zur Erklärung des Wunders der Friedlichen Revolution beitragen, in der es ja seitens der Sekundär- und Funktionselementen der DDR keinen Widerstand gegen den Systemwechsel und eine hohe Bereitschaft zur Anpassung an die Standards und Praktiken des Westens gab. Ihr Wappenvogel war der Wendehals. Sie waren deshalb auch kaum dazu prädestiniert, die »breit diskutierten Alternativ- und Reformvorschläge« mit dem Ziel einer Erhaltung der DDR vom Frühjahr 1990 umzusetzen, die nach Ansicht mancher Kritiker an der Intransparenz der Westeliten gescheitert sind. Gerade die leitenden Wirtschaftskader der DDR, die ja intime Einsichten hatten, glaubten nicht an die Zukunfts- und Reformfähigkeit des Sozialismus und ihre eigene gedeihliche Zukunft in diesem System.

Wir können also festhalten, dass im Hinblick auf West-Ost-Disparitäten und -Konvergenzen die Nachwirkungen der Strukturzusammenhänge und mentalen Prägungen des Kadernsystems von großer Bedeutung waren. Dies gilt allerdings in unterschiedlicher Weise für die Wirtschaft und Politik Ostdeutschlands. Während wir im SFB 580 gezeigt haben, dass leitende Wirtschaftskader der DDR vielfach Führungspositionen in der ostdeutschen Wirtschaft des vereinten Deutschlands einnahmen, gab es in der Politik keine beziehungsweise nur eine deutlich geringere Kontinuität der Sekundäreliten (vgl. Best 2003; Best/Vogel 2011, 2012). Nur drei Prozent der Abgeordneten der ersten freigewählten Volkskammer der DDR hatten bereits in ihrem Vorgängerparlament gesessen. Ein weitgehender Austausch betraf auch die Abgeordneten der Blockparteien (Hausmann 2000: XXVIII). Mit wenigen Ausnahmen waren seit 1990 in den Land- und Bundestagen keine – deut-

lich weniger als fünf Prozent – Vertreter der gesamtstaatlichen Führungsebene der DDR vertreten. Der Anteil von DDR-Amtsinhaber/innen auf der Bezirks- und Kommunalebene aus der Zeit vor der Friedlichen Revolution lag bei knapp über 20 Prozent in den ersten Legislaturperioden und sank auf deutlich unter 10 Prozent nach 2010. Die Mehrheit der ostdeutschen Abgeordneten – 75 Prozent der Bundestagsabgeordneten und 55 Prozent der Landtagsabgeordneten – hatte dagegen ihr Entree in die Politik im langen Jahr der Systemtransition vollzogen (Best/Vogel 2012: 87 f.).

Die demokratische Volkskammer von 1990 bildete die wichtigste Plattform für die neue Repräsentationselemente der DDR und nach der Wiedervereinigung ein wichtiges Rekrutierungsfeld des ostdeutschen Segments in der politischen Elite des vereinten Deutschlands. Auch sie rekrutierte sich überwiegend, etwa zu 70 Prozent, aus der Dienstklasse der DDR, aber nur in sehr geringem Umfang – deutlich unter fünf Prozent – aus der ersten und zweiten Leitungsebene des Kadernomenklatursystems, sondern mehrheitlich aus akademisch qualifizierten Angehörigen der Arbeitsebene (Hausmann 2010: XX). Auf dieser Ebene kamen in der alten DDR auch Nicht-SED-Mitglieder, Mitglieder von Blockparteien und dezidierte Christen zum Zuge. Nahezu zwei Drittel der Mitglieder der demokratischen Volkskammer bekannten sich zu einer christlichen Religionsgemeinschaft, was in einem inversen Verhältnis zu dem entsprechenden Bevölkerungsanteil stand. Theologen und kirchliche Angestellte waren die größte Berufsgruppe, die nicht den Mechanismen parteigesteuerter Kaderplanung unterworfen gewesen war. Mit sieben Prozent der Volkskammerabgeordneten waren sie aber immer noch randständig.

Die 1990 noch im Verfassungsrahmen der DDR begründete Struktur der ostdeutschen Repräsentationselemente erhielt sich im Prozess der Integration Ostdeutschlands in das politische System des vereinten Deutschlands (Hausmann 2010: XXIV f.). In wichtigen Zügen hat sie bis in die Gegenwart Bestand. Daran war auch der häufige



Wechsel von Volkskammerabgeordneten in die Bundes- und vor allem Landespolitik beteiligt (1990: 41 Prozent, Best/Vogel 2012: 87). Es ist ein für unsere weitere Diskussion wichtiger Umstand, dass, wie ein Vergleich zwischen dem 11. Deutschen Bundestag und der ersten demokratischen Volkskammer der DDR zeigte, die Abgeordneten beider deutschen Parlamente in ihrem Rollenverständnis, ihrer Motivation und ihren Tätigkeitsschwerpunkten weitgehend übereinstimmen. Bettina Scholz (1993: 270) sah darin eine Bestätigung, dass es »die institutionellen Bedingungen des parlamentarischen Regierungssystems« sind, die diese Handlungsbedingungen vorgeben, relativ unabhängig von den Vorerfahrungen der darin handelnden Personen. Sie erwartete eine relativ glatte Integration der neuen ostdeutschen Parlamentarier in das Institutionengefüge der repräsentativen Demokratie Deutschlands. Der Beitrag von Herrn Vogel zeigt, ob sich diese 1993 veröffentlichte Erwartung erfüllte.

Wir können an diesem Punkt eine ambivalente Bilanz ziehen. Zum einen: die Prinzipien, nach denen das Kadernomenklatursystem funktionierte, insbesondere im Hinblick auf die Eigenschaften, die von sozialistischen Leiter/innen erwartet wurden, die Weise, in der sie in ihre Funktionen gelangten und Karriere machten, ihre Abhängigkeiten und die Handlungsbedingungen auf ihren Positionen generierten einen DDR-spezifischen »Habitus«. Das heißt: ein Ensemble von Dispositionen, Vorlieben und Handlungsorientierungen, das das Verhältnis von Individuen zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld regelte. Dieser Habitus unterschied sich von dem westlicher und insbesondere auch westdeutscher Eliten und sorgte für einen abweichenden Stallgeruch. Das war keine gute Voraussetzung für eine Integration von DDR-Eliten in das gesamtdeutsche Elitensystem, insbesondere der Funktionsträger auf höchster Ebene. Zum anderen gilt aber, dass sich sozialistische Leiter/innen und hier insbesondere Wirtschaftskader sozialstrukturell als eine soziale Schicht der sozialistischen Dienstklasse von der übrigen Bevölkerung abgrenzten und dabei vielfache Übereinstimmungen mit ihren westdeutschen Pendanten aufwiesen. Besondere Bedeutung hat-

ten dabei hohe Qualifikationsniveaus und eine zunehmende Bedeutung der Herkunft aus der »Intelligenz« und – bei den Wirtschaftskadern – aus der »Alten Bourgeoisie« (Salheiser 2009: 259). Dies schuf eine Distanz gegenüber der sozialistischen Ordnung und unterhöhlte deren Legitimation. Eine eindrückliche Milieuschilderung der sozialistischen Dienstklasse gibt uns übrigens Uwe Tellkamp mit seinem Roman »Der Turm«. Nach der Friedlichen Revolution förderte diese Entwicklung wiederum gesamtdeutsche Elitenintegration und ostdeutsche Elitenkontinuität.

Die beiden widersprüchlichen Befunde: Inkompatibilität der Elitensysteme der DDR und Westdeutschlands versus partielle und zunehmend sozialstrukturelle Kompatibilität und potentiell normative Affinität insbesondere der Sekundär- und Funktionseliten erklären zum Teil das widersprüchliche Bild, das uns heute die unterproportionale Kaderrepräsentation von ostdeutschen Eliten in Sektoren der Top-Eliten und andererseits die relativ starke Vertretung von DDR-Wirtschaftskadern auf der Ebene klein- und mittelständischer Unternehmen bietet. Durchsetzungswille im Konkurrenzkampf um die Macht war kein legitimer Antrieb für eine Karriere im Kadernomenklatursystem. Sie war auch nicht im Sozialisationsprogramm und Habitus von Kaderfamilien angelegt (vgl. Best 2009). Da ein Habitus ererbt wird, gibt es auch keine sozialisatorische Grundlage für eine intergenerationale Vererbung von Ambitionen des Aufstiegs in Elitepositionen. Dieses intergenerational weitergereichte Erbe der DDR ist vermutlich noch heute wirksam. Auf der Ebene der Sekundäreliten sind aber andere Mechanismen wirksam. Hier war die Bewahrung, eventuell auch der Ausbau von Positionen angesagt. Die Bereitschaft zur Anpassung, Unterordnung und Einordnung in Klientelverbände und Patronageverhältnisse, die Teil der sozialen Logik des Kadernomenklatursystems war, wurde zu einer nützlichen Eigenschaft. Der Ausbruch aus dieser Logik und der Eintrag in die oberste Etage des gesamtdeutschen Elitensystems gelang vorzugsweise Außenseitern des Kadernomenklatursystems, wofür die Namen Merkel, Gauck und Gysi stehen mögen.

LITERATUR:

- ❖ **BEST, HEINRICH** (2003): Continuity and Elite Circulation after System Disruption: The East German Case in Comparative Perspective. In: Heinrich Best/Michael Edinger (Hrsg.): *Representative Elites in Post-Communist Setting*, SFB Mitteilungen 8, SFB 580, Jena, S. 18-24.
- ❖ **BEST, HEINRICH** (2005): Cadres into Managers: Structural Changes of East German Economic Elites before and after Reunification. In: Ders./Michael Hofmann (Hrsg.): *Unternehmer und Manager im DDR-Sozialismus*, *Historical Social Research*, 30. Jg., H. 112 (Sonderheft 2), S. 6–24.
- ❖ **BEST, HEINRICH** (2009): Did Family Matter? The Formation and Reproduction of Functional Elites in a Socialist Society. In: Ders./Ronald Gebauer/Axel Salheiser (Hrsg.): *Elites and Social Change. The Socialist and Post-Socialist Experience*. Hamburg: Krämer, S. 13–24.
- ❖ **BEST, HEINRICH** (2010): Transitions, Transformations and the Role of Elites. In: Heinrich Best/Katharina Bluhm/Michael Fritsch/Rainer K. Silbereisen (Hrsg.): *Transitions – Transformations: Trajectories of Social, Economic and Political Change after Communism*. In: *Special Issue of Historical Social Research*, 35, S. 9–13.
- ❖ **BEST, HEINRICH** (2012): Marx or Mosca? An Inquiry into the Foundations of Ideocratic Regimes. In: *Elite Foundations of Social Theory and Politics. Special Issue of Historical Social Research*, 37, S. 73–89.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2011): Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen – Einstellungen – Handlungsbedingungen. In: Astrid Lorenz (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*. Berlin: Budrich, S. 120–152.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2012): Zweimal Deutsche Vereinigung: System- und Sozialintegration der politischen Eliten nach 1871 und 1990 im Vergleich. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 85–103.
- ❖ **BEST, HEINRICH/MICHAEL HOFMANN** (2005/Hrsg.): *Unternehmer und Manager im DDR-Sozialismus*, *Historical Social Research*, 30. Jg., H. 112 (Sonderheft 2).
- ❖ **BEST, HEINRICH/RONALD GEBAUER/DIETMAR REMY/AXEL SALHEISER** (2012): Die DDR-Gesellschaft als Ungleichheitsordnung: Soziale Differenzierung und illegitime Statuszuweisung. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft*. Frankfurt/New York: Campus, S. 63–84.
- ❖ **BEST, HEINRICH/STEFAN HORNBOSTEL** (2003/Hrsg.): *Funktionseliten der DDR: Theoretische Kontroversen und empirische Befunde*, *Historical Social Research*, 28. Jg., H. 103/104 (Sonderheft 1/2).
- ❖ **HAUSMANN, CHRISTOPHER** (2000): *Biografisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990)*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- ❖ **MARTENS, BERND/RALPH-ELMAR LUNGWITZ** (2012): Vom sozialistischen Leiter zum mittelständischen Unternehmer – Ostdeutsche Unternehmensleiter nach zwei Jahrzehnten der Transformation. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Frankfurt/New York: Campus, S. 104-122.
- ❖ **MARTENS, BERND/LARS VOGEL/DANIEL GERTENHAUER** (2012): *Eliten in Politik und Wirtschaft im wiedervereinigten Deutschland*. SFB 580 Mitteilungen 39, SFB 580, Jena.
- ❖ **SALHEISER, AXEL** (2009): *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*. Wiesbaden: VS Verlag.
- ❖ **SCHOLZ, BETTINA** (1993): *Bundestag und Volkskammer. Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich*. In: Dietrich Herzog/Hilke Rebensdorf/Bernhard Weißels (Hrsg.): *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag.
- ❖ **SEMENOVA, ELENA/MICHAEL EDINGER/HEINRICH BEST** (2014/Hrsg.): *Parliamentary Elite Formation after Communism: An Introduction*. In: Heinrich Best/Elena Semenova/Michael Edinger (Hrsg.): *Parliamentary Elites in Central and Eastern Europe*. London/New York: Routledge, S. 1–29.
- ❖ **WÖRTERBUCH DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN SOZIOLOGIE** (1977), hrsg. von Georg Assmann u. a., Berlin (DDR), vgl. u. a. die Einträge »Leitung«, »Kader« und »Elite«.



(OSTDEUTSCHE) POLITISCHE ELITEN ZWISCHEN INTEGRATION UND REPRÄSENTATION

DR. LARS VOGEL

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

EINLEITUNG

In der Diskussion um ostdeutsche politische Eliten steht zumeist die Frage im Mittelpunkt, welchen Anteil diese Gruppe an den gesamtdeutschen politischen Eliten und an den politischen Eliten der neuen Bundesländer ausmacht. Damit ist ein zentraler Teilaspekt der Diskussion berührt, ihre potentielle Reichweite jedoch nicht vollständig ausgeschöpft. Der vorliegende Beitrag möchte die Perspektive erweitern und zwei miteinander verbundene Fragen behandeln. Die erste betrifft den Stand der strukturellen und normativen Integration von ost- und westdeutschen Eliten und die zweite die Repräsentation ostdeutscher Interessen und Identitäten durch ostdeutsche Eliten. Elitenintegration und Repräsentation stehen dabei in einem Spannungsverhältnis, aus dem auch gegenwärtige Herausforderungen der Demokratie im wiedervereinigten Deutschland erwachsen. Dieses Spannungsverhältnis kommt insbesondere für die hier im Fokus stehenden Repräsentationseliten zum Tragen, die als gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten über das Personal und den Bestand von Regierungen entscheiden und regelmäßig und maßgeblich gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen beeinflussen und treffen (Higley/Burton 2006: 6; Kaina 2006).

FÜNF PERSPEKTIVEN AUF OSTDEUTSCHE ELITEN

Werden die Ostdeutschen als spezielle Gruppe innerhalb politischer Eliten thematisiert, können dafür die folgenden demokratie-, repräsentations- und eliten-

theoretischen Perspektiven motivierend sein. Diese treten in der Realität zwar üblicherweise gemeinsam auf, ihre analytische Unterscheidung ist aber aufschlussreich, um die je spezifischen Fragestellungen zu verdeutlichen.

In der demokratietheoretischen Sichtweise steht die Gleichheit der politischen Beteiligungschancen im Vordergrund. Diese Chancengleichheit ist potentiell verletzt, wenn Ostdeutsche in geringerem Maße als ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht, in höchste Entscheidungspositionen aufsteigen können. Folglich steht die Frage im Vordergrund, ob die Ostdeutschen in dem Ausmaß in den Eliten vertreten sind, der ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Den Bezugspunkt für gesamtdeutsche Entscheidungspositionen bilden dann die circa 17 Prozent Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung (Kollmorgen 2015: 202), für regionale Entscheidungspositionen ist der Anteil der Ostdeutschen im jeweiligen Landesteil entscheidend, also von circa 85 Prozent in Ostdeutschland (ebd.: 210) und circa vier Prozent in Westdeutschland (Best/Vogel 2011: 129). Die Ursache für einen unterproportionalen Anteil der Ostdeutschen an den Eliten muss nicht durch strukturelle Benachteiligung oder durch aktive Diskriminierung bedingt sein. Vielmehr kann schlicht die Motivation zum Aufstieg in Elitepositionen unter den Ostdeutschen weniger verbreitet sein. Die bloße Feststellung eines unterproportionalen Anteils ohne Aufdeckung der zugrundeliegenden Ursachen und Mechanismen rechtfertigt also noch nicht die Diagnose einer verletzten Chancengleichheit.



Neben der demokratietheoretischen Frage nach gleichen politischen Teilhabemöglichkeiten ist in repräsentativen Demokratien vor allem relevant, wer durch wen wie repräsentiert wird. Parlamentsabgeordnete als die zentralen, weil gewählten Repräsentanten, nehmen auch auf Symbole Bezug, um deutlich zu machen, wen sie repräsentieren. Die Betonung der eigenen ostdeutschen Herkunft wäre ein solches Symbol, das geeignet sein kann, den Ostdeutschen als Gruppe das Gefühl zu geben, politischen Einfluss zu besitzen. Von dieser symbolischen Repräsentation (Pitkin 1967) wird angenommen, dass sie das Vertrauen der Repräsentierten in ihre Abgeordneten erhöhen kann (Mansbridge 1999). Die zentrale Frage aus Sicht symbolischer Repräsentation lautet folglich, ob es überhaupt Ostdeutsche unter den Eliten gibt. In diesem Fall wären die Ostdeutschen bereits als Gruppe symbolisch repräsentiert, gleichgültig ob sie proportional vertreten sind oder nicht.

Einen Schritt weiter geht das Konzept der deskriptiven Repräsentation (Pitkin 1967). Dessen Grundannahme ist, dass politische Einstellungen (und die daraus resultierenden Handlungen) aus der sozialen Lage, insbesondere derjenigen zur Zeit der politischen Sozialisation im Jugendalter, erwachsen und deshalb relativ stabil sind. In dieser Sicht sind Ostdeutsche anders geprägt als Westdeutsche, weshalb auch noch lange Zeit nach der Wiedervereinigung ostdeutsche Interessen nur von Ostdeutschen angemessen vertreten werden können. Aus Sicht deskriptiver Repräsentationsvorstellungen ist deshalb ebenso bedeutsam, ob Ostdeutsche ihrem Anteil in der Bevölkerung gemäß unter den politischen Eliten vertreten sind. Nur in diesem Fall ist nämlich die Vertretung ihrer Interessen proportional zu ihrem demographischen Gewicht gewährleistet.

Deskriptive Repräsentation basiert auf der Annahme, dass (nur) ostdeutsche Eliten die Interessen und Präferenzen ihres Bevölkerungsteils vertreten. Handlungstheoretische Konzepte politischer Repräsentation (Mansbridge 2003; Vogel 2016) hingegen nehmen die Frage, wessen Interessen und Präferenzen von Repräsentati-

onseliten vertreten werden, zum Ausgangspunkt. Sie gehen davon aus, dass Eliten aus Ostdeutschland nicht deshalb ostdeutsche Interessen vertreten, weil sie ostdeutsch sind, sondern weil sie in Ostdeutschland gewählt wurden und entsprechende Anreize für sie bestehen, auf Basis einer adäquaten Vertretung ostdeutscher Interessen gewählt zu werden. Deshalb können auch in Ostdeutschland gewählte, jedoch ursprünglich aus Westdeutschland stammende Abgeordnete beim Vorliegen einer entsprechenden Anreizstruktur ostdeutsche Interessen vertreten. Die zentrale Frage lautet also, welche Repräsentationseliten ostdeutsche Interessen vertreten und welche Anreize dafür bestehen oder eben gerade nicht bestehen?

Elitentheoretische Perspektiven schließlich basieren auf der Annahme, dass eine stabile und funktionierende Institutionenordnung die Integration der sie tragenden Eliten zur Grundvoraussetzung hat (Higley/Burton 2006). Dazu zählt die normative Integration in eine konsensual geeinte Elite, die einen Grundkonsens über die Institutionen und Regeln der Machtübertragung und -ausübung teilt, darüber hinaus aber in politischer Konkurrenz um Wählerstimmen steht. Strukturelle Elitenintegration, das heißt die Kohärenz des sozialstrukturellen Hintergrunds, der Rekrutierungswege und Beziehungsnetzwerke, begünstigt ähnliche Einstellungen und Interessenlagen. In dieser Hinsicht lautet die zentrale Frage, ob ost- und westdeutsche Repräsentationseliten eine normativ und strukturell integrierte Elite bilden, die die Institutionen der repräsentativen Demokratie trägt?

Elitenintegration und politische Repräsentation stehen in einem Spannungsverhältnis (Best/Vogel 2014). Vertreten politische Eliten die Interessen ihrer Wähler, sorgt das für Konflikt zwischen ihnen. Sind die Eliten sehr stark normativ integriert, entfernen sie sich deshalb möglicherweise von ihren Wählern. Eine zu weitreichende Elitenintegration kann folglich die Übereinstimmung zwischen Repräsentationseliten und Repräsentierten stören. Andererseits kann Eliteninteg-



ration an der fehlenden Autonomie und damit der mangelnden Kompromissfähigkeit der Repräsentationsebenen scheitern, wenn die Positionen der von ihnen Vertretenen nicht verhandelbar sind.

DIE INTEGRATION VON OST- UND WESTDEUTSCHEN POLITISCHEN ELITEN

Anhaltspunkte für eine gelungene normative und strukturelle Integration der Repräsentationsebenen wurden schon frühzeitig im Verlauf der deutschen Wiedervereinigung konstatiert. Bereits die Einstellungsmuster der Abgeordneten in der 11. Volkskammer waren denen der damaligen Bundestagsabgeordneten sehr ähnlich (Scholz 1993) und in der Folgezeit wurden insbesondere in der Mitte der 1990er Jahre Prozesse der Adaption der ost- an die westdeutschen politischen Eliten festgestellt, wobei markante Ausnahmen bei den Vorgängerparteien der heutigen LINKEN zu konstatieren waren (Bürklin 1997; Welzel 1997; Krieger 1998; Lock 1998; Schöne 1999; Patzelt 2000; Edinger/Vogel 2005; Davidson-Schmich 2006). Dass die Angleichung im Modus der Adaption verlief, wurde gefördert durch die Asymmetrie der Wiedervereinigung zugunsten der westdeutschen Eliten, den weitreichenden Institutionentransfer (Lehmbruch 1993), das föderale Mehrebenensystem und die sozialstrukturelle Passfähigkeit der neuen Eliten aus Ostdeutschland (Best/Gebauer/Salheiser 2012; Best/Vogel 2012).

Mehr als zwei Dekaden später stellt sich nun die Frage nach dem weiteren Verlauf und den langfristigen Folgen der Elitenintegration, insbesondere, ob sich die ostdeutschen Repräsentationsebenen im Verlauf dieser Adaption von ihrem Bevölkerungsteil distanziert haben. Diese Fragen können behandelt werden auf Basis der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG, einer in den Jahren 2003, 2007 und 2010 durchgeführten, repräsentativen Befragung von jeweils circa 1200 deutschen Abgeordneten auf Bundes-, Landes- und europäischer Ebene und einer im Jahr 2010 parallel erhobenen, repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Die Kombina-

tion beider Befragungen ermöglicht einen direkten Vergleich der politischen Einstellungen von Bevölkerung und Abgeordneten. Jüngere Daten zu einem solchen Vergleich in Ost-West-Perspektive sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nicht bekannt.

Im Hinblick auf das Spannungsverhältnis von Integration und Repräsentation sind dabei zwei Gruppen gesondert zu betrachten: einerseits die »Wossis«, das heißt die Abgeordneten aus Ostdeutschland, die in Westdeutschland beziehungsweise der Bundesrepublik Deutschland geboren und sozialisiert wurden und die Abgeordneten der LINKEN. Die Wossis spielen deshalb eine besondere Rolle, da sie mit den Normen und der Funktionsweise der repräsentativen Demokratie schon länger vertraut waren und sie sich nicht erst aneignen mussten – im Unterschied zu den Ostdeutschen. Sie können also in besonderem Maße zur normativen Integration beigetragen haben. Die Abgeordneten der LINKEN sind deshalb relevant, da sie bis zur Bürgerschaftswahl in Bremen 2007 in keinem westdeutschen Bundesland vertreten waren. Die LINKE als Besonderheit des ostdeutschen Parteiensystems war damit lange Zeit prädestiniert für die Repräsentation Ostdeutschlands und hat sich auch selbst so inszeniert, obgleich sie als Nachfolgepartei der SED nur von einem Teil der Ostdeutschen gewählt wurde.

In Bezug auf die strukturelle Integration zeigt sich, dass die Rekrutierungswege in die Parlamente in beiden Landesteilen durch die (zunehmende) Notwendigkeit der Akkumulation von Erfahrungen in Führungsfunktionen innerhalb der Parteien sowie in kommunalen beziehungsweise regionalen öffentlichen Ämtern und Mandaten geprägt sind (für eine detaillierte Beschreibung der strukturellen Integration s. Best/Jahr 2006; Best/Vogel 2011). Weiterhin hat sich die Austauschrate, das heißt der Anteil an Abgeordneten, die nach Wahlen erstmals ein Parlamentsmandat übernehmen, in Ostdeutschland mit 35 Prozent an das westdeutsche Niveau mit 30 Prozent angenähert. Die Dauer politischer Karrieren, ihre Planbarkeit und Attraktivität nimmt da-



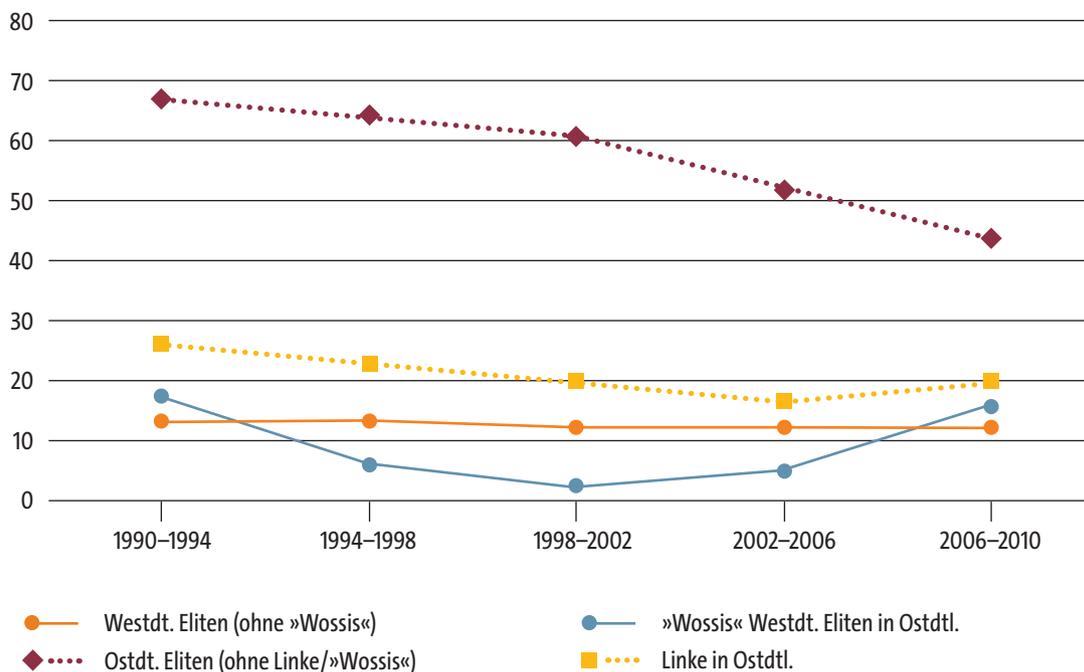
mit wodurch die Aussichten auf kontinuierliche Kontakte und damit günstige Bedingungen für Elitenintegration steigen. Allerdings liegen die Austauschraten in Ostdeutschland noch immer höher als in Westdeutschland, wo sie zuletzt allerdings ebenso gestiegen sind. Der Anteil an ostdeutschen Repräsentationseleiten mit Erfahrungen aus der Transitionszeit 1989/1990 geht zwar stetig zurück, bildet jedoch weiterhin einen markanten Unterschied zu den westdeutschen Eliten. Auch das prominente Merkmal eines im Vergleich zu ihren westdeutschen Pendanten ausgeprägtere naturwissenschaftlich-technischen Bildungsprofils der ostdeutschen Abgeordneten ist zwar weiterhin auffällig, hat jedoch im Zeitverlauf bis 2010 kontinuierlich und deutlich abgenommen (Abb. 1). Gleichfalls wird deutlich, dass die Abgeordneten der LINKEN kaum naturwissenschaftlich-technisch geprägt und in dieser Hin-

sicht eher mit den westdeutschen Repräsentationseleiten vergleichbar sind. Die Wossis unterscheiden sich auch nur unwesentlich von den Abgeordneten in Westdeutschland und mindern insofern den Ost-West-Unterschied im Bildungsprofil der Repräsentationseleiten.

Insgesamt dominieren im Hinblick auf die strukturelle Integration Konvergenzprozesse, die jedoch nicht durchweg zur vollständigen Adaption geführt haben. Bei einigen dieser Ausnahmen, wie zum Beispiel den höheren Austauschraten, ist zudem zu fragen, ob damit in Ostdeutschland generelle Entwicklungen vorweggenommen werden, die auch für Westdeutschland zu erwarten sind.

Die normative Integration umfasst die Bewertung der Institutionenordnung und die Akzeptanz ihrer formel-

Abb. 1: Studienabschluss der Abgeordneten im Bereich Naturwissenschaften/Technik (Angaben in Prozent, basierend auf allen Abgeordneten mit Studienabschluss)



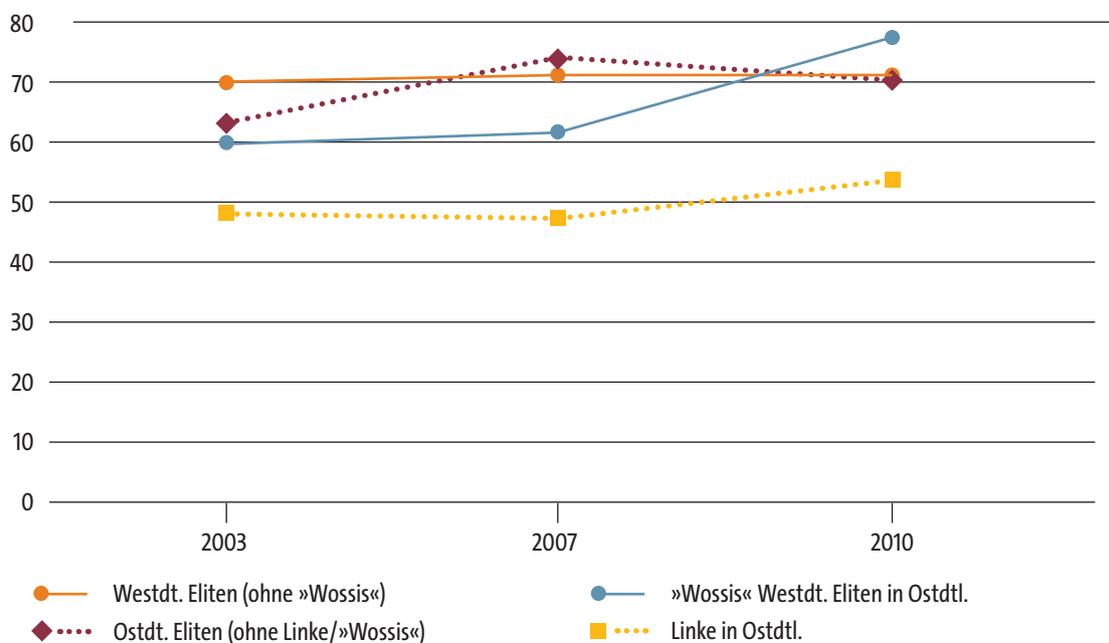
Quelle: DFG-Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3, »Jenaer Abgeordnetenstudie«



len und informellen Regeln und Normen der Konfliktregulierung. Hier zeigen sich teilweise konsensähnliche Mehrheiten (für eine detaillierte Beschreibung der normativen Integration siehe Best/Vogel 2011). So sind die Repräsentationseliten in beiden Landesteilen mit übergroßer Mehrheit zufrieden mit der Demokratie in Deutschland und lehnen Staatsinterventionen nahezu einstimmig ab. Bei vielen weiteren politischen Einstellungen lassen sich Konvergenzprozesse identifizieren und selbst dort, wo Ost-West-Unterschiede fortbestehen, so zum Beispiel bei der Einschätzung, ob weiterhin ost-west-spezifische Politik notwendig ist, verlaufen zeitliche Änderungsprozesse parallel. Es lassen sich also ähnliche Wahrnehmungsmuster und Meinungsbildungsprozesse bei ost- und westdeutschen Eliten vermuten. Diese Konvergenz hat sich weitgehend als Anpassung der ostdeutschen Abgeordneten an ihre westdeutschen Kollegen vollzogen.

Die Ausnahme bilden die Abgeordneten der LINKEN, die bei einer Vielzahl von politischen Einstellungen abweichende Standpunkte einnehmen. Fortbestehende Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Eliten gehen vor allem auf die LINKE zurück, während sie innerhalb der Parteien kaum festzustellen sind. Die »Wossis«, also die Westdeutschen in Ostdeutschland, unterscheiden sich hingegen in ihren politischen Einstellungen nicht von den Eliten in Westdeutschland und tragen somit zur Ost-West-Elitenintegration bei. Der ausgeprägte Stand der normativen Integration spiegelt sich in der Selbstwahrnehmung der Abgeordneten wider, die ein partei- und regionsübergreifendes Zusammengehörigkeitsgefühl verbindet (Abb. 2). Obgleich die LINKEN auch hier zurückhaltender sind, hat die strukturelle und normative Elitenintegration insgesamt zu einer überwiegend geeinten Repräsentationselite geführt.

Abb. 2: Zusammengehörigkeitsgefühl der Abgeordneten (Angaben in Prozent)



Quelle: DFG-Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3, »Jenaer Abgeordnetenbefragung 2003-2010«, Fragetext: »Empfinden Sie eigentlich ein Zusammengehörigkeitsgefühl auch mit den Abgeordnetenkollegen der anderen Parteien und Fraktionen oder empfinden Sie kein solches Zusammengehörigkeitsgefühl?«, Antwortmöglichkeiten: Ja, Nein, kein Zusammengehörigkeitsgefühl, weiß nicht, keine Angabe; hier berichtet: Ja; N(2003): 943, N(2007): 1201, N (2010): 1272.

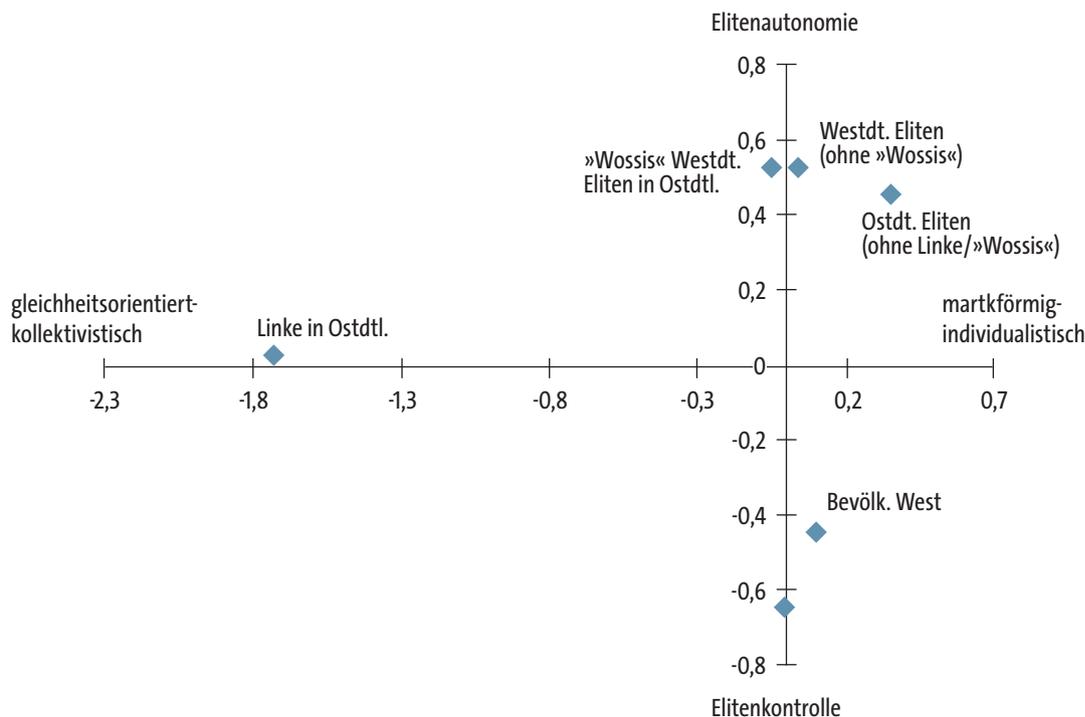


DIE REPRÄSENTATION OSTDEUTSCHLANDS

Diese Elitenintegration hat sich überwiegend als Adaption der ostdeutschen Abgeordneten an die unter ihren westdeutschen Pendanten vorherrschenden Einstellungsmuster vollzogen. Es kann sich daher eine Distanz zwischen der Bevölkerung und den Eliten in Ostdeutschland entwickelt haben, wenn die Adaption der ostdeutschen Eliten nicht von einer entsprechenden Adaption der ostdeutschen Bevölkerung begleitet wurde. Empirische Hinweise dafür liefert der Vergleich der politischen Einstellungen von Bevölkerung und Repräsentationseliten, der ermöglicht wird durch die Kombination der JENAER PARLAMENTARIERBEFRAGUNG aus dem Jahre 2010 mit der parallel durchgeführten, repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

Die Vielzahl an politischen Einstellungen lässt sich im Wesentlichen auf zwei Konfliktdimensionen zurückführen, die den politischen Raum im wiedervereinigten Deutschland konstituieren. Die erste Dimension wird üblicherweise mit dem Gegensatzpaar Links-Rechts beschrieben, womit das Spannungsverhältnis zwischen gleichheitsorientierten, kollektivistischen (links) und individualistischen, marktförmigen (rechts) Wahrnehmungen, Verantwortlichkeitszuschreibungen und Problemlösungsstrategien erfasst wird. Beispielhaft wird auf der linken Seite der Abbau von Ungleichheit als primäres Staatsziel angesehen, auf der rechten Seite hingegen Wirtschaftswachstum und Haushaltskonsolidierung.

Abb. 3: Positionierung von Repräsentationseliten und Bevölkerung im zweidimensionalen politischen Raum Deutschlands (Angaben in Prozent)



Quelle: DFG-Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3, »Jenaer Abgeordnetenbefragung 2010« und die repräsentative Bevölkerungsbefragung des SFB 580 von 2009/10. Die Darstellung basiert auf einer Korrespondenzanalyse von zwanzig Fragen zu politischen Einstellungen. Abgebildet wurde allein die Positionierung der Gruppen (Spaltenprofile). Zum Verfahren und zur detaillierten Beschreibung der Einstellungen siehe Best/Vogel 2011; Vogel 2016)



Die zweite Konfliktdimension bezieht sich weniger auf politische Inhalte, sondern vorrangig auf die Beurteilung der repräsentativen Demokratie und ihrer Verfahren. Diese Konfliktdimension ist auf der einen Seite durch eine Politikkonzeption geprägt, in der den Eliten und ihren Parteien weitreichende Autonomie und eine zentrale Funktion in der politischen Willensbildung zukommt sowie Zufriedenheit mit der bestehenden repräsentativen Demokratie vorherrscht. Auf der anderen Seite steht eine Konzeption von Politik mit eng begrenztem Handlungsspielraum von Eliten und Parteien, die vorrangig weisungsgebundenes Sprachrohr der Bevölkerung sein sollen und in der eine gewisse Distanz zur bestehenden repräsentativen Demokratie zum Ausdruck kommt. Beispielhaft betont die Elitenautonomiekonzeption die Wichtigkeit des einheitlichen Auftretens von Fraktionen bei parlamentarischen Abstimmungen, während die Elitenkontrollkonzeption ablehnend gegenüber solcher Fraktionskonformität eingestellt ist.

Kombiniert man diese beiden Konfliktdimensionen und ordnet man die ost- und die westdeutschen Eliten sowie die Abgeordneten der LINKEN und die Wossis anhand ihrer typischen Einstellungsmuster in den entstehenden zweidimensionalen Raum ein, ergibt sich folgendes Bild (Abb. 3). Auf der Links-Rechts-Dimension zeigen sich die ostdeutschen Repräsentationseliten (ohne Einbezug von LINKE und Wossis) als die entschiedensten Befürworter einer marktförmig-individualistischen Politikkonzeption, während die Westdeutschen in West- und Ostdeutschland nahe an beiden Bevölkerungsgruppen lokalisiert sind. Die Abgeordneten der LINKEN sind am weitesten links zu verorten und repräsentieren damit nicht die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt, sondern nur einen Teil davon. Unter Berücksichtigung der LINKEN und der Wossis sind die Repräsentationseliten aus Ostdeutschland links von den Westeliten und insofern zwar analog zu ihrem Bevölkerungsteil positioniert, jedoch etwas weiter links davon. Die Links-Rechts-Dimension ist also durch weitgehende Übereinstimmung der Bevölkerung in beiden Landesteilen mit ihren jeweiligen Eliten geprägt. Diese

Übereinstimmung wird aber in Ostdeutschland erst erreicht durch die Präsenz der Wossis einerseits und andererseits durch die LINKEN und damit einer Partei, die für große Teile der Bevölkerung aufgrund ihrer Rolle in der DDR nicht wählbar ist.

Auf der Konfliktdimension Elitenautonomie-Elitenkontrolle hingegen sind die Repräsentationseliten in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen nah am oberen Pol positioniert, die Bevölkerung in beiden Landesteilen zum unteren Pol hin und die Abgeordneten der LINKEN dazwischen. Es besteht also ein Konsens unter dem Großteil der Eliten in Bezug auf ihre Handlungsautonomie in der repräsentativen Demokratie. Dieser Konsens geht teilweise sogar über die Bewertung der Verfahren hinaus und erstreckt sich auch auf inhaltliche politische Streitfragen wie zum Beispiel die Beurteilung von Migration (Vogel 2016). Dieser Konsens geht mit einer ausgeprägten Distanz zur Bevölkerung einher, die stärker auf Eingrenzung des Handlungsspielraums der Eliten setzt. Aufgrund ihrer Äquidistanz auf dieser Dimension spiegelt die LINKE die Vorbehalte der Bevölkerung in beiden Landesteilen gegenüber der bestehenden repräsentativen Demokratie noch am ehesten wider.

Derlei Unterschiede in der Bewertung grundsätzlicher Politikkonzeptionen gehören unabdingbar zur repräsentativen Demokratie und lassen sich durch die unterschiedliche Stellung von Repräsentationseliten und Bevölkerung im politischen Prozess erklären (Peffley/Rohrschneider 2007; Best/Vogel 2014). Nichtsdestotrotz ist diese Distanz in Ostdeutschland noch einmal deutlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Es liegt deshalb nahe, dass der asymmetrische Modus der Wiedervereinigung diese Distanz zusätzlich vergrößerte. Durch die rasche Elitenintegration wurden die spezifisch ostdeutschen Erfahrungen in der DDR, der Selbstwirksamkeit von 1989/90 mit der erfolgreichen Überwindung der SED-Diktatur, aber auch der wirtschaftlichen und sozialen Probleme nach der Wiedervereinigung nicht durch die ostdeutschen Eliten repräsentiert be-

ziehungsweise nachhaltig in den politischen Prozess eingebracht. Sie fanden ihren Ausdruck allein im vorpolitischen Raum (»Ostalgie«). Die erfolgreiche Elitenintegration verhinderte folglich, dass sich die Ostdeutschen die westdeutsche Institutionenordnung auf Basis einer konfliktiven Auseinandersetzung auf der politischen Ebene aneignen konnten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Wiedervereinigung hat eine strukturell und normativ weitgehend integrierte gesamtdeutsche politische Elite hervorgebracht. Die Repräsentationseliten in Ost- und Westdeutschland teilen einen Quasikonsens über die politischen Verfahren der repräsentativen Demokratie und teilweise auch darüber hinaus. Diese Elitenintegration steht in einem Spannungsverhältnis zur politischen Repräsentation. Folglich sollte die in der Diskussion um ostdeutsche Eliten eingangs erwähnte Anteilsperspektive dringend ergänzt werden, denn eine ihrer impliziten Annahmen konnte widerlegt werden: die ostdeutschen Eliten repräsentieren nämlich nicht zwingend ostdeutsche Präferenzen. Die normative Elitenintegration ist zu großen Teilen entscheidender für die Ausbildung politischer Einstellungen als die ostdeutsche Sozialisation. Darüber hinaus besteht bei manchen politischen Einstellungen sogar eine größere Übereinstimmung der ostdeutschen Bevölkerung mit den aus Westdeutschland zugezogenen Repräsentationseliten. Es bleibt daher eine drängende Frage in der Diskussion um ostdeutsche Eliten, ob aufgrund der erfolgreichen Elitenintegration auch heute noch spezifisch ostdeutsche Interessen, Erfahrungen und Identitäten nicht repräsentiert werden und damit Ostdeutsche nicht als Ostdeutsche wahrgenommen werden. Möglicherweise hat die erfolgreiche Elitenintegration zum Gefühl einer Repräsentationslücke beigetragen, in dem Sinne, dass die ostdeutsche Bevölkerung ihre Interessen und Identitäten nicht ausreichend vertreten sieht und aus diesem Grund seltener als in Westdeutschland zufrieden mit der bestehenden Demokratie in Deutschland ist.

LITERATUR

- ❖ **BEST, HEINRICH/RONALD GEBAUER/AXEL SAL-HEISER** (2012): Die DDR-Gesellschaft als Ungleichheitsordnung. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt am Main [u. a.]: Campus-Verl., S. 63–84.
- ❖ **BEST, HEINRICH/STEFAN JAHR** (2006): Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2006, S. 63–79.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2011): Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen - Einstellungen – Handlungsbedingungen. In: Astrid Lorenz (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Berlin: Budrich, S. 120–152.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2012): Zweimal Deutsche Vereinigung: System- und Sozialintegration der politischen Eliten nach 1871 und 1990 im Vergleich. In: Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 85–103.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2014): The sociology of legislators and legislatures. Socialization, recruitment, and representation. In: Kaare Strøm/Thomas Saalfeld/Shane Martin (Hrsg.): The Oxford Handbook of Legislative Studies. Oxford: OUP, S. 57–81.
- ❖ **BÜRKLIN, WILHELM** (1997): Einstellungen und Wertorientierungen ost- und westdeutscher Eliten 1995. Gesellschaftliches Zusammenwachsen durch Integration der Elite? In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 235–261.
- ❖ **DAVIDSON-SCHMICH, LOUISE K.** (2006): Becoming party politicians : eastern German state legislators in the decade following democratization. Notre Dame: Ind. Univ. of Notre Dame Press.
- ❖ **EDINGER, MICHAEL/LARS VOGEL** (2005): Role Perceptions, Party Cohesion and Political Attitudes of East and West German Parliamentarians. In: Czech Sociological Review 41, S. 375–399.



- ⌘ **HIGLEY, JOHN/MICHAEL BURTON** (2006): Elite foundations of liberal democracies. Oxford: Rowman & Littlefield.
- ⌘ **KAINA, VIKTORIA** (2006): Was sind Eliten? In: Oscar W. Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüter (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Bedeutung. Macht. Verantwortung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 41–55.
- ⌘ **KOLLMORGEN, RAJ** (2015): Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten 1990-2013. In: Ulrich Busch/Michael Thomas (Hrsg.): Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Berlin: trafo-Verlag, S. 189–220.
- ⌘ **KRIEGER, JOACHIM EDWARD** (1998): Rollenorientierungen, Rollenerwartungen und Rollenverhalten von Ost-Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Eine empirische Untersuchung. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- ⌘ **LEHMBRUCH, GERHARD** (1993): Institutionentransfer. Zur politischen Logik der Verwaltungsintegration in Deutschland. In: Wolfgang Seibel (Hrsg.): Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozess der deutschen Einigung. Baden-Baden: Nomos, S. 41–66.
- ⌘ **LOCK, STEFAN** (1998): Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990-1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung? Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- ⌘ Mansbridge, Jane (1999): Should Blacks represent Blacks and Women represent Women? A Contingent »Yes«. In: The Journal of Politics 61(3), S. 628–657.
- ⌘ **MANSBRIDGE, JANE** (2003): Rethinking Representation. In: American Political Science Review 97, S. 515–528.
- ⌘ **PATZELT, WERNER** (2000): »Seiteneinsteiger, Neulinge, Ossi...«: Die Integration ostdeutscher Abgeordneter in »gesamtdeutsche« Parlamente. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31/2001, S. 542–569.
- ⌘ **PEFFLEY, MARK/ROBERT ROHRSCHEIDER** (2007): Elite Beliefs and the Theory of Democratic Elitism. In: Russel J. Dalton/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Oxford handbook of political behavior. Oxford/New York: Oxford University Press, S. 65–79.
- ⌘ **PITKIN, HANNAH F.** (1967): The Concept of Representation. Berkeley: Berkely University Press.
- ⌘ **SCHOLZ, BETTINA** (1993): Bundestag und Volkskammer. Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich. In: Dietrich Herzog/Hilke Rebenstorf/Bernhard Weißels (Hrsg.): Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 272-299.
- ⌘ **SCHÖNE, HELMAR** (1999): Probleme und Chancen parlamentarischer Integration. Eine empirische Studie zum Ost-West-Integrationsprozess unter Abgeordneten. Wiesbaden: Dt. Univ.-Verlag.
- ⌘ **VOGEL, LARS** (2016): Zwischen Übereinstimmung und Distanz. Politische Repräsentation in Deutschland als asymmetrische Beziehung von Repräsentationseliten und Bevölkerung. Jena, Dissertation.
- ⌘ **WELZEL, CHRISTIAN** (1997): Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht. Opladen: Leske + Budrich.



OSTDEUTSCHE IN DEN ELITEN. PROBLEMDIMENSIONEN UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

PROF. DR. RAJ KOLLMORGEN
HOCHSCHULE ZITTAU/GÖRLITZ

1. DAS PROBLEM OSTDEUTSCHER ELITEN – EINE PROBLEMATISIERUNG

Eine gehaltvolle Beschäftigung mit dem Fragekomplex »Ostdeutsche in den Eliten« setzt voraus, sich in einem ersten Schritt darüber zu verständigen, worin die Probleme aus sozialwissenschaftlicher wie politischer Perspektive überhaupt bestehen (könnten). Dafür sind zunächst zwei grundsätzliche Fragen zu klären: Wer zählt überhaupt zur Elite und wer wird im vorliegenden Zusammenhang als Ostdeutsche/r begriffen.

ELITE

Unter Elite(angehörigen) werden jene Personen verstanden, die in bestimmten überlokalen Handlungsarenen Entscheidungsmacht besitzen, die also innerhalb von Institutionen und Organisationen mit gesamtgesellschaftlicher Wirkungsreichweite über die wesentlichen Steuerungskompetenzen und Machtressourcen verfügen (vgl. Kaina 2009; Wasner 2004). Eliten werden im Folgenden empirisch als Positionseliten begriffen (vgl. Hoffmann-Lange 1992: 39–43, 85–90; Kaina 2009: 394–397). Machtpositionen werden also an sozialstrukturelle und institutionelle Positionen (herausragend: Ämter) gekoppelt, wie beispielsweise Minister/in, Gerichtspräsident/in, Polizeipräsident/in oder Vorstandsvorsitzende/r einer Aktiengesellschaft. Inhaber solcher (im weitesten Sinne) Ämter zählen unter Absehung der konkreten Person, ihres Charakters und Einflusshandelns zur Elite.

Dabei werden zwei Elite-Ebenen unterschieden: Während die Top-Elite die eigentlichen Spitzenpositionen auf nationaler Ebene in allen Sektoren umfasst (zum Beispiel im staatspolitisch-exekutiven Bereich: Bundeskanzler/in, Bundesminister/innen, Bundespräsident/in oder die Ministerpräsident/innen und Minister/innen der Länder; für die Wirtschaft: Vorstände der sektoral jeweils umsatzstärksten Großunternehmen), wobei es sich insgesamt um etwa 1.000–1.500 Positionen handelt, zählen zu den Positionen der »zweiten Reihe« oder der »Subelite« zum Beispiel die Abteilungsleiter/innen der Bundesministerien, Staatssekretär/innen auf Länderebene oder Oberlandes- und Landesgerichtspräsident/innen. Damit umschließt die bundesdeutsche Elite, also die erste und zweite Reihe, insgesamt etwa 5.000–10.000 Positionen (siehe Kollmorgen 2015: 196/197 und vgl. Bunselmeyer et al. 2013: 7–10; Hoffmann-Lange 1992: 112/113).

Wenn im Folgenden von ostdeutschen Eliten die Rede ist, sind die Eliten in den fünf neuen Ländern gemeint. Westdeutsche Eliten sind demzufolge die Eliten in den zehn Bundesländern, die bereits vor 1990 existierten. In einigen Statistiken und Erhebungen wird Berlin wegen seines doppelten Status ausgeklammert, zum Teil wird auch die alte Trennung fortgeschrieben oder Berlin den neuen Ländern zugerechnet. Bundesdeutsche Eliten adressiert die Eliten auf nationalgesellschaftlicher Ebene, die auch Elitepositionen in den ost- wie westdeutschen Ländern einbezieht.



OSTDEUTSCHE

Als ostdeutsche Eliteangehörige werden im vorliegenden Kontext alle Positionsinhaber/innen begriffen, die in der DDR geboren wurden und dort mindestens bis zum 14. Lebensjahr aufgewachsen sind, sowie alle nach dem 3. Oktober 1990 in den neuen Bundesländern und Ostberlin geborenen und (im wesentlichen dort) aufgewachsenen Personen mit Eltern, die 1989 Bürger/innen der DDR waren (siehe Kollmorgen 2015: 199).

Ostdeutsch kann selbstverständlich auch strikt nach dem Wohnortprinzip definiert werden. Angesichts der massiven Binnenwanderungen zwischen Ost und West seit der Grenzöffnung im Herbst 1989 könnte damit aber empirisch zum Beispiel nicht erfasst werden, welche Aufstiegschancen Menschen mit DDR-Herkunft besitzen. Mit der Grenze des 14. Lebensjahres wird pragmatisch die Primärsozialisation in der DDR abgebildet, die als ein Grund für unterschiedliche Rekrutierungschancen begriffen wird. Allerdings ist diese Definition zukünftig nur noch bedingt tauglich. Darauf wird im Schlussabschnitt noch kurz eingegangen.

PROBLEMDIMENSIONEN UND PROBLEMPERSPEKTIVEN

Rekapituliert man die Ergebnisse der theoretisch-konzeptuellen Elitenforschung wie der empirischen Analysen zum ostdeutschen Fall eines radikalen Elitenwechsels (als Übersichten etwa: Best/Holtmann 2012; Bürklin et al. 1997; Hoffmann-Lange 2000; Kaina 2009; Kollmorgen 2015; Wasner 2004), werden zum Thema Ostdeutsche in den Eliten drei mögliche Problemdimensionen erkennbar:

(1) Ein sozialstrukturelles Rekrutierungs- und Repräsentationsproblem: Hier ist ggf. problematisch, in welchem Umfang Ostdeutsche in den ostdeutschen, den westdeutschen und bundesdeutschen Eliten vertreten sind beziehungsweise neu rekrutiert werden. Das gilt einerseits übergreifend im Sinne des jeweils

durchschnittlichen Anteils, dann aber auch bezogen auf einzelne Elitesektoren (Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Militär, Wissenschaft usw.), auf bestimmte Regionen (etwa Bundesländer) oder Eliteebenen (Top-Elite vs. Elite der zweiten Reihe).

- (2) Ein Problem systemischer Elitenintegration: Hier wird unter Bezugnahme auf Ost-West-Differenzen (vor allem Herkunft und/oder Wohnort der Positionsinhaber/in) nach möglichen Problemen des systemischen Zusammenwirkens von Eliten(angehörigen) und der nicht-elitären Gruppen in und zwischen unterschiedlichen Sektoren, Regionen oder Ebenen, d. h. in horizontaler wie vertikaler Perspektive, gefragt. So könnten wegen unterschiedlicher Bildungsprofile oder Kommunikationsstile ostdeutscher Eliten oder Bevölkerungsgruppen gegenüber westdeutschen Elitenangehörigen Informationsflüsse gestört, Entscheidungen verzögert oder Umsetzungsprozesse verzerrt werden.
- (3) Ein Problem sozialer Elitenintegration: Hier treten mögliche gesellschaftliche Probleme in den Blick, die darauf basieren, dass Ost- und Westdeutsche sich in normativer Hinsicht (Werte, Normen, Einstellungen) substantiell unterscheiden. Das betrifft die horizontale Dimension, d. h. das Zusammenwirken unterschiedlicher Elitesektoren oder Regionen, und die vertikale. Letztere umfasst sowohl das Zusammenspiel von Positionsinhaber/innen unterschiedlicher Eliteebenen als auch die normative (Des-)Integration von Eliten und Bevölkerung(-sgruppen).

Darüber hinaus ist auf drei differente Problemperspektiven hinzuweisen, die quer zu den Dimensionen verlaufen. Deren Unterscheidung ist für die Beurteilung und den Umgang so wichtig wie die Herausarbeitung der Multidimensionalität. Jede Diskussion eines Elitenproblems muss sich mit der Frage auseinandersetzen, ob es aus funktionaler, normativer und/oder temporaler Perspektive vorgetragen und bewertet wird.



Dabei interessiert in funktionaler Perspektive, ob und wie gravierend das (ggf. multidimensionale) Elitenproblem für den demokratischen politischen und weiter gesellschaftlichen Entwicklungsprozess unter Output-Gesichtspunkten ist. Sorgen die gegebenen Rekrutierungs-, Austausch- und Repräsentations- sowie Integrationsmechanismen von Eliten (und Bevölkerung) für eine hinreichende oder sogar optimale gesamtgesellschaftliche Reproduktion, Stabilität und Entwicklungsgestaltung oder werden umgekehrt nicht nur individuelle, gruppenbezogene oder gesamtgesellschaftliche Potentiale verschenkt, sondern auch soziale Fragmentierung, kulturelle Konflikte oder sozioökonomische Polarisierungen befördert?

Demgegenüber wird aus normativer (oder demokratietheoretischer) Perspektive thematisiert, ob die elitären Funktionsmechanismen und deren Output unsere verfassungsrechtlich gestützten Erwartungen an meritokratische, also leistungsorientierte, und partizipativ-demokratische Wohlfahrtsgesellschaften erfüllen oder nicht. Muss also im Handlungsfeld der Eliten etwas geändert werden, auch wenn es weder politisch noch ökonomisch ernsthafte ‚objektive‘ Funktionsprobleme in unserer Gesellschaft gibt?

Schließlich stellt sich in temporaler Perspektive die Frage, ob es sich um Elitenprobleme handelt, die besonderen Entwicklungs- oder Transformationsbedingungen geschuldet sind und sich daher kurz- oder mittelfristig ‚auswachsen‘ oder um Probleme, die langfristiger Natur sind und ggf. den Einsatz erheblicher Ressourcen und komplexer Problemlösungsstrategien erfordern?

Im Folgenden wird auf drei Problemkonstellationen etwas näher eingegangen, die sich sozialwissenschaftlich und politisch als besonders relevant erwiesen haben (siehe zum Beispiel Best/Holtmann 2012; Bluhm/Jacobs 2016; Kollmorgen 2015 sowie die weiteren Beiträge in der vorliegenden Publikation).

REKRUTIERUNGS- UND REPRÄSENTATIONSPROBLEME

Hinsichtlich möglicher Rekrutierungs- und Repräsentationsprobleme, das heißt der Frage, wer mit welcher Herkunft in Elitepositionen berufen wird, welche Herkunftsgruppen sich daher in den Eliten finden lassen und welche Interessen durch Elitenangehörige vertreten werden, lässt sich die aktuelle empirische Daten- und Forschungslage in drei Punkten zusammenfassen (ausführlich: Kollmorgen 2015):

- (1) Die bundesdeutsche Top-Elite wird nach wie vor von Positionsinhaber/innen westdeutscher Herkunft dominiert. Obwohl circa 17 Prozent aller Bundesbürger/innen ostdeutscher Herkunft sind, stammen nur zwei bis drei Prozent der Top-Elite aus den neuen Bundesländern (siehe Tab. 1, 1. Zeile). Dabei ist der Anteil im staatspolitischen Sektor besonders hoch (15–20 Prozent), wohingegen in wichtigen anderen Sektoren – Verwaltung, Judikative, Massenmedien – Ostdeutsche fast gar nicht anzutreffen sind. Der Anteil Ostdeutscher steigt signifikant, sofern alle Elitepositionen, d. h. auch jene der zweiten Reihe und auf Länderebene einbezogen werden (siehe Tab. 1, Zeile 2). Innerhalb dieses Samples (das heißt der in die Untersuchung einbezogenen Elitepositionen) finden sich neben fast proportionalen Vertretungen in wichtigen Feldern des staatspolitischen Sektors und Werten von circa fünf Prozent bis 17 Prozent im Bereich der Wissenschaft, Verwaltung sowie Gesellschaftspolitik (Verbände und Vereine der Zivilgesellschaft, Kirchen) Sektoren extremer Unterrepräsentation (ein bis zwei Prozent: Justiz, Militär, Wirtschaft). Dabei verharrt – je nach konkreter Messmethode – die Ost-West-Relation im Durchschnitt seit mindestens 1995 auf dem Niveau von sechs bis max. 15 Prozent. Der fünfzehnprozentige Anteil ergibt sich aber nur dann, wenn die politischen Eliten im Erhebungssample – wie bei der Potsdamer Eli-



tenstudie (Bürklin et al. 1997) – hoch gewichtet werden, das heißt wenn verhältnismäßig viele politische Positionen, aber relativ wenige in der Wissenschaft oder Verwaltung einbezogen werden. Das ist durchaus problematisch, lässt sich aber aus bestimmter Perspektive begründen. Ich bevorzuge ein Sample (siehe Tab. 1, Zeile 3), das die Politik nicht stärker als die anderen zentralen Machtsektoren

gewichtet. Dann bewegt sich der Anteil Ostdeutscher für die Jahre zwischen 2007 und 2013/2016 auf einem (teils geschätzten) Niveau von sechs Prozent bis acht Prozent. Dieser Anteil entspricht interessanterweise in etwa den Ergebnissen des SOEP⁴ für die große Gruppe aller Führungskräfte in der Bundesrepublik (siehe Tab. 1, Zeile 4).

Tabelle 1: Ostdeutsche in der bundesdeutschen Elite (1990-2016): Vergleich unterschiedlicher Erhebungen und Schätzungen (jeweils Anteile in v.H.)

Erhebung/Studie (Elitenebene)	1990/91	1995	2007	2012/16
Top-Elite*	1990/91	–	–	2,8 (2012)
Elite insgesamt (Top-Elite und zweite Ebene) – Sample auf Basis der Potsdamer Studie**	–	13,5	14,3	circa 13–15 (2007/2012)
Elite insgesamt (Top-Elite und zweite Ebene) – eigenes Sample ⁵	–	circa 5–7	circa 6–8	circa 6–8 (2016)
Führungskräfte insgesamt***	13	11	9 (2004)	9 (2009)

Erläuterungen: * Etwa 350 Positionen nach Bunselmeyer u.a. 2013: 22 (Tab. 8); ** Etwa 2.300 Positionen nach Machatzke 1997: 66 sowie 191 Positionen nach Kunze 2008: 61 (Tab. 12) unter Berücksichtigung unterschiedlicher Rücklaufquoten in den Sektoren; *** Diese schließen ein: Selbständige/Freiberufler mit mindestens zehn Angestellten, Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben sowie Beamte/innen im höheren Dienst (Krause u. a. 2010: 4).

⁴ Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung im Auftrag des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) von 30.000 Personen in fast 11.000 Privathaushalten in Deutschland. Die jährliche Befragung wird seit 1984 immer bei denselben Personen und Familien (= stets demselben Panel) durchgeführt.

⁵ Es handelt sich hierbei um ein virtuelles Sample, das unter Kombination und leichter Korrektur der beiden großen Erhebungen (Potsdamer Elite-Studie sowie WZB-Studie) sowie eigener Recherchen und letzten Erhebungen (Kollmorgen 2015; Bluhm/Jacobs 2016) gebildet wurde. Es umfasst circa 4.000 (Brutto-)Positionen, wobei die Sektoren folgende Anteile aufweisen: Staatspolitik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (einschließlich Verbände, Vereine, Kirchen und Kultur) jeweils circa 20 Prozent, (Massen-)Medien zehn Prozent, Militär, Justiz und Wissenschaft je 3,3 Prozent.

Quelle: Kollmorgen 2015: Tab. 2; Bluhm/Jacobs 2016.



- (2) Der Transfer westdeutscher Eliten beziehungsweise Bewerber/innen auf Elitepositionen nach Ostdeutschland hat sich ab Mitte der 1990er Jahre reduziert, wurde aber keineswegs gestoppt. Das gilt für alle Sektoren, in besonderer Weise aber für die Verwaltung, die Judikative, die Massenmedien und die Wissenschaft. Im Ergebnis sind die Ostdeutschen – abgesehen vom staatspolitischen Sektor (80–85 Prozent) – in den Eliten ihrer eigenen Regionen in der deutlichen Minderheit, wobei sich die Anteile heute zwischen unter fünf Prozent und circa 30 Prozent bewegen. Im Durchschnitt besetzen Ostdeutsche heute (2016) etwa 25 Prozent aller Elitepositionen im Osten (Kollmorgen 2015: 206–208; Bluhm/Jacobs 2016: 6). In den westlichen Bundesländern dürfte der Anteil Ostdeutscher an den Eliten bei max. zwei Prozent liegen (bei einem Bevölkerungsanteil von circa fünf Prozent).
- (3) In der Reproduktion und Zirkulation der bundesdeutschen Eliten nach 1990 ist ein dreifaches Muster erkennbar. Erstens, je höher die Position klassifiziert ist, desto unwahrscheinlicher wird die Besetzung mit Ostdeutschen. Nur der staatspolitische Sektor weicht von dieser Regel in bestimmter Hinsicht ab. Zweitens steigen die Chancen Ostdeutscher in der Elitenrekrutierung und dem Aufstieg innerhalb der Elitenhierarchie in dem Maße, in dem demokratische Auswahlverfahren auf territorialer Grundlage dominieren (demokratische Wahl- beziehungsweise Delegationseliten) und die Bedeutung von institutionalisierten Laufbahnordnungen (Ernennungs- und Karriereeliten), wie sie insbesondere in der Verwaltung, der Judikative, dem Militär oder der Wissenschaft zum Teil hoch formalisiert ausgebildet sind, sowie von (marktgeneriertem) Besitz abnehmen. Drittens sind die Chancen Ostdeutscher in den zentralen Feldern staatlicher (Verwaltung, Judikative, Militär, Polizei), ökonomischer und massenmedialer Herrschaft systematisch geringer als im repräsentativ-demokratischen Politikfeld wie in allen anderen Elitesektoren (Ausnahme: Wissenschaft).

Offenkundig handelt es sich hier um ein sozialstrukturelles Rekrutierungs- und Repräsentationsproblem. Folgen daraus aber – perspektivisch gewendet – unmittlere funktionale Defizite im Sinne von Instabilität, Krisen oder Entwicklungsproblemen? Für die Länder- und Bundesebene kann das verneint werden. Etwas anders stellt sich die Situation dar, wenn nach der angemessenen politischen und zivilgesellschaftlichen Repräsentation von Ideen und Interessen der ostdeutschen Bevölkerung(sgruppen) in den und durch die Eliten gefragt wird. Prinzipiell ist zunächst festzuhalten, dass eine hinreichende Interessenrepräsentation nicht zwingend an gleiche regionale oder soziale Herkunft gebunden ist. Eine Wirtschaftsstaatssekretärin in Hannover, die aus dem hessischen Großbürgertum stammt, ist – nicht zuletzt wegen des komplexen intermediären politischen Systems – sehr wohl in der Lage, die Interessen niedersächsischer Bauern zu artikulieren und in politisch-administrativen Entscheidungsarenen durchzusetzen. Insofern bedeutet zum Beispiel der überproportionale Anteil von ostdeutschen Exekutive-Eliten mit westdeutscher Herkunft nicht per se repräsentative Dysfunktionen und Defizite. Dennoch weisen einige Forschungsergebnisse gerade für die politischen Repräsentationseliten in den ostdeutschen Ländern darauf hin (siehe etwa Best/Vogel 2011, Vogel im vorliegenden Band), dass es dort eigentümliche und in bestimmter Hinsicht größere Einstellungsdifferenzen zwischen Eliten und Bevölkerung gibt, die sich vermutlich auch den unterschiedlichen Herkünften (das heißt mit oder ohne DDR-Biographie) verdanken und durchaus Repräsentationsdefizite nach sich ziehen können. Darüber hinaus kann gefragt werden, ob ohne einen proportionalen Anteil Ostdeutscher in allen Sektoren nicht wichtige öffentliche Diskussions-, Lern- und Innovationsimpulse für Deutschland insgesamt verschenkt werden (vgl. Links/Volke 2009).

Bisher liegen allerdings zu all diesen (potentiellen) Zusammenhängen und Folgen keine validen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und verwertbare Forschungsergebnisse vor.



Kann diese Unterrepräsentation – unabhängig vom funktionalen Repräsentationsproblem – aus normativer oder demokratietheoretischer Perspektive befriedigen? Das kommt auf den Standpunkt an. Für ein wissenschaftliches und politisches Lager erscheint der geringe Anteil Ostdeutscher (selbst in Ostdeutschland) nicht nur angesichts des radikalen Umbruch- und Vereinigungsprozesses plausibel oder sogar unvermeidlich. Argumentiert wird auch, dass Ostdeutsche in den Rekrutierungsprozessen (formell) nicht diskriminiert werden und der Erwerb notwendiger Qualifikationen sowie die Ausbildung echter Rekrutierungschancen in bestimmten Sektoren deutlich über zehn, wenn nicht fünfzehn Jahre benötigt (zum Beispiel für Bundesrichter/innen). Insofern wird auf leichte Besserungen in den letzten Jahren und die weitere Zukunft mit höchstwahrscheinlich steigenden Anteilen Ostdeutscher verwiesen. Ein anderes Lager bewertet diese Analyse kritisch und behauptet, dass nach bald dreißig Jahren die Rekrutierungsdefizite und Repräsentationslücken in den (Top-)Eliten einiger Sektoren kaum oder gar nicht (mehr) legitimierbar sind (zur Debatte: Best/Holtmann 2012; Bürklin et al. 1997; Hoffmann-Lange 2000; Jacobs/Bluhm 2016; Kollmorgen 2015).

DAS PROBLEM SEKTORALER ASYMMETRIEN

Eine andere Problemkonstellation betrifft die eigentümlichen sektoralen Unterschiede in der Rekrutierung Ostdeutscher. Während Ostdeutsche in den politischen Repräsentationsebenen (Parteien, Parlamente, politische Exekutive) sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene weitgehend adäquat vertreten sind, gibt es nicht nur – wie oben ausgewiesen – in der Judikative, sondern auch in der administrativen Exekutive, der Wirtschaft, den Massenmedien und in wichtigen Teilen der Wissenschaft ein massives Repräsentationsdefizit. Folgen daraus ernsthafte funktionale Defizite in der transsektoralen Elitenkommunikation? Könnten sich bestimmte Kommunikations- und Koordinationsprobleme in der gesellschaftlichen Entwicklung gerade der ostdeut-

schon Bundesländer dieser merkwürdigen Asymmetrie verdanken? Dazu gibt es bis heute bestenfalls erste Überlegungen und Vermutungen, die zum Beispiel die Kommunikation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft (Eliten und Gruppen) in den neuen Ländern oder jene zwischen der bundesdeutschen Staatspolitik (mit einem angemessenen Anteil Ostdeutscher) und einer von Westdeutschen dominierten Wirtschaft sowie Wissenschaft betreffen. Mithin besteht auch diesbezüglich ein substantielles Forschungsdesiderat.

Auch hier muss in normativer Perspektive darüber hinaus gefragt werden, ob es relevante Bevölkerungsgruppen anerkennen, wenn die Ostdeutschen in den politischen Eliten proportional vertreten sind – nicht aber in wichtigen anderen Sektoren. Dabei wäre auch die unterschiedliche massenmediale Präsenz der sektoralen Eliten zu berücksichtigen, die mit ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Einfluss bekanntlich nicht konvergiert.

INTEGRATIONSPROBLEME ZWISCHEN ELITEN UND OSTDEUTSCHER BEVÖLKERUNG

Ein weites und gesellschaftspolitisch brisantes Problemfeld öffnet sich mit Blick auf die multidimensionale Integration von Eliten und ostdeutscher Bevölkerung. Einiges ist oben bereits angesprochen worden, anderes wird in weiteren Beiträgen der vorliegenden Publikation ausführlich thematisiert (siehe auch Best/Vogel 2011). Die vielleicht entscheidende, freilich bis heute nicht wissenschaftlich untersuchte Fragestellung ist die nach dem möglichen Zusammenhang zwischen dem Repräsentationsdefizit Ostdeutscher in den allermeisten Elitesektoren (jenseits der Politik) und der besonderen und größeren Elite-Bevölkerungsdistanz auf der Einstellungsebene, den geringeren Zustimmungswerten zur realen Demokratie und Marktwirtschaft, den schwächeren Werten beim Institutionenvertrauen und – nicht zuletzt – dem deutlich höheren Engagement Ostdeutscher in links- wie rechtspopulistischen



Bewegungen und politischen Parteien. Hängen also die Eigenheiten der politischen Kultur und des politischen Partizipations- und Wahlverhaltens im Osten auch mit den skizzierten Elitenkonstellationen zusammen? Dabei kann es durchaus wechselseitige Kausal- und Verstärkungseffekte geben. Weil es in den östlichen Bundesländern eine andere politische Kultur gibt, werden die Eliten eher abgelehnt; weil es die Distanz gerade zu den politischen und administrativen Eliten gibt, sinkt bei Ostdeutschen möglicherweise die Bereitschaft, Elitekarrieren in diesen und anderen Sektoren zu verfolgen.

ZWISCHENRESÜMEE

Es sollte deutlich geworden sein, dass es nicht das eine Problem von Ostdeutschen in den Eliten gibt – egal ob die Repräsentation Ostdeutscher oder die Frage der Integration von Eliten und Bevölkerung aufgerufen wird. Vielmehr ist es ein sich in der Zeit wandelndes multidimensionales Problem, das wiederum aus unterschiedlichen Problemperspektiven wahrgenommen, untersucht, diskutiert und bewertet werden kann. Das hat einerseits Folgen für die Forschung. Der Annahme, es gäbe bereits hinreichend komplexe, aktuelle und valide Daten, muss widersprochen werden. Im Gegenteil, es braucht neue Wellen elaborierter Erhebungen (vgl. Bürklin et al. 1997, Best/Holtmann 2012); es braucht aber auch programmatische und methodische Erneuerungen (etwa im Bereich der Rekrutierungsmechanismen, der Elitenvernetzung oder der Eliten-Bevölkerungskommunikation). Andererseits führt die vorgenommene Problematisierung des Elitenproblems zur Erkenntnis, dass es Fragen gibt, die nicht sozialwissenschaftlich entschieden werden können, sondern nur politisch. So sehr die Forschung den Anteil Ostdeutscher in der Top-Elite ermitteln oder auch Einstellungsdifferenzen mit ihren system-funktionalen Folgen herausarbeiten kann (wobei Letzteres wegen der Komplexität der sozialen Welt sich immer nur im Bereich von wahrscheinlichen Ursachen und Folgen bewegt), so wenig ist sie in der Lage darüber zu befinden, welche Anteile Ost-

deutscher in normativer Hinsicht wann angemessen sind und ob es (wiederum: wann) besonderer Unterstützungs- und Förderprogramme bedarf.

Um die Komplexität der Problemlagen, Zukunftsperspektiven und daraus folgender Lösungsstrategien etwas näher aufzuschließen, soll im Folgenden auf das Rekrutierungsproblem detaillierter eingegangen werden. Diese Auswahl verdankt sich insbesondere der Daten- und Forschungslage, die in anderen Problemfeldern noch schlechter ist, andererseits der Schwerpunktsetzung der anderen Beiträge in der vorliegenden Veröffentlichung.

2. GRÜNDE FÜR DIE MARGINALISIERUNG DER OSTDEUTSCHEN IN DER ELITENREKRUTIERUNG

Es handelt sich offenbar um einen Komplex an Ursachen und sozialen Mechanismen, die in der Forschung bisher nur unzureichend zusammengeführt wurden. Sechs miteinander zusammenhängende Mechanismen sollen umrissen werden (detaillierter: Kollmorgen 2015: 211–215).

LANGZEITWIRKUNG DER VEREINIGUNG

Zunächst handelt es sich um eine Langzeitwirkung der Art und Weise der deutschen Vereinigung. Diese wurde als »Beitritt« (nach Artikel 23 des alten GG) realisiert und hatte die Übernahme der Legalinstitutionen und organisierten Akteure der alten Bundesrepublik zur Folge. Für deren Eliten kamen Ostdeutsche nur ausnahmsweise in Frage. Sie verfügten weder über das notwendige Fachwissen noch über die formalen Berufsqualifikationen (vgl. Best/Vogel 2012; Derlien 2001; Hornborstel 2000). Insofern war der massive Eliten-transfer mit dem Modus des Beitritts gesetzt und pfadbegründend. Nach meritokratischen Grundsätzen dürfte diese qualifikatorische Ursache aber nach über fünfundzwanzig Jahren keine Geltung mehr besitzen. Denn die Ostdeutschen, die 1989 etwa 20 Jahre alt waren, hatten an sich alle Chancen, Gelegenheiten und



Zeit, die notwendigen, mit westdeutschen Bewerber/innen vergleichbaren Qualifikationen zu erlangen und Karriereschritte zu vollziehen, so dass sie seit etwa 2005 oder spätestens 2010 stärker in die Eliten des Karriere- und Ernennungs-Typus hätten aufrücken müssen, was aber kaum passierte.

STRUKTURKONSERVATIVE GRUNDORIENTIERUNG

Dafür ist auch eine strukturkonservative politische Grundorientierung der alten Eliten der Bundesrepublik mitverantwortlich. Insbesondere in den zentralen Sektoren der bundesdeutschen Herrschaftsregimes (Staat, Wirtschaft, Massenmedien) strebten die Führungsgruppen die Konservierung ihrer Machtpositionen an und zeigten kein Interesse an einer breiteren Machtteilung mit ostdeutschen Aspirant/innen. Zudem gab es zunächst systematische Zweifel an der Verfassungstreue, Zuverlässigkeit und Führungsfähigkeit ostdeutscher Kandidat/innen – auch bezogen auf Mitglieder der Bürgerbewegung. Eine massenhafte Kooptierung Ostdeutscher in die bundesdeutschen Eliten war angesichts dessen nicht attraktiv und gewollt. Zugleich war sie aufgrund eines Überschusses westdeutscher Kandidat/innen für die neuen, namentlich in Ostdeutschland angesiedelten Elitepositionen auch nicht notwendig.

QUANTITATIVER MINDERHEITENSTATUS

Die Marginalisierung verdankt sich auch dem quantitativen Minderheitenstatus der Ostdeutschen. Der Mechanismus »strukturelle Majorisierung« (Kreckel 2004: 292) führt in den Auswahlprozessen von Eliten unter Bedingungen von eigentums- und demokratiefundierter Konkurrenz sowie fehlender Schutz- oder Kompensationsregeln für die Minderheit zur strukturellen Bevorteilung der Majorität. Die Angehörigen der Mehrheit bevorteilen sich unter anderem über häufigere Kommunikations- und routinisierte Selbst(an)

erkenntnisprozesse wechselseitig, ohne dass eine Kolonialisierungsstrategie gegenüber der Minderheit notwendig wäre.

NETZWERKE DER MACHT

Eliten organisieren sich in Netzwerken der Macht, die auf wechselseitigem Kennen, Schätzen, Vertrauen, Geben und Nehmen basieren. Netzwerke gründen auf sozialisatorisch und sozialstrukturell bedingter Ähnlichkeit der Leidenschaften, Interessen, Ideologien und Laufbahnen sowie dem Vertrauen in die Stärke des anderen (potenziellen) Eliteangehörigen. Grundsätzlich positionierte der Netzwerkcharakter Ostdeutsche aufgrund der Beitrittslogik zunächst außerhalb der etablierten Macht-Netzwerke. Weder konnten sie – gerade in den ersten Jahren – herkunftsseitig oder bildungsbiographisch in die Netzwerke hineingewachsen sein, noch verfügten sie als markierte Außenseiter über jene Machtpotentiale, die es braucht, um angesprochen und auf Spitzenpositionen gehievt zu werden. Die Außenseiterposition zeigt dabei eine eigenlogische Tendenz der Verlängerung und Verstärkung im Sinne des Matthäus-Prinzips: Wer hat, dem wird gegeben. Allerdings differierten die Chancen eines längerfristigen Ausschlusses Ostdeutscher in Abhängigkeit von den sektoralen Zirkulationstypen. Während die Inklusionschancen durch einen demokratischen und proporzorientierten Rekrutierungsmodus auf territorialer Basis (wie bei den staatspolitischen Wahlämtern) größer sind, zeigen sektorale Netzwerke mit dominierendem Ernennungs- oder Karrieremodus (wie Verwaltung, Militär oder Justiz) bis heute deutliche Ausschließungstendenzen gegenüber Ostdeutschen.

ÜBER- UND UNTERSCHICHTUNG

Die Wahrscheinlichkeit der Marginalisierung wird infolge der sozialstrukturellen Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft durch Westdeutsche und der Unterschichtung der bundesdeutschen Gesellschaft



durch die Ostdeutschen systematisch erhöht. So wie ein überproportionaler Anteil der deutschen Armen, Unterprivilegierten und in Unterschichtenmilieus Lebender in Ostdeutschland beheimatet ist (ausgenommen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund), stammen alle 500 reichsten deutschen Familien aus Westdeutschland (Kaiser 2014) und sind circa 90 Prozent der bundesdeutschen Oberschicht (von den höheren Beamten/innen und Angestellten bis zu den Besitzer/innen hoher Geldvermögen) westdeutscher Herkunft (siehe Krause et al. 2010: 4). Da sich die bundesdeutschen Eliten – abgesehen von den Sektoren der Kirchen, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und in bestimmten Feldern der Staatspolitik – überproportional aus Familien der oberen Mittel- und Oberschichten rekrutieren (vgl. Hartmann 2002), besitzen Ostdeutsche systematisch geringere Chancen, in die elitären Ränge der Gesellschaft aufzusteigen.

KULTURELLE MARGINALISIERUNG

Die politisch und sozialstrukturell bedingte Selbstproduktion der Eliten mit westdeutscher Herkunft wird durch zwei kulturelle Marginalisierungsmechanismen ergänzt. Eine soziokulturelle (Fremd-)Marginalisierung sitzt nicht nur der untergegangenen DDR mit ihrer arbeiterlichen Sozialstruktur und Kultur auf, sondern verdankt sich auch der übergreifenden soziokulturellen Abwertung Ostdeutscher in der Bundesrepublik nach 1990/91, denen als quasi ethnische Gruppe ein Verlierer-Stigma anhaftet (vgl. Kollmorgen 2011). Beides mindert die Chancen der Ausbildung elitärer Habitus. Nicht nur mangelt es vielen Ostdeutschen mit primärer oder auch sekundärer (das heißt intergenerationaler) DDR-Sozialisation an distinguiertem Auftreten, machtvoller Sprache sowie elitären Umgangsformen und Geschmacksurteilen, so dass ihnen der ‚Stallgeruch der Macht‘ fehlt. Sie verfügen kraft Abkunft und regionaler Herkunft auch nicht über die Mentalität und das zugesprochene Prestige des Siegers. Dieses ‚Defizit‘ findet sein erstaunliches Pendant in kulturellen Selbstmarginalisierungen Ostdeutscher. Jedenfalls legen Beob-

achtungen und bisherige Analysen nahe, dass der radikale Umbruch 1989–1991, der nicht nur zu sozialstrukturellen Abstiegen beachtlicher Teile der alten Führungsgruppen und Dienstklasse führte, sondern übergreifend soziale Verunsicherungen und Zukunftsängste für die damals mittleren Generationen verursachte, die ohnehin weniger ausgeprägten Aufsteiger, Eliten- und Herrschaftsmentalitäten in den neuen Ländern zusätzlich schwächte. In der Mehrheit der sozialen Statusgruppen und Gemeinschaften wurden stattdessen familienorientierte Lebensführungen, sichere Erwerbsbiographien und risikoarme Karrieren präferiert (als Überblicke: Alheit et al. 2004; Vester et al. 2001). Das scheint sich bis in die heutige Jugendgeneration fortzusetzen (siehe etwa Keller/Marten 2010; Leven/Quenzel/Hurrelmann 2016: 75–77, 81). Dieser skizzierte Zusammenhang bedarf aber dringend einer tieferen empirischen Untersuchung.

3. DAS REKRUTIERUNGSDEFIZIT: ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN UND LÖSUNGSSTRATEGIEN

Nicht nur eine Prognose zu den Zukunftsperspektiven des ostdeutschen Elitenproblems, sondern vor allem eine gehaltvolle Diskussion möglicher politischer Lösungsansätze und Gestaltungsoptionen gegenüber dem Rekrutierungsdefizit können ohne Reflexion der skizzierten Marginalisierungsgründe und -mechanismen nicht geleistet werden.

Während sich strukturelle Majorisierung und die Reproduktion von sozialen Machtnetzwerken einem politischen Steuerungszugriff weitgehend entziehen und das strukturkonservative (Macht-)Kalkül sowie das Qualifikationsargument nach fast dreißig Jahren offensichtlich an Bedeutung verloren haben, entfalten die sozialstrukturelle Überbeziehungsweise Unterschichtung wie auch die kulturelle Fremd- und Selbstmarginalisierung weiter ihre Wirkung, wenn auch vermutlich sich abschwächend. Allerdings ist die Gewichtung der Faktoren – wie bereits angerissen – vom spezifischen Rekrutierungs- und Zirkulationstyp der



sektoralen Eliten abhängig. Um es zuzuspitzen: Für die politische Repräsentationselite (politische Parteien, Bundestag, Landtage, Bundesregierung usw.) brauchen Ostdeutsche keine ‚Nachhilfe‘ oder Förderprogramme; hier sind sie wegen des Zirkulationstyps einer demokratischen Delegationselite auf territorialer Basis proportional vertreten. Im administrativen und judikativen Sektor haben wir es mit Karriere- oder Ernennungs-eliten zu tun, bei denen sowohl formale Qualifikation und Laufbahn wie auch informelle Rekrutierungsnetzwerke und damit Eliteschichten und kulturen eine zentrale Rolle spielen. Insofern wird der Anteil ostdeutscher Positionsinhaber/innen hier zukünftig sicher noch etwas zunehmen, aber auch in den nächsten zehn Jahren höchstwahrscheinlich nicht der Bevölkerungsrelation entsprechen. Dafür befinden sich heute zu wenig Ostdeutsche auf Positionen, die den Rekrutierungspool für diese Eliten bilden (wie Abteilungsleiter/innen in den Landes- und Bundesministerien). Eine Politik, die das personelle Repräsentationsdefizit abbauen will, könnte hier – durchaus vergleichbar mit dem Problemfeld der Geschlechtergleichstellung – mit Quotierungen operieren oder weicher mit Methoden der sogenannten positiven Diskriminierung (oder auch affirmative action). Ostdeutsche könnten also in der Aneignung von Bildung und Qualifikationen besonders unterstützt, ihre Karriereschritte gefördert oder Stellen für sie freigehalten werden. Im Wirtschaftssektor finden sich ähnliche Bedingungen, wobei hier neben der Managementelite (die dem Karrieretypus zugehört) zusätzlich die Besitzelite, mithin die sozialstrukturelle Überschichtung der ostdeutschen Bevölkerung durch die westdeutsche Oberschicht der Vermögenden und Kapitaleigner/innen eine herausragende Rolle spielt. Hier empfiehlt sich daher eine länger anhaltende Förderung von Ostdeutschen, die Unternehmen gründen, modernisieren oder ausbauen wollen (zum Beispiel über Qualifikationsprogramme, Kredit- und direkte Investitions-

förderungen), wobei von Bund und Ländern in diesem Bereich seit Anfang der 1990er Jahre einiges geleistet wurde.

Sowohl Quotierungen wie auch Förderprogramme für Ostdeutsche haben allerdings mit drei systematischen Problemen zu kämpfen. Erstens erscheinen Quoten weniger denn je politisch durchsetzbar. Es gibt dafür gegenwärtig keine politischen Mehrheiten. Zweitens bedeuten Quotierungen, aber auch die meisten positiven Diskriminierungen, nicht nur kollektive, sondern schlussendlich individuell einklagbare Anspruchsrechte. Das wirft die zu Beginn bereits angesprochene Frage auf, wer heute im juristischen Sinne Ostdeutsche/r ist. Wegen der massenhaften Binnenmigration seit 1989 sowie der vielen ost-westdeutschen Elternschaften und Biographien ist das bereits heute für hunderttausende Bürger/innen schlicht nicht entscheidbar. In zehn Jahren wird sich das Problem vervielfacht haben. Rechtlich ist daher wohl nur das Wohnort- beziehungsweise Standortprinzip anwendbar. Das aber kann rasch zu kontraintendierten Effekten führen, wie nicht zuletzt die Wirtschaftsförderprogramme für Ostdeutschland gezeigt haben. Von den außerordentlichen Abschreibungs- und Investitionszulagemöglichkeiten haben überproportional westdeutsche Kapitaleigner/innen und Unternehmer/innen profitiert, die nach 1990 in den neuen Bundesländern aktiv wurden.⁶ Drittens müssten sich auch in diesem Feld die Geförderten mit dem generellen Quotierungsmakel auseinandersetzen – es wären eben »Quoten-Ossis«. Die Förderung würde also eine (negative) Markierung der Ostdeutschen nicht aufheben, sondern könnte sie sogar erhalten oder verstärken.

Das verweist auf zwei Strategien jenseits aller klassischen Quotierung. Zum einen verdanken sich die geringeren Chancen Ostdeutscher eben auch der Stigma-

⁶ Diese Aussage bezieht sich nicht auf die Anzahl der Geförderten mit ost- oder westdeutscher Herkunft (hier waren vermutlich die Ostdeutschen in der Mehrheit), sondern auf die Volumina der Förderung. Der weitaus größere Anteil ging an Investoren aus den alten Bundesländern oder dem Ausland.

tisierung des »Ostens« und der »Ostler« in den öffentlichen und privaten Diskursen nach 1990/91 als zurückgebliebene, verlorene und hilfsbedürftige Gebiete und Bevölkerungsgruppe (Kollmorgen 2011, Kollmorgen/Hans 2011). Auch wenn sich das seit etwa 2005 änderte und weiter ändert, weil jedenfalls bestimmte Gebiete (wie etwa Leipzig) und Gruppen in den neuen Ländern als Trendsetter oder gar Avantgarde gelten (ebd.). Die Deutung Ostdeutscher und Ostdeutschlands als gegenüber dem Westen inferior bleibt bis heute hegemonial – auch mit Folgen für die Elitenrekrutierung. Insofern brauchen wir (weiter) eine Transformation dieser Diskurse, eine Problematisierung des Problems Ostdeutschland und der Ostdeutschen – ohne die Vielfalt und also Differenzierung in Ost- und Westdeutschland zu ignorieren. Eine politische Reflexion der Probleme unter angemessener Beteiligung der Ostdeutschen selbst ist bereits ein Moment ihrer Lösung.

Zum anderen verweist das ostdeutsche Problem auf die Frage nach einer generellen Öffnung und Demokratisierung von Rekrutierungs- und Aufstiegsmodi in unserer Gesellschaft, das heißt nach dem Abbau von sozialen Ungleichheiten in den individuellen Entwicklungs- und Karrierechancen. Vermutlich lässt sich das Problem der Ostdeutschen in den Eliten nur zusammen mit den Problemen der anderen strukturell benachteiligten Gruppen (Migrant/innen, Frauen, Menschen mit Behinderungen, Angehörige der Unterschichten) nachhaltig lösen, wodurch auch die in der Zukunft noch drängendere Frage der rechtssicheren Identifikation Ostdeutscher obsolet würde.

LITERATUR

- ❖ **ALHEIT, PETER** (2005): Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40/2005, S. 32–40.
- ❖ **BEST, HEINRICH/EVERHARD HOLTSMANN** (Hrsg./2012): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Frankfurt/New York: Campus.
- ❖ **BEST, HEINRICH/VOGEL, LARS** (2011): Politische Eliten im vereinten Deutschland. Strukturen, Einstellungen, Handlungsbedingungen. In: Astrid Lorenz (Hrsg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven nach der Wiedervereinigung*. Opladen: B. Budrich, S. 120–152.
- ❖ **BEST, HEINRICH/LARS VOGEL** (2012): Zweimal Deutsche Vereinigung: System- und Sozialintegration der politischen Eliten nach 1871 und 1990 im Vergleich. In: Heinrich Best/Everhard Holtman (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Frankfurt/New York: Campus, S. 85–103.
- ❖ **BLUHM, MICHAEL/OLAF JACOBS** (2016): *Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung*. Leipzig: Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft (URL: <http://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100.html>, letzter Zugriff am 25.07.2017).
- ❖ **BUNSELMEYER, ELISABETH/MARC HOLLAND-CUNZ/KATRIN DRIBBISCH** (2013): Projektbericht »Entscheidungssträger in Deutschland: Werte und Einstellungen«. Discussion Paper P 2013-001. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.
- ❖ **BÜRKLIN, WILHELM/HILKE REBENSTORF** u. a. (1997): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen: Leske + Budrich.
- ❖ **DERLIEN, HANS-ULRICH** (2001): Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. In: Hans Bertram/Raj Kollmorgen, (Hrsg.): *Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern*. Opladen: Leske + Budrich, S. 53–76.
- ❖ **HARTMANN, MICHAEL** (2002): *Der Mythos von den Leistungseliten: Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*. Frankfurt/New York: Campus.
- ❖ **HARTMANN, MICHAEL** (2007): *Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt/New York: Campus.
- ❖ **HOFFMANN-LANGE, URSULA** (1992): *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.
- ❖ **HOFFMANN-LANGE, URSULA** (2000): *Elite West – Elite Ost?* In: *Der Bürger im Staat* 50, Heft 4, S. 203–210.

- ⊘ **HORNBOSTEL, STEFAN** (2000): Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern: neue und alte Eliten in Ostdeutschland. In: Kursbuch 139, S. 123–136 (URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-25625>, Zugriff am 10.03.2015).
- ⊘ **KAINA, VIKTORIA** (2009): Eliteforschung. In: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag, S. 385–419.
- ⊘ **KAISER, ARVID** (2014): Die reichsten Ostdeutschen sind Westdeutsche. In: Manager Magazin vom 08.10.2014 (URL: <http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/die-reichsten-ostdeutschen-sind-westdeutsche-a-996089.html>, Zugriff am 23.03.2015).
- ⊘ **KELLER, SABINE/CARINA MARTEN** (2010): (Wieder-)Vereinigung der Jugend? Lebensbedingungen und Zukunftserwartungen ost- und westdeutscher Jugendlicher nach der Wende. In: Peter Krause/Ilona Ostner (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Frankfurt/Main: Campus, S. 161–183.
- ⊘ **KOLLMORGEN, RAJ** (2011): Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher. In: Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 301–360.
- ⊘ **KOLLMORGEN, RAJ/TORSTEN HANS** (2011): Der verlorene Osten? Der massenmediale Diskurs über Ostdeutschland. In: Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag, S. 107–166.
- ⊘ **KOLLMORGEN, RAJ** (2015): Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten. In: Ulrich Busch/Michael Thomas (Hrsg.): Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag: S. 189–220.
- ⊘ **KRAUSE, PETER/JAN GOEBEL/MARTIN KROH/GERT G. WAGNER** (2010): 20 Jahre Wiedervereinigung: Wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengedrückt sind. In: DIW-Wochenbericht 44/2010, S. 2–12.
- ⊘ **KRECKEL, REINHARD** (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/New York: Campus.
- ⊘ **KUNZE, CONRAD** (2008): Die postsozialistische Transformation der ostdeutschen Elite. Der Hallische Graureiher 4/2008. Halle: Martin-Luther-Universität, Institut für Soziologie.
- ⊘ **LEVEN, INGO/GUDRUN QUENZEL/KLAUS HURRELMANN** (2016): Familie, Bildung, Beruf, Zukunft: Am liebsten alles. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Bonn: BpB: 47–110.
- ⊘ **LINKS, CHRISTOPH/VOLKE, KRISTINA (HRSG.)** (2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin: Ch. Links Verlag.
- ⊘ **MACHATZKE, JÖRG** (1997): Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung. In: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorff u. a. (1997): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen: Leske + Budrich, S. 35–68.
- ⊘ **VESTER, MICHAEL/PETER VON OERTZEN/HEIKO GEILING/THOMAS HERMANN/DAGMAR MÜLLER** (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- ⊘ **WASNER, BARBARA** (2004): Eliten in Europa. Einführung in Theorien, Konzepte und Befunde. Wiesbaden: VS-Verlag.



DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

- ⌘ **IRIS GLEICKE**, geb. 1964 in Schleusingen; Studium der Ingenieurwissenschaften an der Staatlichen Fachschule in Gotha; seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1998–2002 stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion; 2002–2005 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; 2005–2013 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion; seit 2013 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie; seit 2014 Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer sowie Beauftragte für Mittelstand und Tourismus; seit 2014 Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Energie-Agentur.
- ⌘ **DR. RONALD GEBAUER**, geb. 1966 in Eilenburg; Studium der Soziologie und Psychologie an der Universität Leipzig; Promotion zum Thema »Selbstbehauptung und Engagement von Sozialhilfeempfängern« an der Universität Leipzig; im Sommersemester 2012 Vertretung des Lehrstuhls »Methoden der empirischen Sozialforschung« an der Universität Potsdam; 2015–2017 Vertretung des Lehrstuhls »Methoden der empirischen Sozialforschung und Sozialstrukturanalyse« und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Forschungsschwerpunkte: Transformation der ostdeutschen Sozialstruktur, Historische Sozialforschung zu Themen wie soziale Ungleichheit, Kultur der Erinnerung und soziale Lagen, Migration, Fremdheit und Fremdsein, Fußball und Fankulturen sowie fortgeschrittenen Methoden der Datenanalyse.
- ⌘ **PROF. DR. HEINRICH BEST**, geb. 1949 in Köln; Studium der Soziologie, Geschichte, Politologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln; 1977 Promotion zum Thema »Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49« an der Universität zu Köln; 1978–1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln; 1987 Habilitation an der Universität zu Köln; 1987–1992 C2-Professur für Soziologie an der Universität zu Köln; seit 1992 C4-Professur für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; 1990–1994 wissenschaftlicher Direktor des Informationszentrums Sozialwissenschaften in Bonn; 1993–2001 Direktor des Instituts für Soziologie der Universität Jena; 2001–2003 Senator der Universität Jena. Gründungsmitglied, Sprecher und stellvertretender Sprecher des DFG Sonderforschungsbereichs 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung«; seit 2012 Direktor und stellv. Direktor des KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration Jena; Direktor des Research Committee on Political Elites (RC02) der International Political Science Association (IPSA).



- ⌘ **DR. LARS VOGEL**, geb. 1981 in Reichenbach im Vogtland; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Corvinus-Universität Budapest; 2016 Promotion an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Thema Politische Repräsentation in Deutschland; 2006–2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt A3 »Parlamentarische Führungsgruppen« des DFG-Sonderforschungsbereichs 580; 2012–2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena; seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kom-Rex – Kompetenzzentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- ⌘ **PROF. DR. RAJ KOLLMORGEN**, geb. 1963 in Leipzig; Studium der Philosophie, Gesellschaftswissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Technischen Universität Berlin. 1992–2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Assistent, Dozent und Professor an verschiedenen Einrichtungen u. a. in Halle, Berlin, Jena, Magdeburg, Toronto, Erfurt, Cluj-Napoca; seit März 2013 Professor für Management sozialen Wandels an der Hochschule Zittau/Görlitz und Direktor des Forschungsinstituts »Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung« (TRAWOS). Forschungsschwerpunkte sind postsozialistische Umbrüche in Osteuropa, Ostdeutschland und deutsche Vereinigung, sozial-ökologische Innovation und Transformation sowie soziale Ungleichheiten.



DER HERAUSGEBER

DEUTSCHE GESELLSCHAFT E. V.

Die Deutsche Gesellschaft e. V. ist der erste nach dem Fall der Mauer gegründete gesamtdeutsche Verein. Am 13. Januar 1990 wurde er von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Ost und West mit dem Ziel gegründet, die Teilung zu überwinden, das Miteinander in Deutschland und Europa zu fördern sowie Vorurteile abzubauen. Diesen Grundsätzen verpflichtet, organisiert die Deutsche Gesellschaft e. V. über 700 Veranstaltungen jährlich in den Bereichen Politik & Geschichte, Kultur & Gesellschaft sowie EU & Europa. In mehr als 20 europäischen Staaten setzt sie sich für Demokratie und Völkerverständigung ein. Die Deutsche Gesellschaft e. V. gehört damit zu den aktivsten überparteilichen Organisationen in Deutschland.

Zu den Gründungsmitgliedern zählen Willy Brandt, Lothar de Maizière, Bärbel Bohley, Johannes Rau, Armin Müller-Stahl, Martin Walser, Günter de Bruyn, Sabine Bergmann-Pohl, Heiner Müller und andere. Kuratoriumsmitglieder sind zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur: Angela Merkel, Wolfgang

Thierse, Franz Müntefering, Arnulf Baring, Veronica Ferres, Jens Reich, Friedrich Schorlemmer, Friede Springer, Richard Schröder, Uwe Tellkamp und andere.

In Foren, Gesprächskreisen, Seminaren, Konferenzen, auf Studienreisen, bei Austauschprogrammen, Lesungen und Ausstellungen bietet die Deutsche Gesellschaft e. V. interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zum offenen Diskurs über aktuelle gesellschaftspolitische Themen. Für ihr Engagement zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals wurde die Deutsche Gesellschaft e. V. mit dem Nationalpreis ausgezeichnet.

PROJEKTLEITUNG:

Dr. Anett Laue
Referentin Politik & Geschichte
Email: anett.laue@deutsche-gesellschaft-ev.de
Tel.: + 49 30 88412 288



OSTDEUTSCHE ELITEN TRÄUME, WIRKLICHKEITEN UND PERSPEKTIVEN

DEUTSCHE GESELLSCHAFT E. V.

Mosse Palais | Voßstraße 22 | 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 88 41 21 41

Fax: +49 (0)30 88 41 22 23

E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de

www.deutsche-gesellschaft-ev.de

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA | KOMREX – ZENTRUM FÜR RECHTSEXTREMIS- MUSFORSCHUNG, DEMOKRATIEBILDUNG UND GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION

Humboldtstraße 11 | 07743 Jena

Tel.: +49 (0)3641 9 30950

Fax: +49 (0)3641 9 30952

E-Mail: sekretariat.komrex@uni-jena.de

www.komrex.uni-jena.de

DIE BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER

Scharnhorststraße 34–37 | 10115 Berlin

Tel.: +49 (0)30 18 615 6141

Fax: +49 (0)30 18 615 5208

E-Mail: info@bmwi.bund.de

www.bmwi.de

OSTDEUTSCHER SPARKASSENVERBAND

Team Kommunikation

Leipziger Straße 51 | 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 2069 1845

Fax: +49 (0)30 2069 2845

E-Mail: petra.schiel@osv-online.de

www.osv-online.de

